

EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK



JAHRESBERICHT 1969

EUROPÄISCHE
INVESTITIONSBANK

2, place de Metz
LUXEMBURG

Büro in Rom
Via Sardegna, 38
00187 Rom

Repräsentationsbüro in Brüssel
Rue Royale, 60
1000 Brüssel

Die Konten und die Bilanz der Europäischen Investitionsbank lauten auf die im Artikel 4, Absatz 1, ihrer Satzung festgesetzte Rechnungseinheit. Ihr Wert beträgt 0,88867088 Gramm Feingold.

Die am 31. Dezember 1969 gültigen Paritäten zwischen dieser Rechnungseinheit und den Währungen der wichtigsten Länder, in denen die Bank tätig ist, sind nachstehend aufgeführt :

$$1 \text{ Rechnungseinheit (RE)} = \left\{ \begin{array}{l} 50 \text{ belgische Franken} \\ 3,66 \text{ Deutsche Mark }^{(1)} \\ 5,55419 \text{ französische Franken }^{(2)} \\ 625 \text{ italienische Lire} \\ 50 \text{ luxemburgische Franken} \\ 3,62 \text{ holländische Gulden} \\ 1 \text{ US-Dollar} \\ 4,37282 \text{ Schweizer Franken} \\ 30,00 \text{ griechische Drachmen} \\ 9,00 \text{ türkische Pfund} \end{array} \right.$$

(1) Bis zum 26. Oktober 1969 einschließlich betrug die Parität der Deutschen Mark : 1 Rechnungseinheit = 4,00 Deutsche Mark.

(2) Bis zum 10. August 1969 einschließlich betrug die Parität des französischen Franken : 1 Rechnungseinheit = 4,93706 französische Franken.

EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK



JAHRESBERICHT 1969

RAT DER GOUVERNEURE

Präsident : Baron JEAN SNOY ET D'OPPUERS (*Belgien*)

Belgien : Baron JEAN SNOY ET D'OPPUERS, Finanzminister,
Brüssel;

Deutschland : ALEX MÖLLER, Finanzminister, Bonn; ⁽¹⁾

Frankreich : VALÉRY GISCARD D'ESTAING, Wirtschafts- und
Finanzminister, Paris; ⁽²⁾

Italien : EMILIO COLOMBO, Minister des Schatzamtes, Rom;

Luxemburg : PIERRE WERNER, Staatsminister, Ministerpräsident,
Finanzminister, Luxemburg;

Niederlande : HENDRIKUS JOHANNES WITTEVEEN, Finanzminister,
Den Haag;
Präsident bis zum 16. Juni 1969.

⁽¹⁾ FRANZ-JOSEF STRAUSS, bis Oktober 1969.

⁽²⁾ FRANÇOIS-XAVIER ORTOLI, bis Juni 1969.

VERWALTUNGSRAT

Präsident : PARIDE FORMENTINI

Vizepräsidenten : YVES LE PORTZ

ULRICH MEYER-CORDING

Ordentliche Mitglieder :

SJOERD BOOMSTRA, Direktor der
Auslandsfinanzen im Finanzmini-
sterium, Den Haag;

DANIEL DEGUEN, Abteilungs-
leiter, Direktion des Schatzamtes
im Ministerium für Wirtschaft und
Finanzen, Paris;

RAYMOND DENUCÉ, General-
direktor a.D. des Crédit Communal
de Belgique, Brüssel;

SALVATORE GUIDOTTI, General-
direktor der Banco di Napoli,
Neapel;

HERBERT MARTINI, Vorstands-
mitglied der Kreditanstalt für
Wiederaufbau, Frankfurt/Main;

UGO MOSCA, Generaldirektor
für Wirtschaft und Finanzen bei
der Kommission der Europäischen
Gemeinschaften, Brüssel;

Stellvertreter :

OTTO WILLEM VOS, Direktor im
Finanzministerium, Den Haag;

JACQUES FRIEDMANN, Direktor
des Kabinetts des Staatssekretärs
für Wirtschaft und Finanzen, Paris;

PIERRE GUILL, Präsident-Direktor
der Caisse d'Épargne de l'État,
Luxemburg;

LIONELLO FRONZONI, Vertreter
der Banca d'Italia in den Benelux-
Ländern, Finanzberater bei den ita-
lienischen Botschaften in Brüssel,
Den Haag und Luxemburg, Brüssel;

ALFRED KUBEL, Finanzminister
des Landes Niedersachsen, Han-
nover;

N (1);

(1) MICHEL ALBERT, bis Juni 1969.

Ordentliche Mitglieder :

ALFRED MÜLLER - ARMACK,
Staatssekretär a.D., Köln;

LUDOVICO NUVOLONI, General-
direktor des Schatzamtes, Kabi-
nettschef des Ministers des
Schatzamtes, Rom;

MAURICE PÉROUSE, General-
direktor der Caisse des Dépôts
et Consignations, Paris;

ANDRÉ POSTEL-VINAY, Gene-
raldirektor der Caisse Centrale de
Coopération Économique, Paris;

HANS RANNOU, Ministerial-
direktor im Bundesministerium der
Finanzen, Bonn;

STEFANO SIGLIANTI, Präsident
des Istituto Mobiliare Italiano,
Präsident der Associazione Ban-
caria Italiana, Rom.

Stellvertreter :

WILHELM HANEMANN, Exekutiv-
Direktor der Internationalen Bank
für Wiederaufbau und Entwick-
lung, Washington;

ALDO BALDARI, Generalinspek-
tor des Schatzamtes, Generalin-
spektion für die Finanzbezie-
hungen zum Ausland, Ministerium
des Schatzamtes, Rom;

PIERRE ESTÉVA, Direktor des
Kabinetts des Ministers für indu-
strielle Entwicklung und wissen-
schaftliche Forschung, Paris;

JEAN-PIERRE METTAS, Unter-
abteilungsleiter, Direktion des
Schatzamtes im Ministerium für
Wirtschaft und Finanzen, Paris;

FRIEDRICH BERNARD, Ministe-
rialrat im Bundesministerium der
Finanzen, Bonn;

UGO MORABITO, Gesandter im
Ministerium für auswärtige An-
gelegenheiten, Rom. ⁽¹⁾

(1) GIROLAMO TROTTA, bis Mai 1969.

DIREKTORIUM

PARIDE FORMENTINI, *Präsident*

YVES LE PORTZ, *Vizepräsident*

ULRICH MEYER-CORDING, *Vizepräsident*

PRÜFUNGSAUSSCHUSS

Präsident

KARL BERNARD, Ehemaliger Präsident des Zentralbankrates der
Bank deutscher Länder, Frankfurt/Main;

Mitglieder

EMILE RAUS, Conseiller d'État, Generaldirektor ehrenhalber
der Postverwaltung, Luxemburg; ⁽¹⁾

ROGER LÉONARD, Erster Ehrenpräsident des Rechnungshofs,
Paris. ⁽²⁾

(1) ADRIAAN M. DE JONG, bis zum 16. Juni 1969.

(2) RENÉ BRESSON, bis zum 28. Mai 1969.

ABTEILUNGEN

*Abteilung für Allgemeine
Angelegenheiten :*

HENRI LENAERT, Direktor
HANS HITZLBERGER, stellvertr. Direktor,
Personalchef

*Kreditabteilung
für Mitgliedsländer :*

GUY TRANCART, Direktor
ROMEO DALLA CHIESA, stellvertr. Direktor,
Direktor des Büros in Rom
HELMUTH CRAMER, stellvertr. Direktor

*Kreditabteilung
für Assoziierte Länder :*

KARL-HEINZ DRECHSLER, Direktor
EUGENIO GREPPI, stellvertr. Direktor
JACQUES SILVAIN, stellvertr. Direktor

Finanzabteilung :

LUCIANO MIURIN, Direktor

*Volkswirtschaftliche
Abteilung :*

HORST-OTTO STEFFE, Direktor
LOUIS CASSAGNES, stellvertr. Direktor

Juristische Abteilung :

J. NICOLAAS VAN DEN HOUTEN, Direktor

Beratende Ingenieure :

HENRI JEANDET
HELMUTH BERGMANN
EUGENIO COMBONI
JACQUES FAUDON
MARCELLO GOFFI
ROBERT VERMEERSCH

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
I. DIE WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG IN DER GEMEINSCHAFT UND IN DEN ASSOZIIERTEN STAATEN	17
<i>Die Anlageninvestitionen in der Gemeinschaft</i>	46
<i>Die Investitionsfinanzierung in der Gemeinschaft</i>	52
Der Wertpapiermarkt	58
Sonstige Fremdfinanzierungsmittel der Wirtschaft	80
II. DIE TÄTIGKEIT DER BANK	89
<i>Darlehen</i>	89
Unterzeichnete Darlehensverträge	89
Genehmigte Darlehen	89
<i>Normale Darlehen</i>	92
<i>Spezialdarlehen</i>	102
<i>Genehmigte Darlehen der Bank im Zeitraum von 1958-1969</i>	108
<i>Herkunft und Verwendung der Mittel der Bank</i>	113
III. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ UND ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	119
IV. LEITUNG DER BANK	131
BILANZ UND GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	133
DIE EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK UND DIE GRENZ-REGIONEN	143

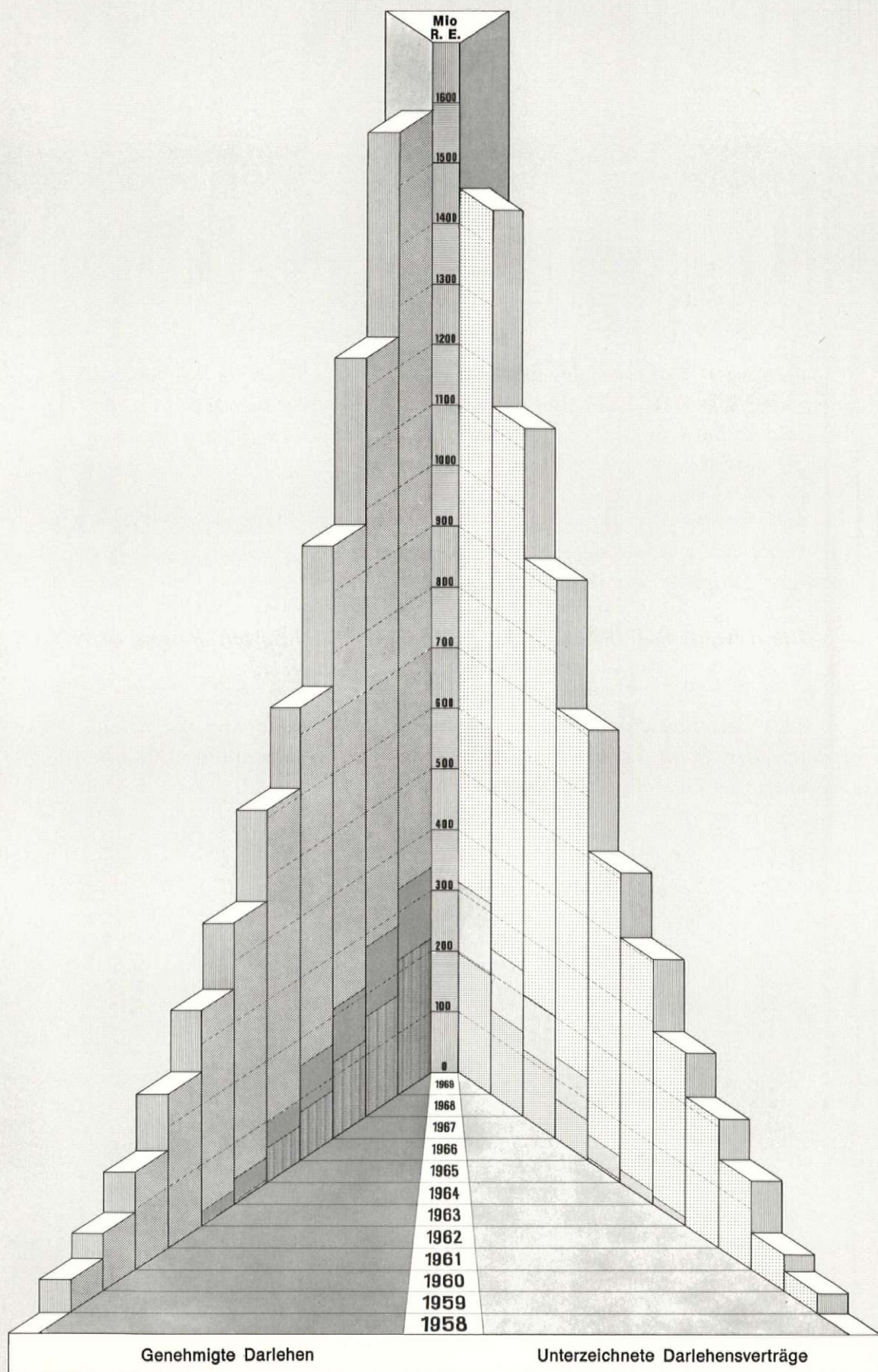
Der erste Teil des Jahresberichtes gibt einen allgemeinen Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung in der Gemeinschaft – unter besonderer Berücksichtigung der Investitionen und ihrer Finanzierung – und in den assoziierten Staaten im Jahre 1969.

Der zweite Teil ist der Darlehens- und Anleihetätigkeit der Bank im Berichtsjahr gewidmet; er enthält ferner einen Rückblick auf ihre gesamte Tätigkeit seit ihrer Gründung.

Im dritten Teil des Berichtes werden die wichtigsten Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung erläutert.

Der Bericht wird durch ein Kapitel über die Rolle und die Erfahrungen der Bank im Rahmen ihrer Tätigkeit in bestimmten Grenzregionen der Gemeinschaft ergänzt.

ENTWICKLUNG DER TÄTIGKEIT DER BANK



Normale Darlehen } Assoziierte
 Spezialdarlehen } Länder

Normale Darlehen } Assoziierte
 Spezialdarlehen } Länder

JAHRESBERICHT 1969

I

DIE WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG IN DER GEMEINSCHAFT UND IN DEN ASSOZIIERTEN STAATEN

GEMEINSCHAFT

Das Jahr 1969 war in der Gemeinschaft durch eine außerordentlich schnelle Aufwärtsentwicklung der Wirtschaftstätigkeit gekennzeichnet. Dabei haben sich die Investitionen besonders kräftig ausgeweitet. Gleichzeitig waren aber erhebliche Ungleichgewichte festzustellen : Kapitalverknappung, starker Zinsanstieg, beschleunigte Erhöhung der Preise, Störungen, die von der Zahlungsbilanzentwicklung einiger Länder – zeitweise in sehr zugespitzter Weise – ausgingen und die zu Wechselkurskorrekturen führten. Diese Entwicklung hatte natürlich erheblichen Einfluß auf die Möglichkeiten, die sich für die Tätigkeit der Bank ergaben, und sie hat ihre Geschäftspolitik weitgehend mitbestimmt.

Im Jahre 1969 herrschte in der industriellen westlichen Welt praktisch überall – wenn auch immer noch mit gewissen Phasenverschiebungen – eine ausgesprochene *Hochkonjunktur*. Dies trifft nicht nur für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu, sondern eine weitgehende Konjunkturparallelität bestand auch zwischen der Gemeinschaft und den meisten EFTA-Staaten – das Vereinigte Königreich war eine Ausnahme – sowie darüber hinaus zwischen Europa einerseits und Nordamerika andererseits, wo sich die Hochkonjunktur länger als in den meisten vorherigen Konjunkturzyklen gehalten hat. An die Stelle eines früher oft nicht nur über den Atlantik hinweg, sondern auch innerhalb Europas festzustellenden Wirkens von Ausgleichskräften ist infolge der Parallelität der neueren Konjunktur-entwicklung eher ein « Aufschaukelungseffekt » getreten. Das dürfte seinen Teil dazu beigetragen haben, daß diesmal recht starke Diskrepanzen zwischen nominaler Gesamtnachfrage und realem Angebot entstanden sind.

Das *Angebot* konnte der Nachfrage nicht genügend folgen, und das auch dort, wo es ebenfalls beschleunigt zugenommen hat. Was die Gemeinschaft betrifft, so ist ihr reales Bruttosozialprodukt von 1968 auf 1969 um nicht weniger als 7,5% gestiegen – nach 5,8% von 1967 auf 1968. Die Industrieproduktion ist dem Index des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften zufolge sogar um 11,7% gewachsen (im Vorjahr 8,8%).

Aber nicht nur das aus dem Inland stammende Angebot hat sich beschleunigt ausgedehnt, sondern auch die Einfuhr von Gütern und Dienstleistungen. Allein die Wareneinfuhr der Gemeinschaft aus den Nichtmitgliedsländern ist von 1968 auf 1969 dem Volumen nach um ungefähr 14% gestiegen.

An der Spitze der Wirtschaftsexpansion in der Gemeinschaft lagen Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland (reales Bruttosozialprodukt + 8,5% und + 8,0%). Es folgen Luxemburg (7%) und Belgien (6,5%). Am unteren Ende der Skala bewegen sich Italien und die Niederlande (mit immerhin noch 5%). Die Wachstumsraten des Jahres 1969 sind allerdings in den meisten Fällen weitgehend das Ergebnis des stürmischen Aufschwungs im zweiten Halbjahr 1968 und in den ersten Monaten von 1969; das zweite Semester 1969 war bereits fast überall durch eine mehr oder weniger deutliche Verlangsamung gekennzeichnet. Dabei spielte – typisch für diese Konjunkturphase – weniger eine Mäßigung der Expansion der nominalen Gesamtnachfrage eine Rolle als vielmehr das immer stärkere Auftreten physischer Hemmnisse (Kapazitätsengpässe, Ausschöpfung der Arbeitskräfte-reserven, Verminderung der Produktivitätssteigerung). Derartige Faktoren beeinträchtigten das reale Wirtschaftswachstum schon relativ früh in den Niederlanden, später im Verlaufe des Jahres besonders stark in Italien (Streiks). Immerhin gab es in verschiedenen Ländern und Sektoren gegen Jahresende auch gewisse Anzeichen eines Nachlassens des Nachfragedruckes, ohne daß sich dadurch aber schon die Ungleichgewichte zwischen Nachfrage und Angebot fühlbar vermindert hätten.

Auf der Seite der *Nachfrage* haben neben weiterhin kräftig steigenden Bezügen des Auslands – die Warenexporte der Gemeinschaft in die Nichtmitgliedsländer sind von 1968 auf 1969 nochmals wertmäßig um etwa 11% gewachsen – vor allem die Investitionsausgaben erneut zugenommen. Im Jahresvergleich hat sich hier das Tempo so beschleunigt, daß man, jedenfalls für den Bereich der Investitionen der Unternehmungen, von einem

ausgesprochenen Boom sprechen muß. Gleichzeitig holten aber auch die Verbrauchsausgaben auf; sie sind ebenfalls erheblich schneller gestiegen als im Vorjahr. Dabei hat einmal eine Rolle gespielt, daß sich der Lohnauftrieb kräftig verstärkte, zum anderen in einigen Ländern die Tatsache, daß die *Sparquote des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte* angesichts der nun schon längere Zeit andauernden Überbeschäftigung – die ein Vorsorgesparsen für Notfälle weitgehend als überflüssig erscheinen läßt – und insbesondere wegen der Preisauftriebstendenzen deutlich abgenommen hat.

Infolge des Kostenauftriebs sind die *Gewinne der Unternehmungen* im Jahre 1969 im allgemeinen – außer in Frankreich – etwas langsamer gestiegen als im Vorjahr oder – in Deutschland – sogar etwas zurückgegangen. Die Unternehmungen mußten daher in verstärktem Maße Fremdfinanzierungsmittel in Anspruch nehmen, um ihre kräftig steigenden Investitionen finanzieren zu können. Hinzu kam ein zwar in einigen Ländern verminderter, insgesamt aber nach wie vor hoher Rückgriff der öffentlichen Haushalte auf die Kapitalmärkte.

Gleichzeitig wirkten die verlangsamte Ersparnisbildung der privaten Haushalte, ferner die restriktive Geld- und Kreditpolitik und in einigen Ländern auch die Kassentransaktionen der öffentlichen Haushalte bremsend auf die Expansion der Liquiditäten ein.

Zunehmende Spannungen auf den *Geld- und Kapitalmärkten* und demzufolge kräftige Zinssteigerungen konnten unter diesen Umständen nicht ausbleiben. In der Gemeinschaft wurde der Zinsanstieg noch dadurch verstärkt, daß sich aus den Vereinigten Staaten – wo sich die Zinsen besonders fühlbar aufwärtsbewegten – weiterhin Kapitalnachfrage auf nationale europäische Märkte und auf den internationalen europäischen Kapitalmarkt verlagerte, während gleichzeitig Kapital aus Europa von den Vereinigten Staaten angezogen wurde. Außerdem stieg auch die Nachfrage aus anderen Ländern nach in Europa gebildetem Kapital weiter an. Insgesamt dürfte die Gemeinschaft, vor allem aufgrund der Kapitalausfuhr aus der Bundesrepublik Deutschland und (in geringerem Ausmaß) aus Italien, im Jahre 1969 netto erheblich mehr langfristiges Kapital exportiert haben als im Vorjahr. Da sich außerdem die Bilanz der laufenden Zahlungen verschlechtert haben dürfte – jedenfalls war die Warenhandelsbilanz der Gemeinschaft im Jahre 1969 nur annähernd ausgeglichen, nach einem

Überschuß von rund 1,7 Milliarden im Jahre 1968 –, gingen von der gesamten *Zahlungsbilanz* sehr im Gegensatz zum Vorjahr restriktive Tendenzen auf die Liquidität innerhalb der Gemeinschaft aus.

Diese Entwicklung wurde allerdings zeitweise erheblich durch die Zahlungsbilanzungleichgewichte gestört, die sich in den letzten Jahren – namentlich als Folge stark unterschiedlicher Kosten- und Preisbewegungen – herausgebildet und seither verschärft hatten. Die wachsenden Defizite Frankreichs und Überschüsse der Bundesrepublik Deutschland sowie die sich daran knüpfenden erneuten Diskussionen und Erwartungen von Wechselkursmaßnahmen führten auch im Verlaufe des Jahres 1969 wieder zu starken *Bewegungen kurzfristigen Kapitals*, vor allem in Richtung Deutschland, und zwar nicht nur, trotz der dortigen Devisenbewirtschaftung, aus Frankreich, sondern auch aus einer Vielzahl von anderen Ländern in und vor allem außerhalb der Gemeinschaft. Dies wiederum hatte eine Verschärfung der Spannungen auf den Finanzmärkten in allen diesen Ländern und gleichzeitig eine Verzögerung und Begrenzung des Zinsanstiegs in der Bundesrepublik Deutschland zur Folge.

Nach den Wechselkurskorrekturen – der französische Franken wurde mit Wirkung vom 11. August 1969 um 11,11% abgewertet, die Deutsche Mark wurde mit Wirkung vom 27. Oktober 1969 um 9,29% aufgewertet – floß bis Jahresende Liquidität im Betrage von fast 20 Milliarden DM aus der Bundesrepublik wieder ab. Dieser Rückstrom sowie der Wegfall des « Aufwertungserwartungsdisagios », das die Zinssätze von DM-Anlagen relativ niedrig gehalten hatte, bewirkten zusammen mit der immer kräftiger aufholenden deutschen Binnenkonjunktur und der fortgesetzt bremsenden Kreditpolitik, daß sich nun auch in Deutschland eine Tendenz zur beschleunigten Angleichung der Zinssätze an das in den meisten anderen Ländern und auf dem internationalen europäischen Kapitalmarkt für Dollar-Emissionen erreichte hohe Niveau ergab. Gleichzeitig drängten in diesen Ländern die konjunkturellen Kräfte und die kreditpolitischen Bremsmaßnahmen doch noch so stark in Richtung auf eine fortgesetzte Anspannung, daß der Rückfluß der Gelder aus der Bundesrepublik Deutschland höchstens zu einer Stabilisierung, nicht aber zu einer Entspannung auf den außerdeutschen Märkten für Finanzierungsmittel führte.

Die Herausbildung und Aufrechterhaltung hoher Zinsen scheint übrigens nicht allein den « mechanischen » Veränderungen des Verhältnisses

von Angebot und Nachfrage auf den Finanzierungsmärkten zuzuschreiben zu sein, sondern es dürfte auch die Einkalkulierung der unterdessen erreichten oder als sicher erwarteten Preissteigerung eine Rolle gespielt haben. Dieser Faktor war besonders in den Vereinigten Staaten wirksam, wo die Jahresrate der Preiserhöhung 1969 schon im zweiten Jahr bei 5 - 6 % lag, ferner in Frankreich, wo ebenfalls die Preissteigerung bereits seit längerer Zeit recht groß ist, mit einer deutlichen Beschleunigung von 1967 auf 1968 und nochmals von 1968 auf 1969. Aber auch in anderen Ländern – sogar in der Bundesrepublik Deutschland, wo die Preiserhöhungsrate 1969 im Jahresvergleich noch fühlbar geringer als in den meisten anderen Ländern war – dürfte die festgestellte oder die als sicher erwartete Abnahme der inneren Kaufkraft der Währungen zum Zinsauftrieb beigetragen haben.

In der Gemeinschaft insgesamt betrug der Anstieg der *Preise*, gemessen am Unterschied zwischen nominaler und realer Entwicklung des Brutto-sozialproduktes, von 1968 auf 1969 4,7 % (nach schon 2,7 % von 1967 auf 1968). Die Verteuerung im Bereiche des privaten Verbrauchs belief sich auf 4,2 % (2,8 % im Vorjahr), dabei in Frankreich auf 6,5 % und in den Niederlanden sogar auf 6,8 %, in Belgien auf 4,3 %, in Italien auf 2,9 % und in der Bundesrepublik Deutschland auf 2,4 %.

Die Hochkonjunktur spiegelte sich in der Entwicklung der *Beschäftigungslage* deutlich wider. Die Zahl der in der Gemeinschaft unselbständig Beschäftigten nahm um etwa 2 % zu, und die Zahl der Arbeitslosen ging nochmals – um etwa 15 % – zurück. In den meisten Mitgliedsländern, besonders in den am stärksten industrialisierten Regionen, bestand im Jahre 1969 großer und sich verschärfender Arbeitskräftemangel. Sogar in Italien wurde die Arbeitskräfteknappheit im Norden sehr spürbar, obwohl die Arbeitslosenquote insgesamt in diesem Lande noch etwas über 3 % blieb. Der Sog, der von den Mitgliedsländern mit Arbeitskräftemangel ausging, hat zu einer erheblichen Wiederverstärkung der innergemeinschaftlichen Arbeitskräftewanderung – vor allem aus Italien und besonders nach Deutschland – und darüber hinaus zu einem Anschwellen des Zustroms von Arbeitskräften von außerhalb der Gemeinschaft geführt. Letzteres hat wesentlich dazu beigetragen, daß die Zahl der unselbständig Beschäftigten (absolut gesehen) stärker steigen konnte, als es dem Rückgang der Arbeitslosigkeit und der anhaltenden Abwanderung Selbständiger, vor allem aus der Landwirtschaft, als Arbeitnehmer in andere Sektoren entsprach.

Die Entwicklung der Beschäftigungslage im Jahre 1969 hat sich keineswegs nur günstig auf die *regionale Entwicklung* ausgewirkt. Einerseits verminderte sich zwar in den zurückgebliebenen Regionen die offene und versteckte Arbeitslosigkeit in beschleunigtem Tempo; auch nahmen die Investitionen in diesen Gebieten stärker zu. Andererseits kam es aber auch zu übergroßen Abwanderungen, die dazu beitrugen, in einigen industriellen Ballungszentren die soziale Unruhe zu verschärfen.

Im Interesse einer ausgewogenen Regionalentwicklung mußte und muß daher gegen die Überhitzung der Konjunktur angekämpft werden. Es bedarf keiner besonderen Erläuterung, daß dies auch aus anderen wichtigen Gründen notwendig ist: Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, Sicherung der Kaufkraft des Geldes und einer für ein ausgeglichenes Wirtschaftswachstum hinreichend großen Ersparnisbildung. Dementsprechend haben sich im Jahre 1969 alle Mitgliedsländer – mehr oder weniger erfolgreich – darum bemüht, gegen die Konjunkturüberhitzung anzukämpfen.

Trotzdem wird man feststellen müssen, daß sich die *öffentlichen Haushalte* im Verlaufe des Jahres 1969 nicht überall in genügendem Ausmaß oder nicht rechtzeitig den konjunkturpolitischen Erfordernissen entsprechend entwickelt haben. So wurde in der Bundesrepublik Deutschland zwar eine Reihe von Maßnahmen zur Begrenzung des Ausgabenwachstums ergriffen, und in der Tat kam es – aber auch weil die Einnahmen infolge der Konjunkturüberhitzung deutlich schneller stiegen als vorausgeschätzt – zu einer erheblichen Verbesserung der öffentlichen Finanzlage. Die Reduzierung des Defizits der Gesamtheit der öffentlichen Haushalte und das Abgehen von seiner in den Vorjahren beobachteten teilweise monetären Finanzierungsweise reichten aber offensichtlich nicht aus, um zusammen mit der restriktiven Kreditpolitik die Konjunktur wirksam abbremsen zu können. Allerdings muß in Rechnung gestellt werden, daß bis zur DM-Aufwertung die Gefahr eines « self defeating effect » (Zustrom von Auslandskapital, zusätzlicher Anstieg des Überschusses der Waren- und Dienstleistungsbilanz) die Möglichkeiten einer bremsenden Konjunkturpolitik in der Bundesrepublik beschränkte. Immerhin gilt dies vor allem für die Geld- und Kreditpolitik, während die öffentliche Haushaltspolitik vielleicht doch eine etwas größere Aktionsmarge gehabt hätte.

In Frankreich verlief die Entwicklung der öffentlichen Finanzen im ersten Halbjahr noch sehr wenig befriedigend, und das Schatzamt mußte zur Deckung des Defizits wiederum in starkem Maße auf monetäre Mittel zurückgreifen. Die Ende des Jahres 1968 ergriffenen Maßnahmen zur Verringerung des Haushaltsdefizits von 11,5 Milliarden Franken im Jahre 1968 auf 6,5 Milliarden im Jahre 1969 – die nach der Abwertung des französischen Franken noch verschärft wurden, mit dem Ziel, das Defizit sogar auf 4 Milliarden zu verringern –, haben sich dann allerdings in zunehmendem Masse ausgewirkt. Während der letzten Monate des Jahres wurden recht beträchtliche Überschüsse erzielt, die letztlich die Realisierung des von der Regierung für das ganze Jahr gesetzten Ziels ermöglichten.

In den anderen Mitgliedsländern ist es noch nicht gelungen, zu einer wirklich konjunkturgerechten öffentlichen Haushaltspolitik überzugehen. Zwar ist in Belgien das Defizit (Nettofinanzierung) des Staates im Jahre 1969 etwas geringer ausgefallen als im Vorjahr. Jedoch war es von 1967 auf 1968 besonders kräftig erhöht worden. Außerdem war für die leichte Reduktion eher der Mangel an Kreditaufnahmemöglichkeiten zur Finanzierung des außerordentlichen Haushaltes maßgeblich als etwa eine allgemeine Bremsung der Ausgaben; sonst hätte der öffentliche Verbrauch nicht sogar noch etwas schneller steigen können als im Vorjahr, in dem er ohne Zweifel schon überstark zugenommen hatte. Zudem wurde das Defizit im Jahre 1969 noch stärker als 1968 monetär finanziert.

Letzteres trifft zwar für die Niederlande nicht zu; hier scheint der Anteil der monetären Finanzierung zurückgegangen zu sein. Jedoch hat sich das Defizit des zentralen Staatshaushaltes im Jahre 1969 praktisch auf dem schon sehr hohen Vorjahresniveau gehalten, wobei auch hier besonders die öffentlichen Verbrauchsausgaben – erheblich mehr als von 1967 auf 1968 – zugenommen haben. Ähnliches gilt für Luxemburg, wo erst gegen Ende 1969 ein Stabilisierungsplan entwickelt wurde.

In Italien wirkte die Gebarung des öffentlichen Haushalts ebenfalls weiterhin stark expansiv, und auch hier wurden vor allem die konsumptiven Ausgaben sehr kräftig erhöht. Die öffentlichen Investitionen und Investitionszuschüsse wurden in noch stärkerem Ausmaß als schon im Vorjahr durch Rückgriff auf monetäre Finanzierungsmethoden finanziert. Immerhin kann für Italien die These vertreten werden, daß hier – global gesehen – die Verfügbarkeit an nicht beschäftigten Arbeitskräften und an noch nicht

voll ausgelasteten Kapazitäten für eine Aufrechterhaltung des expansiven Kurses der Wirtschaftspolitik so lange wie nur eben möglich sprach. In der Tat sind in Italien die Anzeichen der Konjunkturüberhitzung erst relativ spät aufgetreten.

Die *Geld- und Kreditpolitik der Notenbanken* ist im Verlaufe des Jahres 1969 zunehmend stärker auf restriktiven Kurs umgeschaltet worden. Einmal wurden die Diskontsätze erhöht, und zwar in mehreren Stufen in der Bundesrepublik Deutschland von 3,5% auf 6%, ferner in Frankreich von 6% auf 8%, in Belgien von 4,5% auf 7%, in den Niederlanden von 5% auf 6% und in Italien von 3,5% auf 5% bei Überschreitung bestimmter Rediskontlinien durch die Banken und auf 4% auch für die Rediskontierung innerhalb dieser Linien. Zum anderen wurden im Laufe des Jahres die Mindestreserven heraufgesetzt (namentlich in der Bundesrepublik Deutschland), Rediskontkontingente eingeführt (in Belgien, wo es solche bis dahin noch nicht gab) und vor allem quantitative Begrenzungen der Ausweitung des Kreditvolumens beschlossen oder weitergeführt (in Frankreich, in den Niederlanden und in Belgien).

Allerdings haben alle diese Maßnahmen nicht verhindert, daß die Expansion der Kredite an die Wirtschaft recht stark blieb und sich in der Bundesrepublik Deutschland, wo bis zur Aufwertung der Deutschen Mark die spekulativen Zuflüsse kurzfristigen Kapitals aus dem Ausland die Bankenliquidität vergrößerten, sogar noch erheblich beschleunigte. In Belgien und in den Niederlanden wurden die quantitativen Begrenzungslinien nicht immer genügend eingehalten. Auch in Frankreich wurden die vorgeschriebenen Grenzen während eines großen Teils des Jahres sehr deutlich überschritten. Jedoch ist es hier durch zusätzliche Maßnahmen gelungen, in den letzten Monaten zu einer sehr fühlbaren Mäßigung der Jahresraten der Kreditausweitung zu gelangen.

Die geld- und kreditpolitischen Maßnahmen der Mitgliedsländer der Gemeinschaft waren nicht immer nur konjunkturpolitisch motiviert, sondern auch zahlungsbilanzpolitisch. Das gilt besonders für Frankreich und – erstmals seit einigen Jahren auch wieder – für Italien, wo die Niedrighaltung der Zinssätze immer mehr die Intervention der Notenbank erfordert und zu starken Nettokapitalabflüssen beigetragen hatte, die wiederum die Hauptursache für das Zahlungsbilanzdefizit waren, das Italien im Jahre 1969 verzeichnen mußte. Die italienischen Währungsbehörden sahen sich

daher veranlaßt, die Anpassung des nationalen Zinsniveaus an das internationale einzuleiten. Ähnliche Überlegungen spielten zum Teil auch für die Zinspolitik in Belgien und in den Niederlanden eine Rolle.

Zwar wurde parktisch in allen Mitgliedstaaten vorher oder in Verbindung mit dieser Zinspolitik auch versucht, durch direktere Einflußnahme (vor allem auf die Banken) dem Kapitalabfluß Zügel anzulegen. Aber diese Versuche hatten, auch weil sie rein national konzipiert waren und daher einander in gewissem Ausmaß konterkarierten, keinen ausreichenden Erfolg, so daß schließlich doch die Angleichung der Zinssätze nach oben überall weitgehend herbeigeführt beziehungsweise zugelassen werden mußte.

Die im vorstehenden skizzierte Wirtschaftsentwicklung hatte für die Bank zur Folge, daß sich die Nachfrage nach ihren Darlehen relativ stark erhöhte. Die Nachfrage aus Frankreich und aus den Niederlanden – Länder, in denen die Anspannungen der Finanzierungslage besonders ausgeprägt und daher die Zinssätze am höchsten waren – nahm sehr viel stärker zu als im Vorjahr. Die Nachfrage aus der Bundesrepublik Deutschland blieb zwar in den ersten drei Vierteln des Jahres unter dem Einfluß der zu dieser Zeit auf den deutschen Finanzierungsmärkten noch reichlichen Liquidität relativ gering; sie ist aber gegen Ende des Jahres deutlich lebhafter geworden.

Zwar haben die Unsicherheiten über die Wechselkurspolitik zeitweise die Entwicklung der Nachfrage seitens privater Unternehmungen nach Krediten der Bank beeinträchtigt, die ja stets in mehreren Währungen gegeben werden; dafür war aber das ganze Jahr über die Nachfrage öffentlicher oder halbstaatlicher Institutionen und Unternehmungen um so lebhafter, wobei sicher in einigen Fällen auch zahlungsbilanzpolitische Motive für das Herantragen des Bedarfs an die Bank mitspielten. Die Bank war bestrebt, dieser Nachfrage so weit und in der Aufteilung zu entsprechen, wie es ihr angesichts ihrer Mittel und mit Rücksicht auf die konjunktur- und zahlungsbilanzpolitischen Bedürfnisse der verschiedenen Mitgliedstaaten unter Wahrung ihrer satzungsgemäßen Aufgabenbegrenzung möglich erschien.

Insgesamt hat sich der jährliche Betrag ⁽¹⁾ der von der Bank innerhalb der Gemeinschaft gewährten Darlehen (genehmigte Darlehen) von 1968

(1) In Rechnungseinheiten, umgerechnet an Hand der Paritäten, die zum Zeitpunkt der Unterzeichnung der Darlehensverträge (bei noch nicht unterzeichneten Verträgen an Hand der Paritäten, die zum Zeitpunkt der Genehmigung durch den Verwaltungsrat) galten.

auf 1969 weiter erhöht, jedoch in verlangsamtem Tempo : Das im Jahre 1969 gewährte Darlehensvolumen betrug 245 Millionen Rechnungseinheiten, gegenüber 236 Millionen im Jahre 1968 und 159 Millionen im Jahre 1967.

Die Expansion der Darlehen im Berichtsjahr war der Bank dank der Liquiditäten möglich, die sie in Zeiten reichlichen Ersparnisangebots und niedriger Zinsen aufgebaut hatte.

Die Verteuerung der Kapitalbeschaffung und das Bestreben, auf die jeweilige Kapitalmarktsituation in den Mitgliedstaaten Rücksicht zu nehmen, haben die Bank im Jahre 1969 nämlich veranlaßt, ihre Emissionen zu verringern. Während sie noch im Jahre 1968 auf allen nationalen Kapitalmärkten in der Gemeinschaft – außer in Frankreich und Luxemburg – Anleihen aufgelegt und damit zusammen rund 187,5 Millionen Rechnungseinheiten ⁽¹⁾ aufgenommen hatte, beschränkte sie ihre Emissionen im Jahre 1969 auf Deutschland und hier auf einen Betrag von 121 Millionen Rechnungseinheiten. Hinzu kam – wie im Vorjahr – eine Anleihe auf dem internationalen europäischen Markt für Dollaremissionen in Höhe von 25 Millionen Rechnungseinheiten.

* * *

Die im Jahre 1969 vorgenommenen Wechselkursänderungen sind vor allem eine Konsequenz der Tatsache, daß die *Koordinierung der Wirtschaftspolitik in der Gemeinschaft* längere Zeit hindurch nicht zufriedenstellend funktioniert hat. Letzteres gilt auch für das Jahr 1969, in dem die Konjunktur-entwicklung noch nicht überall den Erfordernissen eines gleichgewichtigen Wirtschaftswachstums entsprechend gesteuert wurde.

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften hat in einem Memorandum vom 9. Juli 1969 auf die Notwendigkeit hingewiesen, die neuerdings wieder entstandenen inflatorischen Tendenzen schnell unter Kontrolle zu bringen, und sie hat die großen Linien einer dazu geeigneten Politik dargelegt. Die Schlußfolgerungen dieses Memorandums wurden vom Rat der Gemeinschaft in seiner Sitzung vom 17. Juli 1969 gebilligt.

(1) In Rechnungseinheiten auf Basis der jeweils bei Vertragsabschluß geltenden Paritäten.

Gleichzeitig hat sich der Rat mit Verbesserungen der Koordinierungsverfahren beschäftigt. Auf der Basis von Vorschlägen, welche die Kommission in einem Memorandum vom 12. Februar 1969 gemacht hatte, wurde das Prinzip vorheriger Konsultation über alle wichtigen nationalen Maßnahmen der kurzfristigen Wirtschaftspolitik beschlossen, soweit diese erhebliche Auswirkungen auf andere Mitgliedstaaten haben oder zu erheblichen Abweichungen von gemeinsam festgelegten Zielen mittelfristiger Natur führen. Die Modalitäten dieser Konsultationen wurden in der Sitzung des Rates vom 26. Januar 1970 festgelegt und in Kraft gesetzt.

Ferner beschloß der Rat, ebenfalls auf der Grundlage des Memorandums der Kommission von Februar 1969, prinzipiell die Einführung eines Systems kurzfristiger Währungsstützungsmöglichkeiten innerhalb der Gemeinschaft für den Fall neuer, plötzlich auftretender Zahlungsbilanzungleichgewichte. In diesem Zusammenhang bat er die Notenbankgouverneure, die sich schon vorbereitend mit dieser Frage und den eventuellen Modalitäten eines solchen Systems befaßt hatten, ihre Arbeiten fortzusetzen. Diese sind um die Jahreswende in Form eines Entwurfs eines Abkommens zwischen den Notenbanken zum Abschluß gekommen. Er sieht vor, daß ein Mitgliedstaat im Falle plötzlicher, konjunkturell bedingter Zahlungsbilanzdefizite auf Antrag Devisen in Höhe seiner Quote ⁽¹⁾ von den Notenbanken der jeweils anderen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft ohne wirtschaftspolitische Auflagen geliehen bekommt – vorausgesetzt, daß sich der betreffende Mitgliedstaat an die Prozeduren der wirtschaftspolitischen Koordinierung gehalten hat. Unmittelbar nach Inanspruchnahme des Stützungsmechanismus müssen Konsultationen im Währungsausschuß stattfinden. Die Laufzeit der Kredite ist drei Monate; sie kann höchstens um weitere drei Monate verlängert werden. In Sonderfällen können die Kredite über die Quoten hinaus erhöht werden (Rallongen); die Gesamtsumme der Rallongen darf aber die Summe aller Quoten nicht überschreiten. Der Gesamtbetrag des Systems erhöht sich damit auf 2 Milliarden Rechnungseinheiten. Diese Kreditmöglichkeiten können prioritär in Anspruch genommen werden, also vor Rückgriff auf die im Rahmen des internationalen Währungssystems bestehenden Möglichkeiten, die aber bei den Entscheidungen mitberücksichtigt werden. Nach dem Ratsbeschluß vom 26. Januar 1970 über die vorherigen Konsultationen

⁽¹⁾ Deutschland und Frankreich je 300 Millionen Rechnungseinheiten, Italien 200 Millionen, Belgien und die Niederlande je 100 Millionen; diese Quoten dienen gleichzeitig auch als Schlüssel für die Beiträge zur Finanzierung eventueller Kredite.

wurde das neue Stützungssystem Anfang Februar 1970 bereits in Kraft gesetzt.

Dieses System ist im wesentlichen als kurzfristige « Auffangvorrichtung » konzipiert und soll vor allem das Entstehen spekulativer Kapitalströme verhindern. Es soll durch ein weiteres ergänzt werden, das auch die Möglichkeit längerfristiger Kredite bietet. Deren Ausnutzung würde eine « Schutzwand » darstellen, hinter der die notwendige Sanierungspolitik zur Wiederherstellung des Gleichgewichts – die ja stets einige Zeit in Anspruch nimmt – betrieben werden kann, ohne auf Restriktionen direkter Art zurückgreifen zu müssen, die den Gemeinsamen Markt infrage stellen könnten. Die mittelfristigen Kredite sollen mit wirtschaftlichen Auflagen versehen werden. Der Rat hat den Währungsausschuß beauftragt, die Möglichkeiten eines solchen Systems zu untersuchen und dem Rat und der Kommission darüber zu berichten. Ein Zwischenbericht wurde um die Jahreswende fertiggestellt und ebenfalls in der Sitzung vom 26. Januar 1970 vom Rat erörtert. Der Rat beauftragte den Währungsausschuß, ihm bis Ende März einen endgültigen Bericht über die Anwendungsregeln des vorgeschlagenen Systems vorzulegen.

Diese zwischen der Konjunkturpolitik (« kurzfristige Wirtschaftspolitik ») und der *mittelfristigen Wirtschaftspolitik* liegenden Dispositionen will die Kommission durch eine präzisere (ziffernmäßige) Festlegung der Mitgliedstaaten auf harmonisierte Ziele und Grenzen der mittelfristigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ergänzt sehen, und sie hat dem Rat zu diesem Problemkreis ein besonderes Memorandum vorgelegt. Der Rat hat darüber Ende Januar 1970 eine Grundsatzdebatte abgehalten und beschlossen, im Rahmen des neuen, bis Herbst 1970 fertigzustellenden Programms für die mittelfristige Wirtschaftspolitik (1971 - 1975) die erwähnten quantitativen Ziele und Grenzen festzusetzen.

Für die mittelfristige Wirtschaftspolitik in der Gemeinschaft sind auch die Vorschläge von Bedeutung, die die Kommission am 15. Oktober 1969 auf dem Gebiete der *Regionalpolitik* gemacht hat. Diese Vorschläge zielen auf eine vermehrte Aufstellung nationaler Regionalpläne und auf eine intensivere Koordinierung der Regionalpläne sowie der regionalpolitischen Maßnahmen der Mitgliedstaaten unter gemeinschaftlichen Gesichtspunkten ab, dabei auch auf eine regelmäßige Prüfung und Erörterung des Umfangs der finanziellen Mittel, welche die Mitgliedstaaten für einen Zeitraum von

mehreren Jahren für Maßnahmen der Regionalpolitik einzusetzen beabsichtigen. Außerdem soll der Rat für die Kommission eigene finanzielle Interventionsmöglichkeiten in Form von Zinsvergütungen oder von Bürgschaften für Darlehen der Europäischen Investitionsbank oder anderer Finanzierungsinstitute schaffen. Die Vorschläge der Kommission sind bis zum Zeitpunkt des Abschlusses dieses Jahresberichts vom Rat noch nicht erörtert worden.

* * *

Was die *Entwicklungshilfe der Gemeinschaft* betrifft, so ist im Jahre 1969 (am 31. Mai) das erste Abkommen von Jaunde abgelaufen. Gleichzeitig wurde in diesem Jahr erfolgreich über ein neues Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den *Assoziierten Afrikanischen Staaten und Madagaskar* (AASM) verhandelt. Dieses Abkommen wurde am 29. Juli 1969 in Jaunde unterzeichnet.

Durch Beschluß des Ministerrats der Gemeinschaften vom 22. Juli 1969 wurde ferner eine den Bestimmungen des zweiten Abkommens von Jaunde entsprechende Regelung für die mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft assoziierten *Überseeischen Länder und Gebiete* (ÜLG) getroffen.

Auf dem Gebiete der finanziellen und technischen Zusammenarbeit hat sich gegenüber den für den Zeitraum 1964 - 1969 vereinbarten Regelungen hauptsächlich die Höhe des Gesamtbetrags der Finanzhilfe der Gemeinschaft geändert. Er wurde für die Dauer der neuen Regelungen auf 1 Milliarde Rechnungseinheiten – gegenüber vorher 800 Millionen – festgesetzt. Von diesem Gesamtbetrag sind 918 Millionen für die AASM und 82 Millionen für die ÜLG bestimmt. Die Gemeinschaftshilfe in Form von Zuschüssen, welche die Kommission der Europäischen Gemeinschaften aus dem mit Haushaltsmitteln der Mitgliedstaaten zu speisenden Europäischen Entwicklungsfonds gewährt, wurde gegenüber den bisherigen Regelungen zwar anteilmäßig von 85 % auf 81 % herabgesetzt; sie hat sich jedoch dem Betrage nach erheblich – von 680 auf 810 Millionen – erhöht.

Die in Form von rückzahlbaren Mitteln vorgesehene Gemeinschaftshilfe beträgt 190 Millionen gegenüber bisher 120 Millionen Rechnungseinheiten. In diesem Rahmen können 90 Millionen aus Mitteln des Europäischen Entwicklungsfonds für die Gewährung von Darlehen zu Sonderbedingungen und für Beiträge zur Bildung von haftendem Kapital von

Unternehmungen verwendet werden. Der restliche Teil – 100 Millionen Rechnungseinheiten – stellt den Höchstbetrag an Darlehen dar, welche die Europäische Investitionsbank im Rahmen ihrer normalen Darlehens-tätigkeit auf der Grundlage und für die Dauer der neuen Regelungen gemäß einem entsprechenden Beschluß des Rates ihrer Gouverneure vom 17. Juli 1969 vergeben kann. Das bedeutet eine Steigerung um rund 43% gegenüber dem in den abgelaufenen Regelungen vorgesehenen Höchst-betrag. Die Mitgliedstaaten haben sich verpflichtet, sich für die Darlehen, welche die Bank auf der Grundlage der neuen Regelungen aus eigenen Mitteln gewährt, zu verbürgen. Diese Verpflichtung wird wirksam, sobald der Betrag der von der Bank auf der Grundlage der neuen Regelungen insgesamt gewährten eigenen Darlehen 70 Millionen Rechnungseinheiten übersteigt; sie beschränkt sich auf die Differenz zwischen 70 Millionen und dem Gesamtbetrag der von der Bank auf der Grundlage der Regelungen effektiv gewährten Darlehen.

In technischer Hinsicht sehen die neuen Assoziierungstexte zwei bedeutsame Neuerungen vor. Einmal können die aus Mitteln des Europäischen Entwicklungsfonds zu finanzierenden Zinsvergütungen, die zu Darlehen der Bank gewährt werden können, künftig in den meisten Fällen zu Pauschalsätzen und aufgrund bestimmter, in den Abkommen festgelegter wirtschaftlicher Kriterien vergeben werden. Dadurch dürfte sich nicht nur die Wirksamkeit dieser Vorkehrung erhöhen, sondern auch die Inanspruchnahme der Zinssubventionen gesteigert werden; dies wird vor allem für zahlreiche Projekte des industriell-gewerblichen Sektors und des Fremdenverkehrs der Fall sein. Zum anderen kann die Gemeinschaft jetzt auch Beiträge zur Bildung von haftendem Kapital, namentlich in Form von Kapitalbeteiligungen, leisten. Diese Operationen, die zeitweiliger Natur sein sollen, werden von der Bank als Beauftragte der Gemeinschaft durchgeführt bzw. verwaltet werden.

Im Interesse einer rationellen Zusammenarbeit wurde die Hauptverantwortung für die Prüfung der Vorhaben, die für eine Finanzierung durch eine rückzahlbare Hilfe aus Mitteln des Europäischen Entwicklungsfonds in Frage kommen zwischen der Kommission der Europäischen Gemeinschaften und der Bank aufgeteilt; der Bank wurde dabei die Hauptverantwortung für die Prüfung der Anträge auf Zinsvergütungen, ferner der Vorhaben im industriell-gewerblichen Sektor, die für eine Finan-

zierung durch Darlehen zu Sonderbedingungen in Betracht kommen, sowie schließlich der Projekte übertragen, für die Beiträge zur Bildung von haftendem Kapital beantragt werden.

In Erwartung der Ratifizierung des neuen Abkommens durch alle Unterzeichnerstaaten und seines Inkrafttretens – wahrscheinlich gegen Ende des Jahres 1970 – hat der Assoziationsrat EWG-AASM am 29. Mai 1969 die Einrichtung einer « Übergangszeit » beschlossen. In dieser Zeit können bestimmte, im Rahmen der abgelaufenen Regelungen vorgesehene Vorhaben noch vom Europäischen Entwicklungsfonds berücksichtigt werden. Die Bank wurde ihrerseits durch einen Beschluß des Rates ihrer Gouverneure vom 16. Juni 1969 ermächtigt, ihre Darlehensgewährung aus eigenen Mitteln bis zum 30. Juni 1970, aber höchstens bis zur Erreichung des Darlehensplafonds von 70 Millionen fortzusetzen, der in den alten Regelungen vorgesehen, aber zur Zeit ihres Auslaufens noch nicht erreicht war. Im Rahmen der Übergangsbestimmungen wurde ferner beschlossen, daß Finanzierungsanträge für Vorhaben oder Programme, die gegebenenfalls durch die in den neuen Regelungen vorgesehene Hilfe zu finanzieren sein werden, den zuständigen Gemeinschaftsstellen sofort eingereicht werden können, so daß mit ihrer Bearbeitung begonnen werden kann. Beschlüsse und definitive Zusagen können jedoch nicht vor Inkrafttreten des neuen Abkommens erfolgen.

Auch das Finanzprotokoll zum Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der *Türkei*, das am 1. Dezember 1964 in Kraft getreten war, ist im Jahre 1969 (am 30. November) abgelaufen. Die Verhandlungen im Assoziationsrat haben bisher noch nicht zu einer Übereinkunft über den Eintritt in die zweite Phase (die sog. « Übergangsphase ») des Assoziierungsabkommens und über die Erneuerung der Hilfe im Rahmen eines neuen Finanzprotokolls geführt.

ASSOZIIERTE STAATEN

In *Griechenland* hat sich die Wirtschaftsexpansion im Berichtsjahr fortgesetzt und beschleunigt. Nach den (vorläufigen) amtlichen Angaben ist das reale Bruttosozialprodukt von 1968 auf 1969 um etwas mehr als 8% gestiegen – verglichen mit einer Ausweitung um 4,5% von 1967 auf 1968.

Dazu hat einmal beigetragen, daß die Industrieproduktion (einschließlich Bau) um 12% erhöht werden konnte (nach 7% im Vorjahr). Zum anderen ist die Agrarerzeugung, die im Jahre 1968 witterungsbedingt sogar leicht unter dem Niveau von 1967 geblieben war, diesmal um etwa 8% gewachsen.

Zu dieser Ausweitung des Inlandsangebots trat eine erhebliche Erhöhung der Importe : Die Wareneinfuhren sind von 1968 auf 1969 dem Werte nach um etwa 14% (auf rund 1,4 Milliarden Rechnungseinheiten) gestiegen.

Auf der Nachfrageseite haben die Bruttoanlageninvestitionen besonders stark – dem Volumen nach um etwa 18% – zugenommen, wobei allerdings auch die anhaltend schnelle Expansion des Wohnungsbaus eine Rolle gespielt hat. Der reale Verbrauch hingegen hat sich weniger als das Brutto-sozialprodukt ausgedehnt : Der öffentliche Verbrauch stieg um rund 3%, der private Konsum um immerhin 7%.

Beschleunigt hat sich ebenfalls der Anstieg der effektiven Auslandsnachfrage. In der Tat sind die Warenexporte von 1968 auf 1969 um 15% (auf 554 Millionen) gewachsen. Gleichzeitig haben die Nettoeinnahmen aus dem Dienstleistungsverkehr (insbesondere Fremdenverkehr und Geldüberweisungen von im Ausland beschäftigten Griechen) um fast 9% (auf 570 Millionen) zugenommen.

Was das äußere Gleichgewicht betrifft, so ergab sich trotz der starken Erhöhung der Warenexporte und der Nettoeinnahmen des Dienstleistungssektors in der Bilanz der laufenden Zahlungen mit 320 Millionen ein höheres Defizit als 1968 (260 Millionen). Dafür war natürlich die schon erwähnte gleichzeitige Zunahme der Importe verantwortlich, die wiederum zum Teil mit dem inneren Konjunkturaufschwung, teilweise aber auch mit der Tatsache zusammenhängt, daß die Nettozuflüsse von öffentlichem und privatem Kapital aus dem Ausland in den letzten Jahren erheblich gestiegen sind; sie erreichten im Jahre 1969 rund 310 Millionen Rechnungseinheiten.

Das Defizit in der Bilanz der laufenden Zahlungen und der Überschuß in der Kapitalbilanz ergaben einen leichten Passivsaldo der gesamten Zahlungsbilanz, der sich in einer Abnahme der Gold- und Devisenreserven der Währungsbehörden um 10 Millionen widerspiegelt – nach einer Zunahme um 39 Millionen im Jahre 1968.

Das innere Gleichgewicht war infolge des starken konjunkturellen Anstiegs der Nachfrage und der Wirkungen erhöhter Importpreise nicht mehr so gesichert wie in den beiden Vorjahren: Im Monatsdurchschnitt des Jahres 1969 lagen nach den amtlichen Indizes die Großhandelspreise um rund 4%, die Verbraucherpreise um rund 2% höher als im Jahre 1968.

In der *Türkei* war die Wirtschaftsentwicklung auch im Jahre 1969 durch ein kräftiges – gegenüber den Vorjahren sogar leicht beschleunigtes – Wachstum gekennzeichnet. Gleichzeitig verstärkte sich aber auch erneut das Ungleichgewicht zwischen monetärer Nachfrage und realen Angebotsmöglichkeiten.

Die Zunahme des realen Sozialproduktes wird auf 7% geschätzt, verglichen mit 6,7% und 6,1% in den Jahren 1968 und 1967. Die Beschleunigung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums von 1968 auf 1969 ist vor allem auf einen schnelleren Anstieg der industriellen Wertschöpfung – 12%, verglichen mit 10% im Vorjahr – zurückzuführen, der namentlich mit der Inbetriebnahme einer Reihe neuer Produktionsanlagen sowohl für Grundstoffe (Zement, Düngemittel) und Investitionsgüter (Maschinen, Elektromotoren, Lastwagen) als auch für gewisse dauerhafte Konsumgüter (z. B. Kühlschränke) möglich wurde. Das Wachstum der Industrieproduktion wäre sicher noch höher ausgefallen, wenn nicht Engpässe auf dem Gebiet der Eisen- und Stahlproduktion aufgetreten wären, die nur teilweise durch Einfuhren im Rahmen von Sonderkontingenten beseitigt werden konnten. Auch in der Bauwirtschaft und im Dienstleistungsbereich wurde im Jahre 1969 wiederum ein überdurchschnittliches Wachstum verzeichnet. Dagegen blieb die Entwicklung der landwirtschaftlichen Wertschöpfung beträchtlich hinter den ursprünglichen Erwartungen zurück. Die Zunahme erreichte hier dem Volumen nach nur knapp 1% (gegenüber 1,9% im Vorjahr). Einmal hat sich ungünstiges Wetter namentlich auf die Getreideernte auf dem anatolischen Hochplateau ausgewirkt; zum anderen blieb die Umstellung auf die Verwendung neuer, ertragreicherer Weizensaaten nicht unerheblich hinter den Planzielen zurück. Da die Weizenernte um fast ein Zehntel unter dem Vorjahresultat lag, mußte den sich dadurch ergebenden Versorgungsschwierigkeiten – wie schon mehrfach in früheren Jahren – wieder durch umfangreiche Einfuhren begegnet werden.

Nach der starken Expansion der Anlageninvestitionen im Vorjahr (Volumen + 15,5%) hat sich die Zunahme der Investitionstätigkeit insgesamt gesehen im Jahre 1969 deutlich abgeschwächt. Nach den bisher

vorliegenden Schätzungen dürfte die reale Zuwachsrate nur etwa 9% erreicht haben. Hinter dieser Verlangsamung stehen allerdings sehr unterschiedliche Tendenzen bei den Anlageninvestitionen des öffentlichen Sektors einerseits und jenen des privaten andererseits. In der Tat ist die Abschwächung ausschließlich die Folge einer Verminderung der Zuwachsrates der öffentlichen Investitionstätigkeit (5,4%, verglichen mit 19% im Vorjahr). Besonders ausgeprägt war die Verlangsamung bei den direkt aus dem Budget finanzierten Investitionen; dagegen könnten die staatlichen Unternehmungen – trotz der auch hier beobachteten Verschlechterung der Finanzierungslage – noch eine Zuwachsrates von real 9 - 10% erzielt haben. Demgegenüber hat sich die Expansion der privaten Investitionen sogar beschleunigt; der Anstieg wird dem Volumen nach auf fast 14% geschätzt, verglichen mit 11,4% im Vorjahr. Neben den steuerlichen und kreditpolitischen Förderungsmaßnahmen, die in jüngster Zeit ohne Zweifel die Investitionsneigung der Unternehmer günstig beeinflusst haben, dürften sich nunmehr im privaten Sektor auch zunehmend die in den letzten Jahren gesammelten Erfahrungen auf die Vorbereitung und zügige Durchführung der Investitionsvorhaben ausgewirkt haben.

Die Entwicklung der privaten und – in besonders starkem Ausmaß – der öffentlichen Verbrauchsausgaben war auch im Jahre 1969 weiter kräftig aufwärts gerichtet. Obgleich die mäßige Ernte die Zunahme der Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung beschränkte, dürften die privaten Verbrauchsausgaben stärker als im Vorjahr gestiegen sein. Allerdings spiegelt die Beschleunigung der Ausgabenzunahme im wesentlichen nur den stärkeren Preisanstieg im Jahresvergleich wider; dem Volumen nach wird die Verbrauchszunahme in beiden Jahren wohl etwa gleich groß – knapp 6% – gewesen sein. Der öffentliche Verbrauch dürfte zwar dem Volumen nach etwas weniger stark gewachsen sein als im Vorjahr (8% gegenüber 8,6%), doch scheint auch hier wegen der Preisentwicklung eine fühlbare Beschleunigung der Ausgaben stattgefunden zu haben. Entgegen der bei der Verabschiedung des Budgets 1969/70 geäußerten Absicht, die Ausgaben im Verlauf des Jahres periodisch an die Einnahmeentwicklung anzupassen, wurden erst im November energische Maßnahmen getroffen, um das bis dahin bereits akkumulierte hohe Budgetdefizit – das überdies zu einem großen Teil durch Rückgriff des Schatzamtes auf Kredite der Zentralbank finanziert worden war – durch Beschränkungen der öffentlichen Ausgaben bis zum Ende des Haushaltsjahres (Februar 1970) wieder zu verringern.

Überschattet wurde die bezüglich der realen Expansion des Sozialproduktes, der Industrieproduktion und der Investitionen an sich zufriedenstellende Wirtschaftsentwicklung durch wachsende inflationäre Tendenzen. Der Preisanstieg – gemessen am Unterschied zwischen nominaler und realer Zunahme des Sozialproduktes – kann für 1969 auf rund 6% veranschlagt werden, während im Vorjahr noch eine «relative» Preisstabilität (bei einem durchschnittlichen Preisanstieg von knapp 3%) gewahrt worden war. Die Erhöhung gewisser indirekter Steuern, die weitere Anhebung der Stempelsteuer (von 15 auf 25%) auf Warenimporte sowie die Heraufsetzung der staatlich gestützten Getreidepreise haben sicher zu dem beschleunigten Anziehen der Preise beigetragen; entscheidend dürfte aber gewesen sein, daß sich durch eine starke – von der Zentralbank nicht hinreichend unter Kontrolle gehaltene – Kreditausweitung der Geschäftsbanken und die monetäre Finanzierung eines an sich bereits zu großen Budgetdefizits ein Nachfragesog entfalten konnte, der über die realen Angebotsmöglichkeiten weit hinausgegangen ist.

Die inflationären Tendenzen konnten sich in dieser Situation um so mehr durchsetzen, als die Zahlungsbilanzlage weiter sehr prekär blieb und es nicht erlaubte, durch wesentlich verstärkte Importe preisdämpfend zu wirken. Zwar ist die Wareneinfuhr von 1968 auf 1969 um etwa 5,4% (auf 805 Millionen Rechnungseinheiten) gestiegen; doch ist diese Zunahme allein auf die wegen des schlechten Ernteausfalls notwendig gewordenen zusätzlichen Getreideimporte sowie auf höhere Einfuhren von Ausrüstungsgütern zurückzuführen, die durch ausländische Projektkredite bereits in den Vorjahren finanziert worden waren. Die laufenden Einfuhren haben dagegen den Vorjahresstand nicht erreicht.

Wegen der angespannten Devisenlage kam es auch 1969 wieder mehrfach zu sehr beträchtlichen Verzögerungen der Transfers von Zahlungen für Importe durch die Zentralbank – für Einfuhren der liberalisierten Liste erreichte der Rückstand 8 bis 9 Monate –, und Anfang November wurde die Vergabe von Lizenzen für liberalisierte Einfuhren wieder, der Praxis früherer Jahre folgend, für zwei Monate völlig ausgesetzt.

Nach dem Rückgang um 5,2% im Vorjahr entwickelte sich die Wareneinfuhr, bei zunächst noch schwacher Tendenz in den ersten Monaten von 1969, im weiteren Verlauf des Jahres wieder aufwärts. Im Jahresvergleich

ist sie um mehr als 8% (von 496 auf 537 Millionen) gestiegen, namentlich infolge höherer Ausfuhren von Haselnüssen, Olivenöl und Zucker.

Während sich das Defizit der Warenbilanz mit 268 Millionen etwa auf der Höhe des Vorjahres hielt, war für die Netto-Deviseneinnahmen aus den unsichtbaren Transaktionen eine – wenn auch absolut nicht sehr große – Besserung zu verzeichnen. Zusätzliche Einnahmen brachten vor allem die Lohnüberweisungen türkischer Arbeiter im Ausland, deren Zahl erheblich gestiegen ist. Auch die offiziellen Einnahmen aus dem Fremdenverkehr sind weiter gewachsen; gleichzeitig erhöhten sich aber die Ausgaben für Auslandsreisen türkischer Bürger und für Zinsen auf Auslandsschulden.

Alles in allem ging das Defizit der laufenden Posten der Zahlungsbilanz von 231 Millionen im Vorjahr auf 203 Millionen im Jahre 1969 zurück.

Das Defizit der Waren- und Dienstleistungsbilanz und der Kapitalbedarf für die Rekonsolidierung der – gegenüber dem Vorjahr wesentlich höheren – fälligen Rückzahlungen auf Altschulden wurden auch 1969 zum größten Teil durch die im Rahmen des Türkei-Konsortiums der OECD zur Verfügung gestellte Entwicklungshilfe der Mitgliedstaaten dieses Konsortiums und multilateraler Finanzinstitute gedeckt.

In den *assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar (AASM)* wurden die Wirkungen der Ernteergebnisse von 1968/69, die im allgemeinen unter denen der vorhergegangenen Kampagne lagen, in vielen Fällen durch eine für die rohstoffzeugenden Länder günstige internationale Konjunkturentwicklung ausgeglichen. Die Konjunkturüberhitzung in den meisten Industrieländern und spekulative Tendenzen, die sich aus dem internationalen Währungsgeschehen für die Märkte bestimmter Erzeugnisse ergaben, trugen zu einer Belebung der Nachfrage bei und führten zu einer günstigeren Preisentwicklung bei zahlreichen Produkten. In den einzelnen Staaten wurde diese allgemeine Entwicklung durch andere Faktoren, wie Witterungseinflüsse und politische und budgetäre Gegebenheiten, entweder verstärkt oder abgeschwächt. Besonders stark war der Preisanstieg für Kakao – bis zum Beginn der neuen Ernte – und für Kupfer. Die Eisenerz-Exportländer profitierten von der weltweiten Steigerung der Eisen- und Stahlproduktion. Deutlich erholt haben sich die Preise für Öl und Ölfrüchte,

insbesondere für Palmöl. Die Preise für Kaffee und Hölzer konnten insgesamt gehalten werden. Dagegen waren die Notierungen für Phosphate, Manganerz und Baumwolle weiter rückläufig.

Die öffentliche Auslandshilfe, die den AASM zugeflossen ist, dürfte wieder in etwa konstant geblieben sein. Im Jahre 1968 hatte sie rund 550 Millionen Rechnungseinheiten erreicht und damit geringfügig unter dem Niveau von 1967 gelegen. Etwa 85 % dieser Hilfe stammen aus der Gemeinschaft; darin sind auch die – meist in Form von verlorenen Zuschüssen gewährten – bilateralen Beiträge der Mitgliedstaaten enthalten.

Von den zur Frankenzone gehörenden AASM wurde im August 1969 der CFA-Franken bzw. der Madagaskar-Franken um den gleichen Satz wie der französische Franken abgewertet. Die Wettbewerbsfähigkeit dieser Länder gegenüber dem Raum außerhalb der Frankenzone hat sich damit verbessert. Die Auswirkungen auf diesem Gebiet lassen sich jedoch, wie auch die anderen Folgen der Abwertung, noch schwer beurteilen; wahrscheinlich bestehen hier Unterschiede von Land zu Land, entsprechend der Zusammensetzung und der Orientierung des Außenhandels sowie den besonderen Gegebenheiten der Märkte für die wichtigsten Exporterzeugnisse.

Insgesamt gesehen dürfte das Jahr 1969 in den meisten AASM durch ein gegenüber 1968 nur geringfügig abgeschwächtes reales Wirtschaftswachstum und eine Verbesserung der Zahlungsbilanzen, aber auch durch eine Tendenz zu einer über die Zunahme der Haushaltseinnahmen hinausgehenden Steigerung der öffentlichen Ausgaben gekennzeichnet gewesen sein. Dieses sehr allgemeine Bild muß selbstverständlich nuanciert und teilweise berichtigt werden, wenn man die einzelnen AASM und namentlich diejenigen gesondert betrachtet, in denen bisher in Anwendung des ersten Abkommens von Jaunde Darlehen gewährt wurden : Mauretanien, Senegal, Elfenbeinküste, Kamerun, Gabun, Tschad, Zentralafrikanische Republik, Kongo (Brazzaville), Kongo (Kinshasa) und Madagaskar.

In der *Islamischen Republik Mauretanien* hat sich die Expansion vor allem im Bergbau fortgesetzt. Die Ausfuhren von Eisenerz haben sich unter dem Einfluß der weltweiten Steigerung der Nachfrage und der Preise für Stahl insbesondere ab Juni kräftig erhöht; sie sind von 7,7 Millionen t im Jahre 1968 auf etwa 8,5 Millionen t im Jahre 1969 gestiegen. In diesem Zusammenhang wurde beschlossen, den Hafen Nouadhibou (früher Port Étienne) auszubaggern, so daß er von Erzfrachtern von 150.000 t ange-

laufen werden kann. Die Société Minière de Mauritanie (SOMIMA) hat ihre Investitionen fortgesetzt, und die ersten Exporte von konzentriertem Kupfererz sollen noch im Jahre 1970 erfolgen. Gleichzeitig werden weitere Erdölbohrungen vor der Küste durchgeführt.

Der Erfolg der auf anderen Gebieten laufenden Aktionen ist vergleichsweise noch bescheiden oder unsicher. In Nouadhibou konnte die Fischindustrie nach verschiedenen Schwierigkeiten nunmehr beträchtliche Fortschritte machen, die sich im Jahre 1970 mit der Inbetriebnahme der Anlagen der « Industrie Mauritanienne de la Pêche » (IMAPEC) fortsetzen dürften. Die vermarktete Produktion von Gummi arabicum lag 1968/69 um etwa 15 % über dem Ergebnis der vorhergegangenen Kampagne. Die im Jahre 1968 beobachtete Trockenheit hat 1969 zu einer Versorgungslücke bei Lebensmitteln geführt, die jedoch durch eine internationale Nahrungsmittelhilfe geschlossen werden konnte. Allerdings soll der Viehbestand schwer gelitten haben.

Die mauretanische Regierung und die verschiedenen ausländischen Geldgeber haben weiterhin auch die traditionellen Wirtschaftsbereiche gefördert. So befinden sich gegenwärtig mehrere Vorhaben in Durchführung, die eine Diversifizierung und Steigerung der Lebensmittelproduktion und eine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur bezwecken.

Die Wirtschaft der *Republik Senegal* hat durch das Aufeinanderfolgen von drei sehr mäßigen, zum Teil sogar ausgesprochen schlechten Ernten erheblich gelitten. Die vermarktete Erzeugung von ungeschälten Erdnüssen betrug beispielsweise 1968/69 kaum mehr als 623.000 t, gegenüber mehr als 1 Million t im Erntejahr 1965/66. Nach den ersten Schätzungen kann für die laufende Kampagne 1969/70 mit etwa 750.000 t gerechnet werden. Dazu kommt, daß seit 1967/68 die cif-Preise im Export um rund 15 % zurückgegangen sind, da Frankreich im Zusammenhang mit der Neuordnung des Fettmarktes der Gemeinschaft keine Erdnüsse mehr zu Präferenzpreisen abnimmt. Der spürbare Anstieg der Weltmarktpreise für Erdnüsse und Erdnußöl im Jahre 1969 hat dafür nur einen sehr geringen und wahrscheinlich nur vorübergehenden Ausgleich gebracht.

Die Erfolge in der Ausdehnung des Baumwollanbaus (1968/69 9.800 t, 1969/70 rund 12.000 t), die Maßnahmen zum Ausbau der Seefischerei und die – allerdings langsame – Zunahme der Industrieproduktion stellen durchaus positive Faktoren dar; sie reichen jedoch noch nicht aus, um die

sich aus den Schwierigkeiten des Erdnußanbaus ergebende Verlangsamung des Wirtschaftswachstums zu kompensieren.

So hat sich das beträchtliche Defizit der Handelsbilanz und der Zahlungsbilanz weiterhin erhöht, und der Ausgleich des laufenden Staatshaushalts wird künftig trotz einer erneuten Steuererhöhung schwieriger zu erzielen sein.

Der dritte Vierjahresplan (1969 - 1973) sieht eine jährliche Zunahme des Bruttoinlandseinkommens zu konstanten Preisen um 5,5% vor; absoluten Vorrang hat dabei die Entwicklung der Landwirtschaft, auf die rund 30% der für die nächsten Jahre vorgesehenen Investitionen von insgesamt 522 Millionen Rechnungseinheiten entfallen sollen. Die beiden Hauptziele auf landwirtschaftlichem Gebiet sind die Steigerung der Erträge der traditionellen Kulturen – Erdnüsse und Hirse – und die Ausdehnung des Reis-anbaus. Im Gegensatz zu den früheren Plänen sieht der neue Vierjahresplan beträchtliche Aufwendungen ebenfalls zur Förderung des Fremdenverkehrs vor. Wenn der Plan auch in seiner allgemeinen Orientierung als realistisch bezeichnet werden kann, so erscheint doch das für den Gesamtbetrag der vorgesehenen Investitionen gesteckte Ziel als ausgesprochen hoch: Ihre Finanzierung soll nämlich zu 65% durch ausländisches Kapital und im übrigen durch die inländische, hauptsächlich öffentliche Ersparnisbildung finanziert werden, wobei es ungewiß ist, ob die von dieser Seite vorgesehenen Beträge wirklich aufgebracht werden können.

Die *Republik Elfenbeinküste* konnte auch im Jahre 1969 – trotz einer gewissen Abschwächung des Wachstumstempos infolge geringerer Ernteerträge – ihre wirtschaftliche Expansion fortsetzen und auch wieder einen Zahlungsbilanzüberschuß erzielen. Die etwa bis Jahresende verzeichneten außerordentlich hohen Preise, namentlich für Kakao, haben den negativen Einkommenseffekt des Rückgangs der Agrarproduktion weitgehend ausgeglichen und es ermöglicht, die Reserven der Stabilisierungskasse zu erhöhen und für die Kampagne 1969/70 die an die Erzeuger im Inland gezahlten Preise bei Kakao und Kaffee – bei denen eine nennenswerte Verbesserung der Ernteerträge erwartet wird – anzuheben.

Im Wirtschaftsjahr 1968/69 betrug die vermarktete Kaffeeproduktion kaum mehr als 210.000 t, gegenüber rund 288.000 t in der vorhergegangenen Kampagne. Dagegen lag die vermarktete Kakaoproduktion mit etwa

142.000 t nur unwesentlich unter dem Ergebnis der Kampagne 1967/68 (knapp 147.000 t).

Die Exporte von Rohholz haben im Gegensatz zu Schnittholz erneut kräftig zugenommen. Dagegen ist die Bananenausfuhr geringfügig zurückgegangen, und die Baumwollernte, die 1968/69 mehr als 42.000 t betragen hatte, wird 1969/70 infolge der sehr ungünstigen Witterungsverhältnisse wahrscheinlich 30.000 t nicht überschreiten. Die Maßnahmen zur Diversifizierung der Agrarproduktion werden planmäßig fortgesetzt; sie betreffen neben Ölpalmen auch Ananas, Kokospalmen, Reis und Kautschuk sowie die Seefischerei.

Die Industrieproduktion hat trotz eines vorübergehenden Nachlassens der Nachfrage, insbesondere nach Textilien, weiter zugenommen (1969 schätzungsweise um 12 %).

Nach den vorläufigen Statistiken für das Jahr 1969 sind die Exporte gegenüber dem Vorjahr wertmäßig um 6,8 %, die Importe um 18,5 % gestiegen. Der Überschuß der Handelsbilanz, der auf rund 72 Millionen Rechnungseinheiten geschätzt wird, war um etwa 27 % niedriger als im Vorjahr, und der Deckungssatz (der Importe durch Exporte) ging von 135 % auf 122 % zurück.

In den kommenden Jahren wird die Verwirklichung von zwei Großprojekten – Hafen von San Pedro und Erschließung des südwestlichen Landesteils einerseits, Wasserkraftwerk Kossou und Umsiedlung der landwirtschaftlichen Bevölkerung aus dem oberhalb der Stauanlage gelegenen Teil des Bandama-Tals andererseits – einen beträchtlichen Teil der Energien und der Finanzierungsmittel des Landes in Anspruch nehmen.

In der *Bundesrepublik Kamerun* haben eine günstige Entwicklung der Kakaoproduktion, die 1968/69 erstmals über 100.000 t lag, ferner die Baumwollernte mit einem Ertrag von rund 68.000 t (gegenüber 51.000 t in der Kampagne 1967/68) und schließlich eine weitere Expansion des industriellen Sektors trotz eines geringfügigen Rückgangs der Kaffeeproduktion ein sehr lebhaftes Wirtschaftswachstum und eine beträchtliche Erhöhung des Zahlungsbilanzüberschusses ermöglicht. Diese Entwicklung wurde durch die festen Preise der wichtigsten Exporterzeugnisse, vor allem durch den Anstieg der Kakaopreise, der auch eine Heraufsetzung der Erzeugerpreise erlaubte, begünstigt.

In den ersten 10 Monaten des Jahres 1969 haben die Ausfuhr um 18% und die Einfuhr um 14% (Werte) gegenüber der gleichen Vorjahreszeit zugenommen. Dementsprechend wies die Handelsbilanz, die im Jahr zuvor annähernd ausgeglichen war, einen Überschuß von rund 6,7 Millionen Rechnungseinheiten auf. Der Deckungssatz betrug 104%.

Die kürzliche Inbetriebnahme des ersten Abschnitts der Transkamerunbahn zwischen Jaunde und Belabo wird auf eine weitere Steigerung der bereits rasch zunehmenden Forst-Produktion hinwirken, vorausgesetzt, daß die Hafenanlagen entsprechend ausgebaut werden. Mit dem Bau des zweiten Abschnitts dieser Bahnstrecke (Belabo - Ngaoundere) soll demnächst begonnen werden.

In etwa einem Jahr dürfte die Stauanlage von M'Bakaou in Betrieb genommen werden, die eine gleichmäßigere und höhere Stromerzeugung ermöglichen soll. Sie wird sowohl zur Entwicklung der Industriezentren Duala und Jaunde als auch zur Steigerung der Aluminiumerzeugung, die seit einigen Jahren unverändert bei etwa 46.000 t liegt, beitragen.

Umfangreiche Privatinvestitionen werden nach wie vor in der Industrie (Textilindustrie, Brauereien, Fischindustrie), im Fremdenverkehr sowie für Schürfarbeiten (Erdöl und sonstige Bodenschätze) vorgenommen.

Ein Jahr vor Ablauf des derzeitigen Fünfjahresplans kann man sagen, daß zwar einige Ziele, namentlich auf landwirtschaftlichem Gebiet, wo die vorgesehenen Maßnahmen nur langsam durchgeführt werden können, nicht ganz zu erreichen sind, daß insgesamt jedoch sehr gute Fortschritte erzielt werden konnten.

In der *Republik Gabun* hat sich die Wirtschaftsexpansion weiter fortgesetzt, obwohl die bergbauliche Produktion mit etwa 1,2 Millionen t Manganerz und 1.400 t angereichertem Uranerz praktisch konstant geblieben ist und die Preise für Manganerz gegenwärtig niedrig liegen. Das Wachstum ist besonders auf die Entwicklung der Erdölerzeugung, die im Jahre 1969 etwa 5 Millionen t erreichte, sowie auf den seit 1968 zu verzeichnenden neuen Aufschwung der Forstwirtschaft zurückzuführen, deren Produktion mit dem Übergang zur Nutzung der zweiten küstenferneren Waldzone zunächst rückläufig gewesen war. Ebenso haben die beträchtlichen Investitionen in der Erdölindustrie, im Straßenbau, in der Forstwirtschaft, auf dem Gebiet der städtischen und administrativen Infrastruktur sowie im

Zusammenhang mit dem Bau des Hafens Owendo und den in aller Kürze beginnenden Arbeiten zum Ausbau des Wasserkraftpotentials von Kingulé auf eine anhaltende Wirtschaftsexpansion hingewirkt.

Die Handelsbilanz weist nach wie vor einen hohen Überschuß auf (1968 : 53,5 Millionen Rechnungseinheiten, was einem Deckungssatz von fast 200% entspricht) und die um die Jahresmitte 1968 vorübergehend geschrumpften Auslandsguthaben sind inzwischen wieder aufgestockt worden.

Auf industriellem Gebiet war im Jahre 1969 die Inbetriebnahme einer Textildruckerei, einer Getreidemühle und einer Klinkermühle zu verzeichnen.

In der *Republik Tschad* hat sich die Wirtschaftslage zwar in verschiedener Hinsicht positiv entwickelt; gleichzeitig ist aber eine Verschlechterung der öffentlichen Finanzen und der Zahlungsbilanz festzustellen, und die politische Entwicklung stand immer noch unter dem Einfluß der anhaltenden Unruhen in den nördlichen Landesteilen. Die Investitionsziele des Fünfjahresplans 1966 - 1970 mußten um rund 44% herabgesetzt werden.

Die Produktion von Rohbaumwolle erreichte 1968/69 erstmals fast 149.000 t, verglichen mit 102.000 t in der vorhergegangenen Kampagne. Für 1969/70 ergibt sich allerdings ein deutlicher Rückgang.

Die Ausfuhr von Lebendvieh liegt nach wie vor wesentlich unter dem vor 1967 erreichten Stand. Die Fleischexporte (1969 rund 10.000 t) dagegen haben zugenommen, machen bisher aber nur einen geringen Teil der gesamten Fleischproduktion aus. Mit der Errichtung mehrerer neuer Industriebetriebe während der letzten Jahre sind auch die ersten Schritte in Richtung auf eine industrielle Entwicklung getan worden.

Die *Zentralafrikanische Republik* hatte eine Reihe innenpolitischer Schwierigkeiten zu überwinden. Gleichzeitig konnte jedoch die Produktion von Rohbaumwolle 1968/69 erstmals auf rund 58.000 t, gegenüber 49.000 t in der vorhergegangenen Kampagne, gesteigert werden. Bei Diamanten wurde im Jahre 1968 eine Rekordproduktion von mehr als 600.000 Karat erzielt; 1969 kam es allerdings zu einem Konflikt zwischen der Regierung und verschiedenen Unternehmen des Diamantenbergbaus und -handels. Die Kaffeeproduktion liegt unverändert bei etwa 8 - 9.000 t, und die Holz-

erzeugung beträgt nach wie vor etwa 170.000 m³ Rohholz und 45 - 50.000 m³ Schnittholz.

Mit der Gründung der Compagnie des Mines d'Uranium de Bakouma ergeben sich auf längere Sicht interessante Entwicklungsmöglichkeiten für den östlichen Landesteil.

In der *Volksrepublik Kongo* brachte das abgelaufene Jahr verschiedene innenpolitische Veränderungen – im Sinne einer Verstärkung der sozialistischen Tendenz – mit sich. So wurde beispielsweise der Betrieb der auf kongolesischem Hoheitsgebiet gelegenen Eisenbahn- und Hafenanlagen, der bisher der von der Volksrepublik Kongo, der Republik Gabun, der Zentralafrikanischen Republik und der Republik Tschad gemeinsam gegründeten « Agence Transéquatoriale de Communication » oblag, einer rein kongolesischen Einrichtung übertragen. Obwohl verschiedene Faktoren Möglichkeiten einer langfristigen Besserung der Wirtschaftslage erkennen lassen, wie z. B. das Anlaufen der Kaliexporte und die ermutigenden Ergebnisse der Erdölbohrungen vor der Küste, steht das Land weiterhin vor ernststen wirtschaftlichen und finanziellen Problemen.

In der *Demokratischen Republik Kongo* hat sich der mit der Währungsreform von Juni 1967 eingeleitete Wiederaufschwung fortgesetzt. Die Normalisierung des Wirtschaftslebens, die Wiederherstellung von Ordnung und Sicherheit und die starke Zunahme der vermarkteten Agrarproduktion hatten 1968 eine Steigerung des Bruttoinlandsprodukts zu konstanten Preisen um fast 8% gegenüber 1967 zur Folge. Im Jahre 1969 konnte die Agrarproduktion trotz weniger günstiger Witterungsbedingungen auf dem hohen Stand des Vorjahrs gehalten werden. Die reale Zunahme des Bruttoinlandsprodukts um schätzungsweise etwa 5% ist im wesentlichen auf die Steigerung der bergbaulichen Produktion und eine wieder etwas bessere Beschäftigung der verarbeitenden Industrie zurückzuführen. Voraussetzung für das Anhalten der gegenwärtigen Wirtschaftsexpansion dürfte einer Verbesserung des Verkehrswesens sowohl auf dem Gebiet der Transporteinrichtungen als auch auf dem der Betriebsorganisation sein.

Die Bruttoanlageninvestitionen haben, vor allem auf Grund staatlicher Investitionen, die etwa zur Hälfte aus Haushaltsmitteln finanziert wurden, stark zugenommen. Zu einem großen Teil handelt es sich dabei um den Nachholbedarf an Erneuerungsinvestitionen, die 7 Jahre lang

praktisch ganz unterblieben waren. Die eigentlichen Neuinvestitionen sind noch sehr gering.

Zwei im Jahre 1969 getroffene Entscheidungen dürften künftig die Entwicklung der Privatinvestitionen positiv beeinflussen : das am 26. Juni 1969 verkündete Investitionsgesetz und die Gründung der « Société Congolaise de Financement du Développement ».

Die Zahlungsbilanz weist seit 1966 einen hohen Überschuß auf, obwohl der Handel liberalisiert und die Auslandshilfe gekürzt wurden, die privaten Übertragungen ins Ausland zugenommen haben und der erhöhte Zufluß an öffentlichem und privatem Kapital teilweise durch Rückzahlungen, insbesondere von Lieferantenkrediten, kompensiert wurde. Von Juni 1967 bis Juni 1969 ergab sich ein Zahlungsbilanzüberschuß von insgesamt etwa 155 Millionen Rechnungseinheiten; damit erreichten die Netto-Auslandsguthaben der Nationalbank am 30. Juni 1969 rund 200 Millionen Rechnungseinheiten, was dem Einfuhrbedarf von etwa 7 Monaten entspricht.

Für die Deviseneinnahmen kommt der Kupferausfuhr besondere Bedeutung zu. Die Produktion hat sich von 326.000 t im Jahre 1968 auf 362.000 t im Jahre 1969 erhöht. Außerdem konnten besonders günstige Preise erzielt werden. (Im Laufe des Jahres 1969 erhöhten sich die Kupferpreise um rund 40 %.) Kupfer hatte bereits 1968 fast zwei Drittel der Exporterlöse und außerdem über die Hälfte der ordentlichen Haushaltseinnahmen erbracht.

Im Jahre 1968 schloß der laufende Haushalt erstmals mit einem Überschuß ab. Im Jahre 1969 scheint sich dieser Überschuß stark erhöht zu haben. Eine noch schnellere Zunahme der staatlichen Investitionsausgaben hat jedoch eine Erhöhung der Verschuldung des Schatzamtes bei der Notenbank und den Geschäftsbanken um etwa 14 Millionen Rechnungseinheiten im Jahre 1968 und um etwa 16 Millionen Rechnungseinheiten im ersten Halbjahr 1969 erforderlich gemacht. Der letztgenannte Betrag war allerdings am Jahresende 1969 schon fast wieder getilgt. Der Entwurf des Haushalts für 1970 sieht Einnahmen und Ausgaben von 430 Millionen Rechnungseinheiten vor. Dabei sollen 24% der Ausgaben auf Kapital- bzw. Investitionsaufwendungen entfallen. Die Einnahmeschätzungen beruhen auf der Annahme eines Kupferpreises, der unter den durchschnittlichen Preisen von 1969 liegt.

Zweieinhalb Jahre nach der Währungsreform von Juni 1967 läßt sich sagen, daß die Konsolidierung des begonnenen Wiederaufschwungs – vor

allem im Falle eines Rückgangs der Kupferpreise – von einer weiteren Verbesserung in der Gestaltung der öffentlichen Finanzen abhängt, namentlich von einer Bremsung der laufenden Ausgaben, von einer strengeren Kontrolle und von einer stärkeren Orientierung der verfügbaren Mittel in Richtung auf produktive Investitionen.

Die *Republik Madagaskar* steht der Bevölkerung nach mit etwa 7 Millionen Einwohnern an zweiter Stelle, der Fläche (590.000 km²) und dem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf nach (nur etwa mehr als 100 Rechnungseinheiten) jedoch nur an achter Stelle unter den AASM. Bei einer Entfernung von den wichtigsten europäischen Handelspartnern von mehr als 11.000 km wies das Land bisher nur ein relativ langsames Wirtschaftswachstum auf.

Die madagassische Regierung hat sich jedoch bemüht, das Wirtschaftswachstum durch ein Programm von Großprojekten (1968 - 1969) zu beschleunigen. Nachdem sie sich bis 1966 sehr strikt an das Prinzip des Haushaltsausgleichs gehalten hatte, versucht sie seitdem, besonders seit 1968, die Expansion durch eine massive Steigerung der Staatsausgaben, vor allem der öffentlichen Investitionen, zu fördern. Angesichts der Verschlechterung der Liquidität des Schatzamtes und der Verringerung der Auslandsguthaben dürfte die weitere Durchführung umfangreicher öffentlicher Investitionen wesentlich von einer ausreichenden Bereitstellung von Auslandskapital abhängen.

Die Produktionsentwicklung wurde stark von Witterungsschwankungen beeinflusst. Nachdem im Jahre 1967 Rekordernten erzielt worden waren, trat 1968 ein Rückgang der Agrarproduktion um 8 - 9 % ein, und auch im Jahre 1969 wurden insgesamt gesehen nur mäßige Erträge verzeichnet. Ein positiver Faktor ist zweifellos die große Vielfalt der Exporterzeugnisse des Landes, soweit dies nicht zu einer übermäßigen Streuung führt. Die wichtigsten Exporterzeugnisse sind Kaffee (1969 49.600 t), auf den mehr als 28 % der gesamten Ausfuhrerlöse entfallen, sowie Reis, Vanille, Gewürznelken, Zucker, Fleisch und Fleischkonserven, ätherische Öle, Sisal, Bast, Tabak, Erbsen, Pfeffer, Graphit und Glimmer. Die fünf wichtigsten Erzeugnisse erbringen weniger als 63 % der Ausfuhrerlöse, und erst 17 Produkte liefern zusammen 85 % der Exporterlöse. Vor kurzem wurde auch mit dem Abbau des Chromerzvorkommens von Andriamena begonnen, und im Jahre 1969 wurden bereits rund 33.000 t angereichertes Erz exportiert.

Nach den vorläufigen statistischen Unterlagen für das Jahr 1969, haben sich die Ausfuhren gegenüber dem Vorjahr nur um knapp 2%, die Einfuhren aber um etwa 10% erhöht. Damit hat sich das Defizit der Handelsbilanz um fast 27% vergrößert. Es erreichte rund 61 Millionen Rechnungseinheiten; der Deckungssatz betrug nur 63%.

Ein neuer Fünfjahresplan für den Zeitraum 1970 - 1974 befindet sich in Vorbereitung. Recht zahlreiche Vorhaben in den Bereichen Landwirtschaft, Viehzucht, Industrie, Bergbau und Infrastruktur sind geplant oder bereits in Durchführung.

DIE ANLAGENINVESTITIONEN IN DER GEMEINSCHAFT

Die Investitionstätigkeit *in der Gemeinschaft* insgesamt stand im Jahre 1969 deutlich im Zeichen allgemeiner Hochkonjunktur. Die Aufwärtsentwicklung der Investitionsausgaben, die bereits im Vorjahr in den meisten Mitgliedsländern begonnen hatte, setzte sich 1969 verstärkt fort; gesamtwirtschaftlich gesehen waren die Investitionsausgaben sogar das dynamischste Element der Inlandsnachfrage.

Die gesamten Bruttoanlageninvestitionen betrugen nach vorläufigen Schätzungen im Jahre 1969 dem Werte nach etwa 102 Milliarden Rechnungseinheiten ⁽¹⁾, gegenüber 88,6 Milliarden im Vorjahr. Die Investitionsausgaben haben sich damit von 1968 auf 1969 um etwa 15% erhöht, verglichen mit einer Zunahme von ungefähr 10% von 1967 auf 1968. Dem Volumen nach betrug die Expansion fast 10% (gegenüber 6,6% im Vorjahr), eine Zuwachsrate, die seit Errichtung des Gemeinsamen Marktes noch nicht erreicht worden war.

Die *Niederlande* sind das einzige Mitgliedsland, in dem die Zunahme der Ausgaben für Anlageninvestitionen (7,8%) – bei gleichzeitig deutlicher Beschleunigung des Preisanstiegs – hinter der des Vorjahrs (12,6%) zurückblieb und wo das Investitionsvolumen praktisch stagnierte.

⁽¹⁾ Für die Umrechnung der in nationaler Währung ausgedrückten Investitionsbeträge in Rechnungseinheiten wurden für 1969 im Falle Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland an Hand der Geltungsdauer im Verlaufe des Jahres gewogene Durchschnitte der alten und der neuen Paritäten zugrundegelegt.

In *Deutschland* beschleunigte sich der Investitionsboom, der nach dem zeitweiligen Rückgang der Investitionstätigkeit schon im Jahre 1968 wieder festzustellen war, kräftig weiter. Die Ausgaben für Anlageninvestitionen, die von 1967 auf 1968 um 9 % zugenommen hatten, stiegen um nicht weniger als rund 18 %. Dem Volumen nach betrug die Expansion etwa 13 %, verglichen mit 8 % im Vorjahr.

In *Frankreich* war die Zunahme der Ausgaben für Anlageninvestitionen von 1968 auf 1969 mit 16,5 % mehr als doppelt so groß wie im Vorjahr (8 %); dem Volumen nach ist die Expansion auf 9,5 %, nach 5,2 % von 1967 auf 1968, zu veranschlagen.

In *Italien* sind die Investitionsausgaben um 15 % erhöht worden, was einer Zunahme des Volumens um 8,2 % entspricht, verglichen mit Zuwachsraten von 10,1 % (Wert) und 7,7 % (Volumen) im Vorjahr.

Besonders deutlich war schließlich die Beschleunigung der Investitionsexpansion in *Belgien* und im *Großherzogtum Luxemburg*. In *Belgien* sind die Investitionen dem Werte nach um 17,5 % gestiegen, nach nur 1,4 % im Jahre 1968; dem Volumen nach wird die Zunahme auf 10,5 % veranschlagt, verglichen mit einem leichten Rückgang im Vorjahr. Für das

Tabelle 1 – VERÄNDERUNG DER BRUTTOANLAGENINVESTITIONEN
IN DER GEMEINSCHAFT ⁽¹⁾
(in % gegenüber dem Vorjahr)

	Wert				Volumen			
	1966	1967	1968	1969	1966	1967	1968	1969
Deutschland	3,3	– 9,4	9,0	17,7	0,9	– 8,4	8,0	12,8
Frankreich	11,2	8,3	8,0	16,5	8,9	5,7	5,2	9,5
Italien	5,5	13,0	10,1	15,0	4,0	10,5	7,7	8,2
Niederlande	13,9	11,3	12,6	7,8	8,5	7,8	10,1	– 0,4
Belgien	10,4	5,4	1,4	17,5	6,5	1,1	– 1,3	10,5
Luxemburg	– 0,2	– 9,4	7,3	25,5	– 2,1	– 9,3	3,2	17,5
Gemeinschaft	6,9	2,2	10,2	15,1	4,7	1,1	6,6	9,8

⁽¹⁾ Die Prozentsätze für das Jahr 1969 sind auf der Basis von geschätzten Annäherungswerten berechnet worden, deren Umrechnung (für die Gemeinschaft) von nationaler Währung in Rechnungseinheiten auf Seite 46 erläutert ist.

Großherzogtum Luxemburg wird die Zuwachsrate für 1969 sogar auf 25,5 % (Wert) geschätzt.

Tabelle 2 – DIE BRUTTOANLAGENINVESTITIONEN IN DER GEMEINSCHAFT ⁽¹⁾

	In Milliarden Rechnungseinheiten zu jeweiligen Preisen				In % der gesamten Bruttoanlageninvestitionen			
	1966	1967	1968	1969	1966	1967	1968	1969
Investitionen der Unternehmungen	46,0	47,4	52,2	61,2	58,5	58,9	58,9	60,0
Wohnungsbauinvestitionen	20,5	20,8	22,8	25,8	26,0	25,9	25,7	25,3
Öffentliche Investitionen	12,2	12,2	13,6	15,0	15,5	15,2	15,4	14,7
Insgesamt	78,7	80,4	88,6	102,0	100,0	100,0	100,0	100,0

(1) Die Angaben für das Jahr 1969 sind als geschätzte Annäherungswerte anzusehen, deren Umrechnung von nationaler Währung in Rechnungseinheiten auf Seite 46 erläutert ist.

Die Investitionsausgaben der Unternehmungen (ohne Wohnungsbau) in der Gemeinschaft sind von 1968 auf 1969 um etwa 17 % gewachsen. Ihre Ausdehnung lag damit deutlich über der Zuwachsrate für die gesamten Bruttoanlageninvestitionen. Der Anteil der Investitionen der Unternehmungen an den gesamten Bruttoanlageninvestitionen in der Gemeinschaft ist daher von 58,9 % im Vorjahr auf 60 % im Jahre 1969 gestiegen. Der Anteil der Wohnungsbauinvestitionen an den gesamten Investitionsausgaben hingegen hat, vor allem wegen eines relativ geringen Wachstums dieser Investitionen in der Bundesrepublik und in den Niederlanden, von 25,7 % auf 25,3 % abgenommen. Noch etwas deutlicher war der anteilmäßige Rückgang bei den Investitionen der öffentlichen Verwaltungen, nämlich von 15,4 % auf 14,7 %.

Die im *Unternehmensbereich* durchgeführten Anlageninvestitionen waren im Jahre 1969 in allen Ländern der Gemeinschaft – wenn auch mit gewissen Unterschieden von Land zu Land – kräftig aufwärtsgerichtet. Die allgemein expansiven Absatzaussichten im Inland und Ausland und die rasche Abnahme der technischen Kapazitätsreserven stützten die Investitionsneigung nachhaltig. Dazu kam der von der Arbeitskräfteknappheit, namentlich in Deutschland, und von den erheblichen Lohnkostensteigerungen ausgehende Zwang zur Rationalisierung.

Tabelle 3 — BRUTTOANLAGENINVESTITIONEN IN DER GEMEINSCHAFT

			Bruttoanlageninvestitionen ⁽¹⁾				
Brutto-sozial-produkt (in laufenden Preisen) in Milliarden			in % des Brutto-sozial- produktes	aufgegliedert nach Investitionsbereichen, in %			
				Unter- nehmungen	Wohnungs- bau	öffentliche Verwaltung	insgesamt
Deutschland	1968	538,5 DM	23	62	22	16	100
	1969	601,0 DM	24	65	19	16	100
Frankreich	1968	625,1 FF	25	59	27	14	100
	1969	722,0 FF	25	60	27	13	100
Italien	1968	47.134 Lire	19	54	33	13	100
	1969	51.546 Lire	20	51	37	12	100
Niederlande	1968	91,3 Hfl.	27	58	22	20	100
	1969	101,8 Hfl.	26	58	22	20	100
Belgien	1968	1.035,8 FB	21	58	27	15	100
	1969	1.160,1 FB	22	59	26	15	100
Gemeinschaft ⁽²⁾	1968	383,4 RE	23	59	26	15	100
	1969	431,3 RE	24	60	25	15	100

(1) Wegen der unterschiedlichen Berechnung und Abgrenzung der Bruttoanlageninvestitionen in den Mitgliedsländern sind die angegebenen Prozentsätze zwischen den Mitgliedsländern nicht voll vergleichbar. Alle Prozentsätze sind berechnet worden auf der Basis der Bruttoanlageninvestitionen in laufenden Preisen. Die Angaben für das Jahr 1969 beruhen auf geschätzten Annäherungswerten.

(2) vgl. Fußnote Seite 46.

In der Bundesrepublik Deutschland sind die Investitionsausgaben der Unternehmungen im Jahre 1969 im Jahresvergleich um rund ein Viertel erhöht worden. Eine leichte Verlangsamung der Expansion im Verlaufe der zweiten Jahreshälfte war allein auf immer ausgeprägtere physische Hemmnisse (Kapazitätsgrenzen, Arbeitskräftemangel) zurückzuführen, nicht dagegen etwa schon auf ein fühlbares Nachlassen der Investitionsneigung : die unerledigten Investitionsgüteraufträge stiegen weiter und waren am Jahresende so hoch wie nie zuvor.

In Frankreich wurde die Investitionskonjunktur von der raschen Ausweitung der Anlageninvestitionen der privaten Unternehmungen, darunter namentlich der Großunternehmen und der konsumnahen Industrie, getragen. Neben den erwähnten, allgemein in der Gemeinschaft wirkenden Faktoren dürften sich dabei die bis Anfang September gewährten steuerlichen Erleichterungen für den Kauf von Ausrüstungsgütern, aber nicht zuletzt auch das Anhalten und die Erwartung von erheblichen Preissteigerungstendenzen expansiv auf die Investitionsentscheidungen ausgewirkt haben. Im Jahresvergleich dürften die Investitionsausgaben der privaten Unternehmungen

um gut ein Fünftel ausgeweitet worden sein. Demgegenüber haben sich die Investitionen der im öffentlichen Besitz befindlichen Unternehmungen wesentlich schwächer entwickelt, namentlich weil sich hier eine Begrenzung der für diese Investitionen gewährten staatlichen Subventionen hemmend auswirkte. Nach einem Zuwachs von 9% im Vorjahr dürften die Investitionsausgaben des gesamten Unternehmensbereichs in Frankreich von 1968 auf 1969 um etwa 18% gestiegen sein.

In Italien war die Entwicklung der Investitionen der Unternehmungen im Jahre 1969 durch eine weitere Aufwärtsbewegung der Ausrüstungsinvestitionen und vor allem durch eine beschleunigte Expansion der industriell-gewerblichen Bauinvestitionen gekennzeichnet. Die Zunahme der Investitionsausgaben des Unternehmensbereichs insgesamt dürfte rund 10% erreicht haben, verglichen mit 8,4% im Vorjahr. Die Bauentwicklung wurde auch 1969 noch durch einen Sonderfaktor beeinflusst, nämlich das Vorziehen zahlreicher Baubeginne auf die Zeit vor Ende August 1969, im Zusammenhang mit den ein Jahr zuvor mit einer Karenzzeit von 12 Monaten in Kraft gesetzten verschärften städtebaulichen Vorschriften. Insgesamt wären aber die Investitionen in Italien sicher noch erheblich stärker gewachsen, wenn nicht streikbedingte Verzögerungen im Verlaufe der letzten Monate des Jahres fühlbare Einbussen verursacht hätten.

In den Niederlanden hat sich die Expansion der Investitionsausgaben der Unternehmungen von 13% im Jahre 1968 auf etwa 8% im Jahre 1969 verlangsamt. Dem Volumen nach dürfte – wegen des starken Preisanstiegs – das Niveau des Vorjahrs sogar kaum wesentlich überschritten worden sein. Zwar entwickelten sich die Investitionen namentlich im Bereich der Petrochemie in den Hafengebieten weiter recht expansiv, doch verlangsamte sich die Zunahme der industriell-gewerblichen Bauinvestitionen, und bei den Ausrüstungsinvestitionen im Verkehrssektor war sogar ein Rückgang zu verzeichnen. Die Gesamtergebnisse bedeuten jedoch keineswegs, daß der Unternehmensbereich in den Niederlanden etwa allgemein nicht an der in der Gemeinschaft herrschenden Investitionskonjunktur teilgenommen hätte. Vielmehr haben relativ früh aufgetretene physische Engpässe, ferner die Steuerung der Baugenehmigungen durch die Behörden und – im Transportsektor – Sonderfaktoren die Expansion der Gesamtergebnisse verlangsamt.

In Belgien sind die Investitionsausgaben der Unternehmungen von 1968 auf 1969 um über 16% erhöht worden, nach einem leichten Rückgang

von 1967 auf 1968. Die erneute Expansion der Investitionstätigkeit steht einmal mit dem starken Anstieg der Gewinnmargen im Jahre 1968 im Zusammenhang, zum anderen aber vor allem mit dem wachsenden Nachfragesog, der eine schnellere Ausweitung der Produktionskapazitäten erforderlich machte. Auch scheinen die Investitionen ausländischer Unternehmungen, darunter namentlich solcher aus anderen EWG-Ländern, wieder zugenommen zu haben.

Eine außergewöhnlich dynamische Entwicklung war schließlich auch im Großherzogtum Luxemburg zu verzeichnen, wo sowohl die Investitionen der Eisen- und Stahlindustrie als auch die neu angesiedelter Industrien erheblich ausgedehnt wurden.

Die Ausgaben für den *Wohnungsbau* sind in der Gemeinschaft von 1968 auf 1969 – wenn auch bei weiter unterschiedlicher Entwicklung von Land zu Land – um etwa 13% erhöht worden. In der Tat scheint die Expansion der effektiven Investitionen in diesem Bereich im Jahre 1969 noch nicht fühlbar durch das Anziehen der Finanzierungskosten auf den Hypothekenmärkten beeinträchtigt worden zu sein, obwohl sich die Zinshausse und die Kreditrestriktionen in einigen Ländern im Verlaufe des Jahres in einer gewissen Verminderung der Anträge auf Baugenehmigungen und der Baubeginne niedergeschlagen haben.

Unter den verschiedenen Mitgliedsländern war auch im Jahr 1969 wieder in Italien die stärkste Expansion der Wohnungsbauausgaben zu verzeichnen. Für diese Entwicklung spielte namentlich der wachsende Wohnungsbedarf in den – vor allem infolge der Zuwanderung aus dem Mezzogiorno – immer dichter besiedelten industriellen Ballungsräumen Norditaliens eine Rolle. Insgesamt dürfte die Zunahme der Wohnungsbauausgaben in Italien von 1968 auf 1969 fast 30% betragen haben, verglichen mit schon gut 15% von 1967 auf 1968. Überdurchschnittlich hoch war der Anstieg mit etwa 16% auch in Frankreich (im Vorjahr 7,5%), wo sich allerdings in den letzten Monaten des Jahres unter dem Einfluß restriktiver Maßnahmen auf dem Gebiete der Baukredite eine gewisse Verlangsamung der Ausgabenexpansion abzeichnete. In Belgien, wo der Wohnungsbau in den letzten Jahren stagniert, ja sich zeitweilig sogar rückläufig entwickelt hatte, war im Jahre 1969 wieder ein deutlicher Aufschwung dieser Ausgaben zu verzeichnen (12%). Relativ schwach war die Expansion der Wohnungsbauausgaben dagegen in Deutschland (5%) und in den Niederlanden (6%).

Die *öffentlichen Investitionen*, deren Wachstum sich bereits in den letzten Monaten des Vorjahrs etwas abgeschwächt hatte, sind dem Werte nach von 1968 auf 1969 um etwa 10% gestiegen, verglichen mit 11,5% von 1967 auf 1968.

In der Bundesrepublik Deutschland, wo die öffentlichen Investitionsausgaben im Vorjahr vor allem auch unter dem Einfluß der besonderen Konjunktur- und Strukturprogramme der Bundesregierung um über ein Zehntel erhöht worden waren, hat sich die Expansion im Jahre 1969 etwa im gleichen Tempo fortgesetzt. Dagegen war in Frankreich und vor allem in Italien eine fühlbare Abschwächung des Ausgabenwachstums zu verzeichnen. In der Tat stand die Investitionstätigkeit der öffentlichen Verwaltungen in Frankreich unter dem Einfluß restriktiver, zur Dämpfung der Binnenkonjunktur ergriffener Haushaltsmaßnahmen, während in Italien die Entwicklung der effektiven Investitionen namentlich durch administrative Verzögerungen bei den Auftragsvergaben beeinträchtigt worden sein dürfte. Auch in den Benelux-Ländern schwächte sich das Wachstum der öffentlichen Investitionen ab, lag aber hier im Jahresvergleich dem Werte nach immer noch bei etwa 10 - 11%. Immerhin war hier im Jahresverlauf eine fühlbare Verlangsamung des Expansionstempos zu beobachten, da zunehmende Finanzierungsschwierigkeiten, nicht zuletzt bei den lokalen Gebietskörperschaften, zu einer stärkeren Zurückhaltung bei neuen Investitionen zwangen.

DIE INVESTITIONSFINANZIERUNG ⁽¹⁾

Im Jahre 1969 war die Finanzierung der Investitionen der Unternehmungen in der Gemeinschaft zum Teil schwieriger als im Vorjahr. Der große Umfang der Ausgaben für Anlageninvestitionen, die zur Erweiterung der – gemessen an der Nachfrageentwicklung – vielfach unzureichenden Produktionskapazitäten der Industrie in Angriff genommen wurden, hat

(1) Die für die statistischen Angaben in diesem Berichtsteil über die Investitionsfinanzierung verwendeten Werte in Rechnungseinheiten wurden auf der Grundlage der bei Durchführung der beschriebenen Operationen geltenden Paritäten berechnet.

Aus statistisch-praktischen Gründen wurden die Umrechnungen der Gesamtzahlen für 1969 wie folgt vorgenommen :

- für die Beträge in französischen Franken während der ersten 7 Monate des Jahres zur alten und während der letzten 5 Monate zur neuen Parität;
- für die Beträge in Deutschen Mark während der ersten 10 Monate des Jahres zur alten und während der letzten 2 Monate zur neuen Parität.

zu einer weiteren beträchtlichen Inanspruchnahme von mittel- und langfristigen Fremdmitteln geführt. Da sich gleichzeitig das verfügbare Angebot an Kapitalmarktmitteln und Krediten für derartige Finanzierungen verknappte, kam es zu einer erheblichen Verteuerung dieser Fremdmittel; ihre Kosten haben einen ungewöhnlich hohen Stand erreicht.

Die Unternehmungen in der Gemeinschaft sind jedoch den Finanzierungsproblemen, denen sie sich gegenübergestellt sahen, mit einer bemerkenswerten Anpassungsfähigkeit begegnet. Die sehr günstige Konjunkturlage ausnutzend, haben sie weiterhin vielfach die Steigerung der Lohnkosten und sonstigen Betriebsaufwendungen in großem Umfang auf ihre Verkaufspreise überwälzen können. In mehreren Mitgliedsländern haben sich ihre Gewinnspannen auf diese Weise sogar noch verbessert; allerdings konnten keineswegs alle Unternehmungen diesen Vorteil erzielen, und es ergaben sich beträchtliche Unterschiede zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen. Zu der Verbesserung der Ertragslage haben ferner erneute Produktivitätssteigerungen beigetragen. Die Selbstfinanzierungsquote der Bruttoinvestitionen der Unternehmungen hat sich in Frankreich deutlich erhöht und in Belgien und den Niederlanden weiter verbessert. Ebenfalls in Italien wurden bis zu Beginn der Streiks im Herbst weitere Fortschritte erzielt, die in ihrer Wirkung auf das Jahresergebnis auch durch die anschließende Verschlechterung nicht wieder vollständig zunichte gemacht worden sein dürften. Deutschland ist das einzige Mitgliedsland, in dem die Brutto-Selbstfinanzierungsquote der Unternehmungen im Jahre 1969 gegenüber dem Vorjahr beträchtlich zurückgegangen ist; sie lag allerdings immer noch über ihrem in den Jahren vor 1968 festgestellten Satz.

Die Erhöhung der nicht verteilten Gewinne und die umfangreichere Beschaffung von neuen Mitteln durch Aktienemissionen haben in zahlreichen Unternehmungen in der Gemeinschaft dazu beigetragen, die Eigenmittel etwas stärker als die Verschuldung zu erhöhen und damit die Finanzstruktur, die sich seit einigen Jahren infolge der massiven Inanspruchnahme von Krediten zu stark verschlechtert hatte, wieder leicht zu verbessern. Die auf diesem Gebiet erzielten Erfolge sind jedoch sicherlich noch unzureichend.

Im Rahmen der Inanspruchnahme von Fremdfinanzierungsmitteln haben die Unternehmungen in der Gemeinschaft in erster Linie ihre Verschuldung gegenüber Kreditinstituten erhöht. Dagegen haben Anleihe-

emissionen der Wirtschaft im Vergleich zu 1968 an Bedeutung verloren, wofür weitgehend der Zinsauftrieb auf den meisten europäischen Kapitalmärkten und die Schwierigkeiten der Aufnahme in den jeweiligen Emissionskalender verantwortlich sein dürften. Die direkte Aufnahme von Auslandskapital zur Finanzierung von Investitionsprogrammen war wahrscheinlich – vor allem in den letzten Monaten des Jahres – begrenzter.

Die vorstehende Analyse der Investitionsfinanzierung hat zwar sicherlich nur den Charakter einer groben Annäherung, weil über bestimmte Finanzierungsquellen überhaupt ausreichende Statistiken fehlen oder weil die verfügbaren Angaben noch unsicher und provisorischer Art sind. Die Anwendung ein und derselben Schätzungsmethode, Jahr für Jahr und für alle Mitgliedsländer, erlaubt es immerhin, die wichtigsten Tendenzen herauszukristallisieren.

Aufschlußreich in diesem Sinne ist eine Gegenüberstellung der in den letzten Jahren von der Wirtschaft durchgeführten Investitionen mit den Hauptkategorien der für ihre Finanzierung verwendeten Mittel : Abschreibungen, Nettoaufkommen aus Wertpapieremissionen der Unternehmungen und Kreditinstitute auf dem Kapitalmarkt, mittel- und langfristige Bankkredite soweit die Mittel hierfür nicht aus Wertpapieremissionen stammen, und schließlich die als Restposten ermittelte Gesamtsumme der sonstigen Fremdfinanzierungsmittel (einschließlich der kurzfristigen Bankkredite), der direkt für den Wohnungsbau verwendeten Ersparnisse der privaten Haushalte und der Selbstfinanzierung der Unternehmungen aus nicht ausgeschütteten Reingewinnen.

Bei der Beurteilung dieser Zahlen im Hinblick auf die Finanzierung der Investitionen der Unternehmungen ist allerdings zu berücksichtigen, daß sie sowohl bei den externen als auch den internen Mitteln die Finanzierung des Wohnungsbaus einschließen; diese läßt sich aus den verfügbaren Angaben nicht isolieren.

Mit dieser Einschränkung kann man folgendes sagen : In der Bundesrepublik Deutschland sind die nicht verteilten Gewinne, die im ersten Halbjahr noch klar gestiegen waren, in der Folgezeit sicherlich zurückgegangen, was auf die leichte Verlangsamung der Produktivitätsfortschritte und vor allem auf den beschleunigten Kostenanstieg zurückzuführen ist. Namentlich die Ausgaben für Löhne und die indirekte Steuerlast haben

Tabelle 4 – FINANZIERUNGSSTRUKTUR DER ANLAGENINVESTITIONEN
DER WIRTSCHAFT IN DER GEMEINSCHAFT

– vorläufig –

(in %)

	1965	1966	1967	1968	1969	Durchschnitt der Jahre 1965-1969
I. Abschreibungen	46,7	48,3	50,7	49,9	49,2	49,0
II. Lang- und mittelfristige Außen- finanzierung	33,2	28,7	32,1	33,4	34,0	32,2
– Aktien	4,7	3,7	3,0	3,6	4,3	3,8
– Mittel- und langfristige Fremd- mittel	28,5	25,0	29,1	29,8	29,7	28,4
• Anleihen	(9,7)	(7,2)	(10,0)	(11,1)	(9,4)	(9,5)
• Kredite	(18,8)	(17,8)	(19,1)	(18,7)	(20,3)	(18,9)
III. Sonstige Außenfinanzierungsmittel (einschl. kurzfristige Kredite) ⁽¹⁾ und Nettoselbstfinanzierung	20,1	23,0	17,2	16,7	16,8	18,8
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

(1) Die verfügbaren statistischen Unterlagen erlauben es nicht, die für die Finanzierung von Anlageninvestitionen eingesetzten kurzfristigen Kredite getrennt zu erfassen. Der Umfang der kurzfristigen Verschuldung der Unternehmungen in Italien und Frankreich weist jedoch darauf in, daß kurzfristige Kredite besonders in diesen Ländern eine nicht zu vernachlässigende Rolle für die Investitionsfinanzierung spielen. Die in den Statistiken der einzelnen Länder verwendeten unterschiedlichen Definitionen der kurzfristigen Kredite erschweren internationale Vergleiche. Nach einer von der OECD 1967 veröffentlichten Statistik, die für den Zeitraum 1964-1967 ergänzt wurde, und die auf den nationalen Finanzierungsrechnungen und Statistiken über die Kapitalgesellschaften basiert, wird der Anteil der kurzfristigen Bankkredite an der gesamten von den Unternehmungen für die Finanzierung ihrer Anlageninvestitionen, Vorräte, laufenden Betriebsmittel und Geldanlagen in Anspruch genommenen Außenfinanzierung auf 40 % in Italien, 35 % in Frankreich und 20 % in der Bundesrepublik Deutschland geschätzt.

stark zugenommen. Zwar konnte ein Teil dieser zusätzlichen Belastung durch Preiserhöhungen kompensiert werden, doch sind die Gewinnspannen der Unternehmungen zurückgegangen. Die Brutto-Selbstfinanzierungsquote fiel von 81 % auf 71 %. Allerdings stellt dieser Rückgang lediglich eine Normalisierung im Anschluß an die sehr starke Expansion im Jahre 1968 dar. Zur Finanzierung der kräftig steigenden Investitionen mußten die Unternehmungen den Fremdmiteleinsatz fast verdoppeln. Ferner sahen sie sich nach der Aufwertung der Deutschen Mark veranlaßt, ihnen plötzlich nicht mehr zur Verfügung stehende ausländische Mittel durch in Deutschland aufzunehmende Mittel zu ersetzen. So haben die Unternehmungen vor allem ihre Verbindlichkeiten gegenüber den Kreditinstituten beträchtlich erhöht, und zwar nicht nur in Form von mittel- und langfristigen Darlehen, sondern auch in Form von kurzfristigen Krediten. Der Umfang der Emissionen von Aktien wie auch von Anleihen hingegen war etwas geringer

als im Vorjahr. Die Zunahme der Ausgaben im Wohnungsbau wiederum hatte eine weitere erhebliche Inanspruchnahme des Rentenmarktes durch die Hypothekenbanken zur Folge.

In Frankreich konnten die Unternehmungen dagegen trotz des sehr hohen Anstiegs der Produktionskosten eine Zunahme ihrer Gewinne verzeichnen. Diese ist auf die rasche Ausweitung des Absatzes im In- und Ausland, aber auch auf die Preiskorrekturen zurückzuführen, die die Unternehmungen nach der Franken-Abwertung trotz der Preisstabilisierungsanstrengungen der Behörden durchsetzen konnten. Die vorübergehenden Steuerermäßigungen auf Käufe von Investitionsgütern, deren vorzeitige Aufhebung allerdings Ende des Sommers beschlossen wurde, haben ebenfalls zur Verbesserung der Ertragslage beigetragen. Damit dürfte sich die Brutto-Selbstfinanzierungsquote spürbar erhöht haben. Zur Finanzierung ihrer Investitionen haben die Unternehmungen jedoch gleichzeitig in größerem Umfang Kapitalmarktmittel und Bankkredite in Anspruch genommen, obwohl diese letztere Möglichkeit durch die Kreditrestriktionen begrenzt war, deren Effekte in der zweiten Jahreshälfte deutlicher wurden.

Wie in Frankreich, war auch in den Beneluxländern die Inanspruchnahme von mittel- und langfristigen Außenfinanzierungsmitteln betragsmäßig wesentlich bedeutender als 1968. Mit steigender Selbstfinanzierung ging jedoch hier der prozentuale Anteil dieser Mittel leicht zurück. Gleichzeitig haben sich die Kapitalmarktemissionen der Unternehmungen weiter verringert; diese beschafften sich den größten Teil des benötigten langfristigen Kapitals durch Bankkredite oder Schuldscheindarlehen institutioneller Anleger.

In den Niederlanden haben die Unternehmungen aufgrund der sehr starken Nachfrage die Kostensteigerung – deutlich erhöhte Lohn- und Rohstoffkosten und die Auswirkungen der Einführung der Mehrwertsteuer – relativ leicht auf die Preise überwälzen können. Da sich auch hier zudem die Produktivität nochmals erhöhte, haben sich die Gewinnspannen im Jahre 1969 erneut verbessert, und dies in einer Zeit, in der die Expansion der Investitionen der Unternehmungen insgesamt an Schwung verlor.

In Belgien blieb der Anstieg der Erträge der Unternehmungen, der sich 1968 stark beschleunigt hatte, auch 1969 sehr beträchtlich; er ermöglichte eine weitere Erhöhung der Eigenmittel, deren Anteil in der Zeit zuvor in Auswirkungen einer ungünstigen Gewinnlage, namentlich infolge unzu-

reichender Auslastung der Produktionskapazitäten, deutlich zurückgegangen war.

In Italien schließlich konnten die Unternehmungen anscheinend die Selbstfinanzierungsquote ihrer Investitionen in den ersten acht Monaten des Jahres auf Grund verschiedener Faktoren weiter erhöhen : In dieser Zeit war eine leichte Beschleunigung der Produktivitätsfortschritte in der gesamten Wirtschaft festzustellen, während gleichzeitig die lebhaftere Nachfrage eine relativ mühelose Anhebung der Verkaufspreise ermöglichte, so daß die Auswirkungen der gestiegenen Produktionskosten auf die Ertragslage kompensiert werden konnten. Diese Situation änderte sich jedoch grundlegend durch die Streiks im viertem Quartal, durch die so verursachten Produktionsausfälle und die darauffolgenden zusätzlichen Belastungen, welche die Gewinne der Unternehmungen beträchtlich verringert haben. Im Berichtsjahr haben die Unternehmungen mittel- und langfristige Fremdmittel nur etwa im gleichen Umfang wie 1968 in Anspruch genommen, allerdings nicht freiwillig, sondern weil – besonders fühlbar gegen Jahresende – verschiedene Faktoren zu einer Begrenzung der Ausleihungen der Industriekreditinstitute führten. Unter diesen Umständen haben die Unternehmungen wahrscheinlich zur Finanzierung ihrer Investitionen in stärkerem Masse auf kurzfristige Bankkredite zurückgegriffen vor allem in der Zeit, in der eine deutliche Beschleunigung der Kapitalabflüsse aus Italien zu beobachten war.

* * *

In den meisten Ländern der Gemeinschaft hat die Verschärfung der inflatorischen Spannungen dazu beigetragen, die Sparer zinsbewußter zu machen und eine der Geldwertverschlechterung Rechnung tragende Verzinsung ihrer langfristigen Ersparnisse anzustreben. Auch aus diesem Grunde mußte die Anleiheausstattung auf allen Rentenmärkten der Gemeinschaft beträchtlich verbessert werden. Gleichzeitig war das Publikum auch zu einer Erhöhung seiner liquiden oder kurzfristigen Anlagen nur gegen eine höhere Verzinsung bereit. Damit haben sich für alle zur Investitionsfinanzierung beitragenden Institutionen die Kosten der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel erhöht, so daß sie ihrerseits die Zinssätze für ihre Darlehen anheben mußten.

Im folgenden Teil dieses Kapitels soll im einzelnen auf die Entwicklung der Wertpapiermärkte und der sonstigen Außenfinanzierungsquellen der Wirtschaft in der Gemeinschaft eingegangen werden.

DER WERTPAPIERMARKT

Im Unterschied zu den Vorjahren haben sich die durch Wertpapieremissionen ⁽¹⁾ in der Gemeinschaft aufgebrachten Mittel im Jahre 1969 gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig erhöht. Die Zunahme betrug kaum 2 %, gegenüber ungefähr 26 % im Jahre 1968 und 21 % im Jahre 1967.

Der internationale europäische Kapitalmarkt war im Jahre 1969 sogar weniger ergiebig als im Vorjahr, und das Aufkommen auf den nationalen Kapitalmärkten der Mitgliedsländer lag insgesamt nur etwas über dem entsprechenden Vorjahresbetrag. Dabei stand nicht unbeträchtlichen Zuwachsraten in Frankreich, den Niederlanden und Italien ein ausgeprägter Rückgang in Deutschland gegenüber. Unter dem Einfluß der angespannten Marktlage zogen die Renditen im Verlaufe des Jahres überall deutlich an.

I. Die Wertpapieremissionen auf den Kapitalmärkten der Mitgliedsländer

Die Zunahme der inländischen Wertpapieremissionen auf den Kapitalmärkten der Mitgliedsländer der Gemeinschaft hat sich im Jahre 1969 gegenüber der des Vorjahres deutlich verlangsamt. Die ausländischen Wertpapieremissionen blieben sogar beträchtlich hinter ihrem Vorjahrsvolumen zurück.

Die Verknappung des Angebots an langfristigem Kapital in der Gemeinschaft, die auf die zu starke Konjunkturbeschleunigung in Europa, aber auch auf – durch Zinsdifferenzen und durch steuerliche oder spekulative Erwägungen verursachte – Kapitalabflüsse zurückzuführen ist, wirft eine Reihe von Problemen auf.

Sie verteuert nicht nur die Investitionen in der Gemeinschaft, sondern sie hat außerdem zur Folge, daß in manchen Ländern zur Investitionsfinanzierung in größerem Umfang auf Bankkredite zurückgegriffen wird

⁽¹⁾ Einschließlich der Emissionen von mittelfristigen Kassenobligationen in Belgien und von Schatzanweisungen mit neunjähriger Laufzeit in Italien.

und daß dabei durch zusätzliche Geldschöpfung die bereits durch konjunkturelle Übernachfrage verursachten inflatorischen Spannungen noch verstärkt werden. Auf die Dauer kann sich die Verknappung des Kapitalangebots nachteilig auf die Tätigkeit jener Gemeinschaftsinstitutionen auswirken, die dazu geschaffen worden sind, innerhalb der Gemeinschaft den Kapitalfluß aus den hochentwickelten Gebieten in die durch Entwicklungs- oder Umstellungsschwierigkeiten gekennzeichneten Regionen zu fördern. Überdies kann die Tatsache, daß die internationalen Entwicklungsinstitutionen nicht mehr so wie bisher auf bestimmte Kapitalmärkte zurückgreifen können, zu einer Einschränkung der Finanzhilfe an die Entwicklungsländer führen, obgleich eine stetige Erhöhung notwendig wäre. Die Realisierung der längerfristigen Expansionsziele dieser Institutionen hängt in der Tat davon ab, daß die derzeitigen Schwierigkeiten der Mittelbeschaffung bald wieder überwunden werden.

Inländische Wertpapiere.

Die durch inländische Wertpapieremissionen auf den Kapitalmärkten der Mitgliedsländer aufgebrachten Mittel waren im Jahre 1969 netto, d. h. nach Abzug der Rückzahlungen, nur um rund 6% höher als im Vorjahr. Dem steht eine Zunahme von 18% im Jahre 1968 und von 17% im Jahre 1967 gegenüber.

Tabelle 5 – INLÄNDISCHE NETTOEMISSIONEN VON WERTPAPIEREN
(in Milliarden Rechnungseinheiten) ⁽¹⁾

	1966	1967	1968	1969
Aktien ⁽²⁾	2,59	2,18	3,10	4,33
Anleihen der öffentlichen Verwaltungen (Staat und öffentliche Körperschaften)	3,63	3,84	3,75	3,54
Anleihen der Unternehmungen (einschließlich Kreditinstitute)	4,76	6,83	8,30	8,17
Gemeinschaft insgesamt	10,98	12,85	15,15	16,04

⁽¹⁾ vgl. Fußnote Seite 52.

⁽²⁾ Zur Vermeidung von Doppelzählungen wäre es angebracht, aus der obigen Aufstellung die Aktienemissionen institutioneller Anleger, soweit ihre Erträge in Wertpapieren reinvestiert werden, zu eliminieren. Dies ist jedoch mangels statistischer Unterlagen nicht möglich, außer für die Aktienemissionen von Investmentfonds in Frankreich, die aus dem genannten Grund in der obigen Tabelle nicht berücksichtigt sind.

In Prozent des nominalen Bruttosozialproduktes der Gemeinschaft betrug das Mittelaufkommen im Jahre 1969 3,7 % gegenüber 3,9 % im Vorjahr.

Die Beanspruchung der Wertpapiermärkte durch die öffentlichen Verwaltungen, die sich bereits 1968 leicht verringert hatte, schwächte sich im Berichtsjahr weiter ab.

Der Sektor der Unternehmungen einschließlich der Kreditinstitute erhöhte seine Aktienemissionen beträchtlich; dagegen lag sein Nettoanleihevolumen etwas unter dem Stand von 1968.

1. Aktienemissionen

Das Emissionsvolumen auf dem Aktienmarkt, das sich bereits im Vorjahr beträchtlich erhöht hatte, nahm im Jahre 1969 in einigen Ländern der Gemeinschaft weiter zu. Der erneute Kursanstieg an den Aktienbörsen, der namentlich auf die verbesserte Gewinnsituation der Unternehmungen im Jahre 1968 zurückzuführen war, die weitere Expansion der Wirtschaftstätigkeit und die Verstärkung der inflatorischen Spannungen spielten dabei eine Rolle. Nicht ohne Einfluß waren auch die Erwartungen von Änderungen der Währungsparitäten und die Maßnahmen, die in verschiedenen Ländern ergriffen wurden, um die Emission und Plazierung von Aktien zu erleichtern.

Tabelle 6 — AKTIENEMISSIONEN

(in Milliarden Rechnungseinheiten) ⁽¹⁾

Land	1966	1967	1968	1969
Deutschland	0,68	0,48	0,79	0,71
Frankreich ⁽²⁾	0,74	0,70	1,13	2,05
Italien	0,75	0,63	0,76	1,09
Niederlande	0,04	0,02	0,02	0,04
Belgien	0,30	0,29	0,44	0,42
Luxemburg	0,13	0,12	0,35	0,61
Gemeinschaft insgesamt	2,64	2,24	3,49	4,92

⁽¹⁾ vgl. Fußnote Seite 52.

⁽²⁾ Einschließlich der Aktienemissionen der Investmentfonds, die 1969 0,59 Milliarden Rechnungseinheiten erreichten (1968 : 0,39 Milliarden, 1967 : 0,06 Milliarden, 1966 : 0,05 Milliarden).

Besonders in *Frankreich* hat sich das Interesse am Erwerb von Aktien vergrößert. Die Käufe von Investment-Zertifikaten durch das Publikum, die bereits von 1967 auf 1968 sehr stark zugenommen hatten, erhöhten sich 1969 abermals um mehr als 50 %. Auch die eigentlichen Aktienemissionen verdoppelten sich, nicht zuletzt unter dem Einfluß des anhaltenden Anstiegs der Börsenkurse. Dieser war in den ersten fünf Monaten von 1969 besonders ausgeprägt und erreichte 20 %. Der kräftige Konjunkturaufschwung und das noch immer attraktive Kursniveau wirkten sich günstig auf die Kaufbereitschaft der Anleger aus, die ihre Mittel wegen der Devisenkontrolle überdies nicht nach Belieben im Ausland anlegen konnten. Im Juni und Juli führten jedoch die Maßnahmen, die im Frühjahr eingeleitet worden waren, um die Expansion der nominalen Inlandsnachfrage zu bremsen und das Defizit der Handelsbilanz zu verringern, zu empfindlichen Kursrückgängen. Bereits im August lösten aber die Kapitalrückflüsse nach der Abwertung des französischen Franken und ein wiedererwachtes Interesse des Auslands an französischen Aktien eine erneute Aufwärtsbewegung aus, die sich im letzten Quartal noch verstärkte und die Kursverluste des Sommers kompensierte. Für das Jahr 1969 insgesamt (Jahresende gegenüber 1968) ergab sich schließlich noch eine Kurssteigerung von mehr als 20 %.

In *Italien* nahmen die Aktienemissionen dank der Ankündigung von Förderungsmaßnahmen durch die Behörden und der ausgesprochen guten Marktlage deutlich zu. Die Börsenkurse erhöhten sich von Februar bis April um fast 15 %. Zu einem besonders starken Aufschwung kam es, als die Behörden bekanntgaben, daß italienische Banken vorerst keine Genehmigung mehr für die Beteiligung an Plazierungs- und Übernahmekonsortien für ausländische Wertpapiere erhalten würden, daß jedoch Finanzinstitute, deren Portefeuille mindestens zur Hälfte aus italienischen Wertpapieren besteht, Ausnahmegenehmigungen erhalten könnten. Gleichzeitig trugen auch die Veröffentlichung der sehr guten Geschäftsergebnisse einer Reihe von Gesellschaften für das Jahr 1968 und entsprechende Ankündigungen von Dividendenerhöhungen zur Belebung der Nachfrage nach Aktien bei. Besonders ausländische Investmentfonds, die über Banken in Italien arbeiten, haben in großem Umfang Aktien gekauft. Im zweiten Quartal war eine Beruhigung zu verzeichnen; dann setzte sich die Aufwärtsbewegung in der Zeit von August bis Oktober fort. Die Vorlage von zwei Gesetzentwürfen im Parlament, die bisher übrigens nicht verabschiedet worden sind, hat die Börse vorübergehend günstig beeinflusst. Der eine Entwurf zielt auf die

Genehmigung der Gründung von italienischen Investmentfonds ab; der andere sieht gewisse Steuererleichterungen für die Gesellschaften vor, deren Aktien an der Börse zugelassen sind oder zugelassen werden sollen und die effektive Kapitalerhöhungen beschließen. Auch die Entscheidung, im Jahre 1970 die Aktien der Großbanken («nationalen Interesses») an der Börse einzuführen und im Hinblick auf eine baldige Kapitalerhöhung einen Teil davon beim Publikum unterzubringen, wirkte sich günstig aus. Obwohl die Verschlechterung des sozialen Klimas Mitte November zu einer ziemlich ausgeprägten Baisse führte, betrug der Kursgewinn im Laufe des ganzen Jahres immer noch gut 12%.

In *Deutschland* war im ersten Quartal 1969 eine gewisse Verlangsamung der Emissionstätigkeit auf dem Aktienmarkt zu beobachten. Bereits im Frühjahr verstärkte sie sich jedoch wieder spürbar, da die rasche Zunahme der Investitionen angesichts der weniger günstigen laufenden Gewinnentwicklung der Unternehmungen einen erheblichen Anstieg des Außenfinanzierungsbedarfs zur Folge hatte. Der Rückstand vom Jahresanfang konnte jedoch nicht mehr voll aufgeholt werden. Die Aktienkurse zeigten im Januar und dann wieder im Mai eine steigende Tendenz. Nach einem leichten Rückgang im Juni und Juli setzte im August eine erneute Aufwärtsbewegung ein. Von diesem Zeitpunkt an konnten während der folgenden 4 Monate weder die Unsicherheit bezüglich des Ausgangs der Bundestagswahl im September noch die zeitweilige Freigabe des DM-Kurses und die anschließende Aufwertung die optimistische Grundhaltung des Marktes beeinträchtigen. Erst im Dezember kam es unter dem Einfluß der umfangreichen Devisenrückflüsse ins Ausland und der daraus resultierenden Liquiditätsverknappung zu einem Tendenzwandel. Immerhin betrug die Kurssteigerung am Jahresende (gegenüber Ende 1968) insgesamt noch mehr als 10%.

In *Luxemburg* erhöhte sich der Kursindex der Industrieaktien im Verlaufe des Jahres 1969 um fast 15%. Die Aktienemissionen nahmen im Berichtsjahr wiederum beträchtlich zu, was namentlich auf das anhaltende Interesse des Publikums für die Zertifikate der im Großherzogtum ansässigen Investmentfonds zurückzuführen ist.

In *Belgien* zeigten die Aktienkurse in den ersten fünf Monaten des Jahres eine aufwärtsgerichtete Tendenz, schwächten sich jedoch anschließend bis zum November immer mehr ab und erreichten schließlich wieder den

Stand von Ende 1968. Diese Entwicklung hat die Aktienemissionen nicht begünstigt, und ihr Volumen scheint sich gegenüber dem Vorjahr leicht verringert zu haben.

In den *Niederlanden* schließlich hat sich das Emissionsvolumen auf dem Aktienmarkt – wenn es auch relativ schwach blieb – von 1968 auf 1969 erhöht. Durch einen Kursverfall in den Monaten Mai bis August gingen Kursgewinne vom Jahresanfang wieder verloren, und auch die später einsetzende Erholung konnte diese ungünstige Entwicklung nicht mehr ausgleichen, so daß der Index im Dezember 1969 etwas unter dem Stand der gleichen Vorjahrszeit lag.

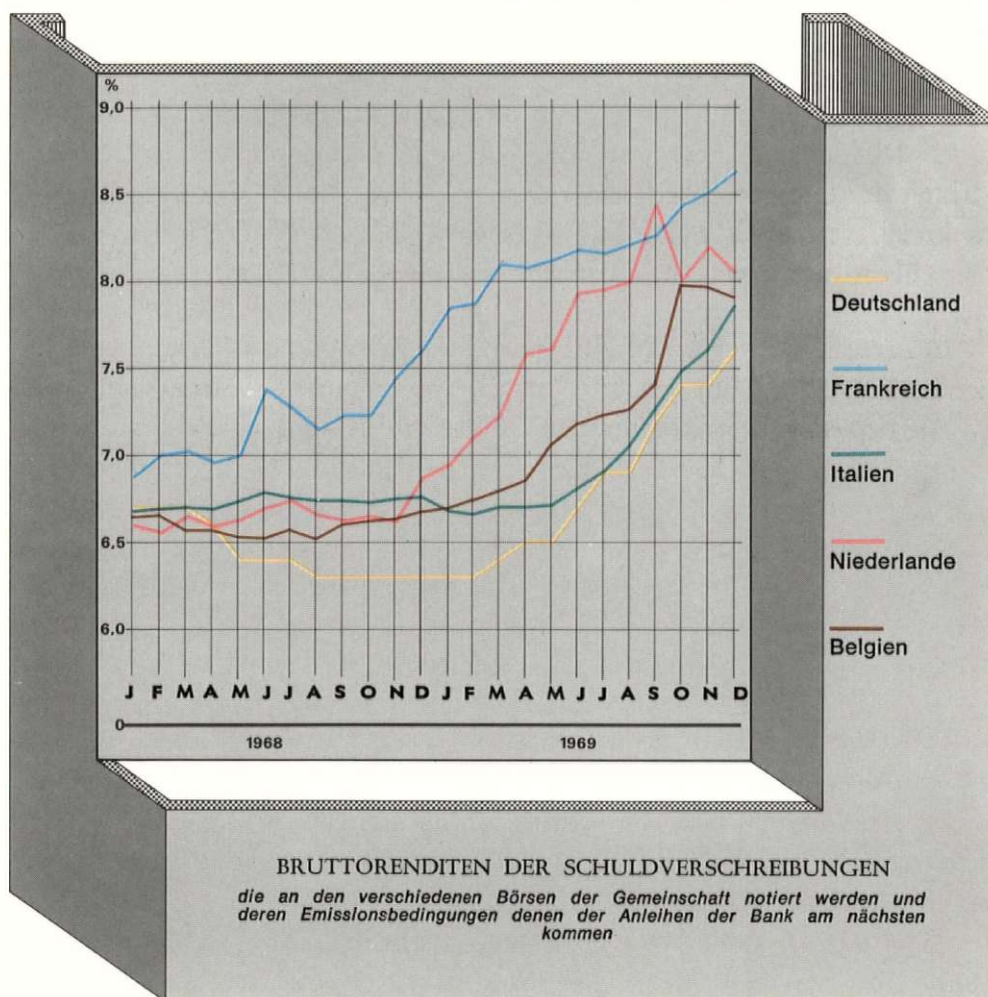
2. *Anleiheemissionen*

Das Jahr 1969 war durch einen allgemeinen Anstieg der Renditen der im Umlauf befindlichen festverzinslichen Wertpapiere auf den Kapitalmärkten der Gemeinschaft gekennzeichnet. Sie erhöhten sich in Italien und Frankreich um etwa 1 Punkt, in Belgien, in den Niederlanden und in Deutschland um etwa $1\frac{1}{4}$ Punkte

In Frankreich war die Marktlage während des ganzen Jahres, besonders aber im ersten und im letzten Quartal, angespannt. Sehr ausgeprägt war der Anstieg der Renditen in den Niederlanden und in Belgien, bis im Oktober ein Teil des Kapitals, das vor der Aufwertung der Deutschen Mark nach Deutschland transferiert worden war, zurückfloß und eine gewisse Stabilisierung und sogar ein geringfügiges Nachgeben der Renditen bewirkte. In Deutschland und Italien setzte der Auftrieb später als in den genannten anderen Mitgliedsländern ein, doch ab März zogen auch hier die Renditen für langfristiges Kapital von Monat zu Monat an.

Ein Überblick über die Renditen am Ende des Jahres 1969 zeigt, daß sich die Bedingungen auf den einzelnen Kapitalmärkten der Gemeinschaft, die seit Anfang 1968 – namentlich unter dem Einfluß der Währungsspekulation – immer stärker voneinander abgewichen waren, wieder angenähert haben. Im Dezember betrug der Unterschied zwischen den Renditen der Anleihen des öffentlichen Sektors in Deutschland und in Frankreich nur einen Punkt, gegenüber fast $1\frac{3}{4}$ Punkten im Mai. Ende

des Jahres waren die Renditen in Frankreich mit über 8 1/2% nach wie vor am höchsten. In den anderen Ländern – außer in Deutschland, wo sich die Renditen zu dieser Zeit noch bei 7,6% hielten – lagen sie für ungefähr vergleichbare Anleihen bei 8%. Dieses hohe Niveau der Renditen, das zu einer Erhöhung der Kosten langfristiger Finanzierungen führt, ist natürlich Gegenstand großer Besorgnis aller derjenigen Institutionen, die auf die Aufnahme langfristigen Kapitals angewiesen sind.



Obwohl die sehr unterschiedlichen Finanzierungssysteme einen Vergleich zwischen den Mitgliedsländern beträchtlich erschweren, sei doch erwähnt, daß Italien im Jahre 1969 in der Gemeinschaft hinsichtlich des Umfangs der Netto-Inlandsanleihen weiterhin an der Spitze stand : Sein Anteil am gesamten Nettovolumen dieser Anleihen erreicht 46 %, gegenüber 40 % im Vorjahr. Dagegen verringerte sich der Anteil Deutschlands von 35 % auf 29 %.

Tabelle 7 — NETTOEMISSIONEN INLÄNDISCHER ANLEIHEN
IN DER GEMEINSCHAFT
(in Milliarden Rechnungseinheiten)⁽¹⁾

Land	1966	1967	1968	1969
Deutschland	1,15	3,67	4,24	3,39
öffentliche Verwaltungen	0,23	1,07	0,63	0,03
Unternehmungen	0,92	2,60	3,61	3,36
Frankreich	1,76	1,66	1,16	1,28
öffentliche Verwaltungen	0,26	0,14	— 0,12	— 0,11
Unternehmungen	1,50	1,52	1,28	1,39
Italien	4,40	3,85	4,88	5,34
öffentliche Verwaltungen	2,52	1,63	2,15	2,50
Unternehmungen	1,88	2,22	2,73	2,84
Niederlande	0,45	0,40	0,39	0,53
öffentliche Verwaltungen	0,18	0,30	0,27	0,41
Unternehmungen	0,27	0,10	0,12	0,12
Belgien	0,63	1,06	1,38	1,16
öffentliche Verwaltungen	0,44	0,67	0,82	0,70
Unternehmungen	0,19	0,39	0,56	0,46
Luxemburg	—	0,03	—	0,01
öffentliche Verwaltungen	—	0,03	—	0,01
Unternehmungen	—	—	—	—
Gemeinschaft insgesamt	8,39	10,67	12,05	11,71
öffentliche Verwaltungen	3,63	3,84	3,75	3,54
Unternehmungen	4,76	6,83	8,30	8,17

⁽¹⁾ vgl. Fußnote Seite 52.

⁽²⁾ Die in der Rubrik « öffentliche Verwaltungen » ausgewiesenen Beträge umfassen sämtliche Emissionen des Staates und der öffentlichen Körperschaften, obwohl ihr Erlös zum Teil auch zur Gewährung von Darlehen an die Wirtschaft dient.
Die in der Rubrik « Unternehmungen » ausgewiesenen Beträge umfassen alle Emissionen der öffentlichen und privaten Unternehmungen (ohne die von Kreditinstituten) sowie die Emissionen jener Kreditinstitute, deren Haupttätigkeit in der Gewährung von Krediten an Wirtschaft und Private besteht.

In der Tat sind in *Deutschland* die Nettoemissionen inländischer Anleihen im Vergleich zum Vorjahr um 20 % zurückgegangen.

Auch im Jahre 1969 waren hier die Kreditinstitute wiederum die wichtigsten Anleihezeichner; ihr Anteil verringerte sich jedoch gegenüber 1968. In der Tat führten die Unsicherheit auf dem Rentenmarkt, die Erwartung eines baldigen erneuten Anstiegs der Renditen, die hohen Zinssätze auf dem Geldmarkt und die restriktivere Politik der Bundesbank bezüglich der Bankenliquidität dazu, daß die Nachfrage der Kreditinstitute nach Wertpapieren im Laufe des Jahres wiederholt nachließ. Dagegen erhöhten die privaten Haushalte, zweifellos unter dem Einfluß der aufeinanderfolgenden Verbesserungen der gebotenen Bedingungen, ihren Anteil an der Zeichnung inländischer Anleihen, obwohl sie gleichzeitig weiterhin großes Interesse für die deutlich höher rentierenden Auslandsanleihen zeigten.

Bund und Länder nahmen den Rentenmarkt direkt sehr wenig in Anspruch, einmal weil sich die Lage der öffentlichen Haushalte verbessert hat, und zum anderen weil sich ihnen andere Finanzierungsquellen anboten. Das gleiche gilt für die öffentlichen Unternehmungen und vor allem für die Industriegesellschaften, die ihren mittel- und langfristigen Kapitalbedarf vorwiegend bei Kreditinstituten gedeckt haben.

Auf diese Weise kam fast der gesamte durch inländische Anleiheemissionen aufgebrachte Betrag den Finanzinstituten zugute. Über die Hälfte floß den Emittenten von Kommunalobligationen und mehr als ein Viertel den Hypothekenbanken zu. Dennoch ging der in dieser Form aufgenommene Betrag im Vergleich zum Vorjahr etwas zurück, während die übrigen Finanzinstitute ihr Anleihevolumen spürbar ausweiten konnten. Gegen Ende des Jahres schwächte sich die Emissionstätigkeit der Hypothekenbanken ab, was vor allem auf Schwierigkeiten zurückzuführen war, die namentlich im Bereich der Hypothekendarlehen für den Wohnungsbau aufgrund des Zinsanstiegs entstanden sind.

Die Marktlage, die sich bereits Ende 1968 etwas gebessert hatte, wurde zunächst im Januar durch jahreszeitlich bedingte Faktoren, wie den Kupontermin, weiterhin begünstigt. Hohe Kapitalexporte und die Beschleunigung des Konjunkturaufschwungs führten dann jedoch schnell zu einem Tendenzumschwung. Die Kurse der im Umlauf befindlichen Anleihen gaben immer mehr nach, und am 22. April erklärten sich die Behörden mit der Erhöhung

des nominalen Zinssatzes für neue Inlandsanleihen von 6% auf 6 1/2% einverstanden.

Nach einer Pause von einigen Tagen, die auf umfangreiche, durch die Aufwertungsspekulation bedingte Devizenzuflüsse zurückzuführen war, kam es Mitte Mai zu einer erneuten Anspannung, die sich bis zum Oktober zunehmend verstärkte. Sie hatte einen erheblichen Rückgang der Inlands-emissionen und ab Mitte Juni deren vollständige Einstellung zur Folge. Gleichzeitig stiegen die Renditen der umlaufenden Schuldverschreibungen, die sich bereits im ersten Quartal für Anleihen der öffentlichen Hand von 6,30% auf ungefähr 6,40% erhöht hatten, auf 7,40% an.

Im Oktober führten neue Kapitalzuflüsse aus dem Ausland zu einer leichten Entspannung, die jedoch nur von kurzer Dauer war. Die umfangreichen Kapitalabflüsse nach der Aufwertung und die Fortsetzung der restriktiven Geld- und Kreditpolitik in Erwartung der erst mit Verzögerung eintretenden konjunkturdämpfenden Effekte der Aufwertung veranlaßten die Banken in den letzten Wochen des Jahres zur Abgabe festverzinslicher Wertpapiere. Im November wurde der Nominalzinssatz, der bei der Emission von Anleihen von Emittenten des öffentlichen Sektors geboten wird, zum zweiten Male im Jahre 1969 um einen halben Punkt angehoben und auf 7% festgesetzt. Die Renditen der im Umlauf befindlichen Anleihen gleicher Art erreichten gegen Ende Dezember 7,6%. Um zu einer Entspannung der Lage beizutragen, beschlossen die deutschen Banken in den letzten Tagen des Jahres, sich vorerst nicht mehr an der Ausgabe von Auslandsanleihen in der Bundesrepublik zu beteiligen. (Die Entwicklung bei den Auslandsanleihen wird weiter unten noch eingehender erörtert.)

In *Frankreich* nahm das Nettoanleihevolumen im Jahre 1969 um über 10% zu, nachdem es sich 1968, namentlich unter dem Einfluß außergewöhnlicher Faktoren wie der Ereignisse vom Mai, stark verringert hatte. Es lag immer noch deutlich unter dem Stand der Jahre 1966 und 1967.

Da die Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte noch schneller zunahmen als ihr verfügbares Einkommen, ging die private Sparquote, jedenfalls im ersten Halbjahr, spürbar zurück. Das mangelnde Vertrauen in die Kaufkraftstabilität der Währung führte außerdem dazu, daß die privaten Sparer nicht nur ihre Bargeldreserven erheblich verringerten, sondern auch verstärkte Zurückhaltung gegenüber neu emittierten Rentenpapieren zeigten

und stattdessen Sachwerte, wie z. B. Aktien und – im zweiten Halbjahr – sehr liquide Anlageformen bevorzugten. Auch die institutionellen Anleger konnten sich nur zögernd zum Kauf von Schuldverschreibungen entschließen. Neben der allgemeinen Währungsunsicherheit war dafür eine Reihe von Faktoren ausschlaggebend: Einmal bestand während des größten Teils des Jahres die Möglichkeit, sehr kurzfristige Anlagen auf dem Geldmarkt zu ausgesprochen günstigen Bedingungen zu platzieren; zum anderen entsprachen die Emissionsbedingungen der Anleihen nicht immer den Wünschen der Anleger. Wiederholt wurde die sich aus dem Nominalzinssatz ergebende laufende Verzinsung der Schuldverschreibungen gegenüber dem einmaligen Ertrag, der bei der Rückzahlung nach Auslösung durch die dann fällige Rückzahlungsprämie entsteht, als zu niedrig angesehen. Schließlich, und dies war wohl der Hauptgrund, gab die Beurteilung der zukünftigen Zinsentwicklung häufig Anlaß zu einer Zurückstellung der Kaufentscheidungen.

Im Jahre 1969 waren die Emissionen des Staates und der anderen öffentlichen Verwaltungen insgesamt niedriger als ihre Rückzahlungen auf frühere Anleihen. Die öffentlichen Unternehmungen und die staatlichen Industriebetriebe ihrerseits – aufgefordert, ihre Investitionen in größerem Umfang außerhalb Frankreichs, etwa auf dem internationalen europäischen Kapitalmarkt oder bei internationalen Finanzierungsinstitutionen, wie der Europäischen Investitionsbank, zu finanzieren – verringerten die Beanspruchung des französischen Marktes, was natürlich direkt oder indirekt dem Privatsektor zugute kam. Etwa zwei Drittel des Nettoaufkommens auf dem Rentenmarkt floßen den auf das langfristige Kreditgeschäft spezialisierten Finanzinstituten zu, und die private Industrie erhielt 25% des Mittelaufkommens (verglichen mit nur etwa 10% in den Jahren 1967 und 1968).

Die angespannte Marktlage, die sich aus dem Ungleichgewicht zwischen Kapitalangebot und Kapitalnachfrage ergab, war am Anfang und am Ende des Jahres besonders ausgeprägt und führte zur Erhöhung der bei den Emissionen angebotenen Renditen.

Bereits in den ersten Januartagen wurden die Emissionsrenditen für Anleihen des öffentlichen Sektors von 7,40% auf 7,90% und für Anleihen des Privatsektors von 7,75% auf 8,20% heraufgesetzt. Im März und April erhöhten sie sich dann im Durchschnitt auf 8,20% bzw. 8,50%.

Die Emissionskonsortien konnten diese Bedingungen bis zum September aufrechterhalten, mußten dabei allerdings zeitweilig die Ausgabe von Neuemissionen unterbrechen, um die Unterbringung bereits aufgelegter Anleihen zu ermöglichen. Nach einer ziemlich langen Pause von Mitte Mai bis Ende Juni war im Juli wieder eine – sogar ziemlich lebhafte – Anleihetätigkeit zu verzeichnen.

Die Abwertung des französischen Franken Anfang August hatte keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Kurse der umlaufenden Anleihen. Die im September ergriffenen weiteren Maßnahmen zur Beschränkung der Liquiditätsausweitung und die abermalige Erhöhung der kurzfristigen Zinssätze im Anschluß an die Anhebung des Diskontsatzes der Banque de France auf 8 % im Oktober führten zu einer erneuten Anspannung der Marktlage. Die Renditen der umlaufenden Anleihen zogen zuerst langsam, im letzten Quartal jedoch beschleunigt an. In den ersten Wochen von 1970 wurden die Emissionsrenditen für Anleihen des öffentlichen Sektors auf ca. 8,90 % und für Anleihen des Privatsektors auf über 9 % erhöht.

Italien, dessen Kapitalmarkt lange Zeit hindurch eine beachtliche Stabilität aufgewiesen hatte, wurde im Verlaufe des Jahres 1969 und damit ein bis zwei Jahre später als einige andere Länder der Gemeinschaft und etwa zum gleichen Zeitpunkt wie die Bundesrepublik Deutschland ebenfalls von den weltweiten Zinssteigerungstendenzen erfaßt.

Trotzdem nahm das Anleihevolumen auf dem italienischen Kapitalmarkt erneut zu, obwohl es bereits 1968 einen Rekordstand erreicht hatte. Die Emissionen von Anleihen zur öffentlichen Zeichnung nahmen, netto gesehen, um 9 % zu. Allerdings war die Expansion damit deutlich geringer als von 1967 auf 1968, als sie nicht weniger als 27 % betragen hatte.

Die vom Schatzamt oder für seine Rechnung aufgelegten Anleihen erreichten 1969 erneut einen größeren Betrag als im Vorjahr; gleichzeitig erhöhte sich auch ihre prozentuale Anteil am gesamten Anleihevolumen auf 47 %. Der Anteil der Spezialkreditinstitute, die nach wie vor zu den wichtigsten Emittenten gehören, verringerte sich leicht auf 38 %. Den großen öffentlichen Unternehmungen (ENEL, IRI, IRI-Autobahngesellschaft, ENI) floßen wie im Vorjahr etwa 17 % des gesamten Aufkommens zu. Die Direktmissionen der privaten Unternehmungen waren – immer netto gesehen – negativ, und zwar stärker als schon im Vorjahr.

Unter dem Einfluß der Liquiditätsenge haben die Kreditinstitute ihren Anteil am Kauf der netto insgesamt emittierten Anleihe summe von 50 % im Vorjahr auf 33 % im Jahre 1969 reduziert. Ebenso ging der von den privaten Haushalten im Jahresverlauf in Käufen von neuen Anleihen angelegte Ersparnisbetrag erneut relativ zurück. Obwohl genaue Statistiken darüber noch nicht zur Verfügung stehen, ist es nicht ausgeschlossen, daß infolge des starken Anstiegs der Realeinkommen trotz der raschen Ausweitung des privaten Verbrauchs eine etwa gleichhohe Sparquote des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte wie im Vorjahr erreicht wurde. Das erhöhte Interesse für den Aktienmarkt aber, und vor allem die verstärkten Exporte von langfristigen Ersparnissen in das Ausland, unter anderen auch aus steuerlichen Gründen, haben die Bereitstellung von Mitteln durch das Publikum zum Kauf neuer Anleihen auf dem inländischen Kapitalmarkt beeinträchtigt. Hinzu kam die Wirkung der stark erhöhten Zinsen, welche die Kreditinstitute für kurzfristige Einlagen boten; dadurch wurden nicht nur erhebliche Übertragungen von Sparkonten auf Sicht-einlagen verursacht, sondern das Publikum wurde durch diese Zinsrelation auch dazu veranlaßt, bei seiner laufenden Ersparnistätigkeit liquide Sparformen zu Lasten langfristiger Anlagen vorzuziehen.

So war denn schließlich eine Aufrechterhaltung der hohen Ergiebigkeit des Anleihemarktes nur durch eine sehr erhebliche Ausweitung der Teilnahme der Banca d'Italia an der Finanzierung der Netto-Emissionen möglich. In der Tat ist diese Beteiligung von rund 7 % im Jahre 1968 auf mehr als 35 % im Jahre 1969 gestiegen, wobei sich die Käufe der Notenbank fast ausschließlich auf vom Schatzamt oder für seine Rechnung ausgegebene Titel bezogen. Diese Ausweitung wäre sicherlich noch größer gewesen, wenn nicht die Notwendigkeit der Begrenzung der Kapitalabflüsse in das Ausland die Währungsbehörden zu der Entscheidung veranlaßt hätte, ihre Käufe von bereits im Umlauf befindlichen Titeln auf dem Rentenmarkt abzubrem sen, um so schrittweise zu einer Reduzierung der Zinsdifferenz zu gelangen, die bei langfristigem Kapital zwischen Italien und dem Ausland bestand. Diese neue Politik – die immerhin gegenüber der vorherigen Interventionspolitik einen recht einschneidenden Wandel bedeutet – wurde sehr vorsichtig und elastisch geführt. Im Frühjahr wurden die Banken durch verschiedene Maßnahmen veranlaßt, ihre Netto-Auslandsforderungen schrittweise abzubauen und ihre Beteiligungen an Plazierungskonsortien für ausländische Wertpapiere einzuschränken. Jedoch wurden Ausnahme-

genehmigungen für die Beteiligung italienischer Banken an solchen Emissionskonsortien für den Fall vorgesehen, daß die Institute oder Gesellschaften, für deren Rechnung die Konsortien tätig sind, auf internationaler Ebene arbeiten und direkte oder indirekte finanzielle Interessen in Italien haben. Die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung wurde allerdings in jedem einzelnen Fall von dem Ergebnis abhängig gemacht, das die betreffende Bank bei der Unterbringung italienischer Wertpapiere erzielt hat.

So kam es zu einem bis zum Juli mäßigen, ab August dann stärkeren Zinsanstieg. Die Renditen der umlaufenden Anleihen der Industriekreditinstitute, an denen sich die Marktlage besonders gut ablesen läßt, hielten sich bis Ende April auf etwa 6,7 %. Sie erhöhten sich bis Ende Juli auf 6,93 % und erreichten Ende September 7,25 % und Ende Dezember schließlich 7,90 %.

In den *Niederlanden* war das Nettoanleihevolumen im Jahre 1969 um fast 36 % höher als 1968, doch führte die starke Inanspruchnahme des Marktes im Laufe des Jahres zu immer größeren Spannungen, die einen sehr beträchtlichen Anstieg der Renditen zur Folge hatten.

Die so viel höhere Beanspruchung ging nicht von den Unternehmungen des Produktions- und Verteilungssektors aus, deren Investitionsausgaben weniger rasch stiegen als im Vorjahr und die sich wie bisher vor allem durch Bankkredite oder durch die Aufnahme von Schuldscheindarlehen bei institutionellen Anlegern finanzierten. Die langfristigen Emissionen dieser Unternehmungen, die bereits im Vorjahr nicht sehr bedeutend waren, nahmen weiter ab.

Dagegen verdreifachte der Staat sein Anleihevolumen gegenüber 1968 und beanspruchte damit im Jahre 1969 über 40 % des Mittelaufkommens, gegenüber knapp 20 % im Vorjahr. Auch der Anteil der Bank voor Nederlandsche Gemeenten blieb, obwohl sie ihre Emissionen etwas einschränkte, mit etwa 35 % des gesamten Anleihevolumens sehr hoch.

Da gleichzeitig nicht zuletzt unter dem Einfluß des Anstiegs des Preisniveaus die privaten Verbrauchsausgaben schneller stiegen als das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte – die Sparquote also zurückging –, wurden für die Unterbringung neuer Anleihen immer wieder Revisionen der den Zeichnern angebotenen Anleiheausstattung notwendig. So erhöhte die Bank voor Nederlandsche Gemeenten ihre Emissionsrendite bereits im Januar 1969 von 6,70 % auf rund 7 %; sie setzte sie anschließend im April auf 7,50 %, im Juli auf 7,7 %, im September auf 8 % und im Dezember auf 8,15 % herauf.

Die Kurse der umlaufenden Anleihen gaben unter dem Einfluß des umfangreichen Emissionsvolumens und des allgemeinen Zinsanstiegs bei kurzfristigen Anlagen erheblich nach; die Renditen zogen also – bis Anfang Oktober – stark an. Dann bewirkte der Rückfluß langfristigen Kapitals nach der Aufwertung der Deutschen Mark eine merkliche Entspannung, die bis Anfang Januar 1970 anhielt.

In *Belgien* blieb das Nettoemissionsvolumen auf dem Anleihenmarkt im Jahre 1969 hinter dem Stand des Vorjahres zurück, obwohl – brutto gesehen – die auf dem Markt in großen Tranchen untergebrachten Anleihen einen außerordentlich hohen Betrag (30% mehr als im Vorjahr) erreichten.

Der netto verzeichnete Rückgang beruht also nicht etwa auf einer geringeren Inanspruchnahme des Kapitalmarktes durch die Emittenten, sondern auf dem starken Anstieg der Rückzahlungen durch den Staat, die fast 20% seiner ordentlichen Haushaltsausgaben ausmachten.

Über 60% des Mittelaufkommens floßen direkt oder indirekt dem Staat sowie den Gebietskörperschaften zu. Das Emissionsvolumen der Finanzinstitute und der Unternehmungen dagegen hat sich anteilmäßig und dem Betrage nach verringert, obwohl sich der Kapitalbedarf der Wirtschaft aufgrund der rasch wachsenden Investitionen erhöht hatte. Wie sich aus ihrer steigenden Auslandsverschuldung ersehen läßt, versuchte sie in zunehmendem Maße, sich die fehlenden Mittel außerhalb Belgiens zu beschaffen.

Die mangelnde Anpassung des Kapitalangebots an die Nachfrage ist weitgehend die Folge der konjunkturpolitischen Aktion, die die Währungsbehörden zur Bremsung der Liquiditätsexpansion unternommen haben, und der ungenügenden Geldkapitalbildung der privaten Haushalte. Darüber hinaus trug eine beträchtliche Erhöhung der privaten Kapitalanlagen im Ausland zur fortschreitenden Verknappung des Kapitalangebots im Inland bei.

Die Beschleunigung des Konjunkturaufschwungs, die steigende Kapitalnachfrage und die Anspannung des inländischen Geldmarktes führten bereits zu Beginn des Jahres zu einer Versteifung des Rentenmarktes. Sie hielt bis Ende September an und hatte einen fortgesetzten Rückgang der Kurse, also einen entsprechenden Anstieg der Renditen der umlaufenden Anleihen zur Folge. Die Effektivverzinsung der umlaufenden Anleihen des Staates, der Städte und der halbstaatlichen Institutionen, die zu Jahresbeginn etwa

6,7% betragen hatte, stieg innerhalb von 9 Monaten auf rund 8%. Die Emittenten ihrerseits mußten natürlich der angespannten Marktlage Rechnung tragen und die von ihnen gebotenen Bedingungen wiederholt den Renditen der umlaufenden Anleihen angleichen. Im letzten Quartal kam der Anstieg der Renditen jedoch angesichts des Kapitalrückflusses, der wie in den Niederlanden nach der Aufwertung der Deutschen Mark zu verzeichnen war, vorübergehend zum Stillstand.

In *Luxemburg* schließlich emittierte der Staat, der im Jahre 1968 auf eine Inanspruchnahme des Kapitalmarktes verzichtet hatte, im März 1969 eine ziemlich hohe Anleihe mit einer Rendite von 6,57%.

Ausländische Wertpapieremissionen

Anleihen von internationalen Institutionen und gebietsfremden Emittenten

Im Jahre 1969 konnten die auf den Kapitalmärkten der Mitgliedsländer von rein inländischen Plazierungskonsortien abgesetzten Auslandsanleihen mit weniger als 200 Millionen Rechnungseinheiten das Volumen des Vorjahres (über 350 Millionen) nicht mehr erreichen. Diese Entwicklung erklärt sich aus der angespannten Lage auf den nationalen Kapitalmärkten, auf deren Ursachen und Aspekte bereits eingegangen wurde.

Im Unterschied zum Vorjahr wurde in Belgien und den Niederlanden von keiner internationalen Institution eine Anleihe aufgelegt.

Auf dem italienischen Kapitalmarkt gab es im Jahre 1969 nur eine ausländische Wertpapieremission, kurz bevor der allgemeine Zinsauftrieb auch auf diesen Markt übergriff. Es handelt sich um eine Anleihe der Interamerikanischen Entwicklungsbank im Betrag von 24 Millionen Rechnungseinheiten.

Alle übrigen Auslandsanleihen wurden in Deutschland begeben. Hauptemittenten waren die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und die Europäische Investitionsbank ⁽¹⁾ mit 62,5 Millionen bzw. 57,3 Millionen Rechnungseinheiten. Der Rest des Mittelaufkommens von 52,3 Millionen Rechnungseinheiten kam Lateinamerika zugute: Die Republik Argentinien und die Interamerikanische Entwicklungsbank nahmen

⁽¹⁾ vgl. Seite 114.

27,3 Millionen bzw. 25 Millionen auf. Die rasche Ausweitung ihrer Tätigkeit veranlaßte die internationalen Institutionen außerdem, bei Banken und institutionellen Anlegern der Bundesrepublik wiederum in beachtlichem Umfang Schuldscheindarlehen aufzunehmen. Immerhin beanspruchten sie den deutschen Kapitalmarkt insgesamt weniger stark als im Jahre 1968. Ihre Mittelaufnahme war im ersten Halbjahr noch bedeutend; sie ging in der zweiten Jahreshälfte stark zurück, als das Kapitalangebot – vor allem angesichts der Kapitalabflüsse nach der Aufwertung der Deutschen Mark – knapper wurde.

*Tabelle 8 – AUSLÄNDISCHE WERTPAPIEREMISSIONEN (BRUTTO)
AUF DEN KAPITALMÄRKTEN DER GEMEINSCHAFT (1)
Anleihen von internationalen Institutionen und gebietsfremden Emittenten
(in Millionen Rechnungseinheiten) (2)*

<i>Land</i>	1967	1968	1969
Deutschland	10	225	172
Frankreich	41	—	—
Italien	24	72	24
Niederlande	14	30	—
Belgien	21	30	—
Luxemburg	—	—	—
Insgesamt	110	357	196
davon Europäische Investitionsbank	80	75	57
Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl)	—	63	—
Sonstige	30	219	139

(1) In dieser Tabelle erscheinen nur jene Auslandsanleihen, die in einem Land von einem ausschließlich aus Finanzinstituten dieses Landes bestehenden Konsortium untergebracht wurden. Auslandsanleihen, die von internationalen Konsortien in mehreren Ländern plziert werden, werden zum « internationalen europäischen Kapitalmarkt » gerechnet, auch wenn sie zum Teil aus Ersparnissen von Anlegern des Landes, auf dessen Währung sie lauten, gezeichnet werden.

(2) vgl. Fußnote Seite 52.

II. *Anleiheemissionen auf dem internationalen europäischen Kapitalmarkt*

Im Jahre 1969 war der internationale europäische Kapitalmarkt im allgemeinen weniger ergiebig als im Vorjahr. Das Zinsniveau erhöhte sich laufend, und das Anleihevolumen ging im Vergleich zu 1968 um 10 % zurück. Es betrug weniger als 2,8 Milliarden Rechnungseinheiten gegenüber fast 3,1 Milliarden im Vorjahr.

Der obengenannte Betrag enthält alle von internationalen Bankenkonsortien platzierten Anleihen, z. B. :

- Anleihen, die in einem oder mehreren Ländern von ausländischen Emittenten aufgelegt werden, jedoch nicht auf die Währung der betreffenden Länder lauten;
- Anleihen, die in einem bestimmten Land von inländischen Emittenten aufgelegt werden und auf die Währung dieses Landes lauten, jedoch ausdrücklich Zeichnern außerhalb dieses Landes vorbehalten sind;
- Anleihen, die in einem bestimmten Land von ausländischen Emittenten aufgelegt werden und auf die Währung dieses Landes lauten, jedoch von den Emissionskonsortien in mehreren Ländern platziert werden;
- Anleihen, die mit besonderen Währungsklauseln (Rechnungseinheiten, Währungsoption) versehen sind.

Die Entwicklung der internationalen Wirtschafts- und Währungssituation hat sich auf die Kapitalnachfrage und das Kapitalangebot sowie die Formen der Beanspruchung des Marktes direkt ausgewirkt.

Die Beschleunigung des Konjunkturaufschwungs in zahlreichen Industrieländern hatte einen hohen Anleihebedarf zur Folge. Angesichts des Rückgangs der Kurse ihrer umlaufenden Anleihen und der erwarteten leichten Verlangsamung der konjunkturellen Expansion in den USA beschlossen die amerikanischen Unternehmungen zwar ab Frühjahr, ihre Anleihevorhaben zurückzustellen oder auf einen längeren Zeitraum zu verteilen; dafür verstärkte sich aber die Nachfrage aus anderen Drittländern.

Gleichzeitig ging das Kapitalangebot auf dem internationalen europäischen Kapitalmarkt zurück. Aufgrund der Baisse der Aktienkurse in Wall Street verringerte sich das Interesse der Anleger an der Zeichnung von Wandelanleihen, die im Vorjahr eine sehr gute Aufnahme gefunden hatten. Die hohe Verzinsung, die auf dem Eurodollar-Markt für kurzfristige Anlagen geboten wurde – besonders seitdem dieser namentlich von amerikanischen Banken wegen der angespannten Lage auf dem amerikanischen Geldmarkt stark in Anspruch genommen wurde –, veranlaßte die Anleger in zunehmendem Masse, den Erwerb von Anleihen zugunsten höher rentierender kurzfristiger Anlagen in Eurodollar zurückzustellen. Allerdings bestand aufgrund der Spekulation im Zusammenhang mit der Aufwertung der Deutschen Mark noch mehrere Monate lang eine lebhafte Nachfrage nach

Tabelle 9 — BRUTTO-WERTPAPIEREMISSIONEN
AUF DEM INTERNATIONALEN EUROPÄISCHEN KAPITALMARKT
(in Millionen Rechnungseinheiten) ⁽¹⁾

	1967	1968	1969
WANDELANLEIHEN	227	1.712	825
US-Dollar	227	1.712	825
OPTIONSANLEIHEN	33	83	284
US-Dollar	20	83	284
DM (*)	13	—	—
NORMALE ANLEIHEN	1.542	1.277	1.672
US-Dollar	1.342	465	499
Rechnungseinheiten	19	57	60
Pfund Sterling mit DM-Option	20	29	—
DM (*)	149	706	1.113
Gulden (NL)	—	—	—
Französischen Franken	12	20	—
Insgesamt	1.802	3.072	2.781
davon Emittenten aus : ⁽²⁾			
EUROPA	998	748	1.152
Gemeinschaft :	523	404	567
— Europäische Investitionsbank	(70)	(25)	(25)
— Kommission der Europäischen Gemein- schaften (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl;	(45)	(—)	(—)
— Sonstige	(408)	(379)	(542)
EFTA	363	269	440
Sonstige	112	75	145
AMERIKANISCHER KONTINENT	637	2.040	1.227
Vereinigte Staaten	527	1.898	954
Sonstige	110	142	273
JAPAN	—	170	246
SONSTIGE	167	114	156

⁽¹⁾ vgl. Fußnote Seite 52.

⁽²⁾ Die geographische Herkunft der Emittenten wird nach der Nationalität bzw. nach dem Sitz der Unternehmungen bestimmt. Holdinggesellschaften, die von ausländischen Muttergesellschaften gegründet worden sind, werden bei den Muttergesellschaften erfaßt.

(*) Vgl. Fußnote (1) der Tabelle 8.

DM-Anleihen, doch kam es unmittelbar nach der Paritätsänderung auch in diesem Marktbereich zu einer Verknappung des Kapitalangebots.

Diese Entwicklung vollzog sich in vier Etappen.

Im Januar und Februar war die Emissionstätigkeit auf dem internationalen europäischen Kapitalmarkt insgesamt noch sehr lebhaft; vorübergehend konnte sogar der Eindruck entstehen, daß die Ergebnisse des Vorjahres noch übertroffen werden könnten.

Ab März bis zum Ende des dritten Quartals gingen die internationalen Dollaremissionen dann aber erheblich zurück. Obwohl sich gleichzeitig das Volumen der DM-Anleihen merklich erhöhte, war der während dieses Zeitraums auf dem internationalen europäischen Kapitalmarkt aufgebrachte Betrag um rund 35 % niedriger als in der entsprechenden Vorjahresperiode.

Im Oktober zeichnete sich vorübergehend eine gewisse Entspannung ab. Unter dem Einfluß der ersten Kapitalabflüsse aus Deutschland verstärkte sich das Interesse für Dollar-Anleihen, ohne daß sich dies sofort auf den Umfang der DM-Emissionen auswirkte. Gleichzeitig nahmen, bedingt durch die zeitweilige Erholung der Aktienkurse an der New Yorker Börse, auch die Käufe von Wandelanleihen wieder zu.

Diese Lage machten sich zahlreiche Emittenten zunutze, um hohe Anleihen, die zurückgestellt worden waren, nun zu plazieren. Im Dezember traten jedoch erneut Schwierigkeiten auf, die noch dadurch verschärft wurden, daß das anhaltend hohe Zinsniveau in den Vereinigten Staaten zu beträchtlichen Kapitalabflüssen aus Europa und insbesondere Deutschland führte.

Insgesamt wurden im Berichtsjahr 36 Wandelanleihen im Gesamtbetrag von knapp 0,8 Milliarden Rechnungseinheiten gegenüber 1,7 Milliarden im Vorjahr emittiert. Außerdem wurden im Jahre 1969 7 Optionsanleihen in Höhe von etwas mehr als 280 Millionen Rechnungseinheiten gegenüber 80 Millionen Rechnungseinheiten im Vorjahr begeben. Wie im Jahre 1968 lauteten sämtliche Wandel- und Optionsanleihen auf Dollar. Auf diese beiden Anleihetypen entfielen 40 % des gesamten Mittelaufkommens gegenüber rund 60 % im Vorjahr.

Ferner wurden im Jahre 1969 auf dem internationalen europäischen Kapitalmarkt 69 normale Schuldverschreibungsanleihen im Betrag von

fast 1,7 Milliarden gegenüber 1,3 Milliarden im Jahre 1968 aufgelegt. Ein derartiger Betrag war auf diesem Markt vorher nie erreicht worden. Zwei Drittel dieser Anleihen – gegenüber 55 % im Vorjahr – lauteten auf Deutsche Mark. Der Anteil der Dollar-Anleihen, der sich bereits von 1967 auf 1968 verringert hatte, ging erneut – von 36 % auf 30 % – zurück. Fünf weitere Anleihen wurden in Rechnungseinheiten emittiert. Im Unterschied zu den Vorjahren wurde auf dem internationalen europäischen Kapitalmarkt keine Anleihe in holländischen Gulden, französischen Franken oder Pfund Sterling mit Währungsoption aufgelegt. Der durchschnittliche Anleihebetrag war mit rund 25 Millionen Rechnungseinheiten etwa gleich hoch wie 1968.

Wegen des geringeren Interesses für Wandelanleihen schränkten die privaten Unternehmungen, obwohl sie nach wie vor die wichtigsten Emittenten waren, ihr Anleihevolumen im Vergleich zum Vorjahr etwas ein. Dagegen erhöhten die Staaten und andere öffentliche Verwaltungen ihre Emissionen; diese machten ein Fünftel der insgesamt aufgebrachten Mittel aus.

Europäische Emittenten (ohne die in Europa ansässigen Tochtergesellschaften amerikanischer Unternehmungen) konnten ihren Anteil beträchtlich, nämlich von 24 % auf 41 % steigern.

In die Länder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft flossen 20 % des Mittelaufkommens gegenüber 13 % im Vorjahr. Der höchste Betrag ging deutschen Emittenten zu, die – direkt oder über Tochtergesellschaften auf den Niederländischen Antillen – an den internationalen europäischen Kapitalmarkt herantraten, nachdem sie ihn im Vorjahr überhaupt nicht in Anspruch genommen hatten. Auch französische und italienische Emittenten konnten ihr Anleihevolumen ausweiten. Dagegen verringerte sich der Anteil niederländischer Unternehmungen gegenüber 1968, was zweifellos auf die Verlangsamung der Expansion der privaten Investitionsausgaben in den Niederlanden zurückzuführen ist.

Gleichzeitig mit dieser verstärkten Inanspruchnahme des internationalen europäischen Kapitalmarkts durch Emittenten aus Mitgliedsländern der Gemeinschaft konnten britische Unternehmungen ihren Anteil von 4 % auf 8 % erhöhen. Die anderen EFTA-Länder, d. h. insbesondere die zur EFTA gehörenden skandinavischen Länder, steigerten ihren Anteil ebenfalls auf 8 %. Finnland, Irland und Spanien schließlich waren mit 5 % am Rückgriff auf diesen Markt beteiligt.

Obwohl die europäischen Länder also den internationalen europäischen Kapitalmarkt, dessen Mittel übrigens zum größten Teil aus Europa stammten, verstärkt in Anspruch nahmen, blieben die großen Unternehmungen von jenseits des Atlantiks direkt oder über ihre Holdinggesellschaften die wichtigsten Emittenten. Allerdings ging das Anleihevolumen der amerikanischen Gesellschaften, die nach wie vor an erster Stelle standen (34%), absolut und vor allem prozentual zurück. Die Emissionen Kanadas und Mexikos (zusammen 10%) waren dagegen spürbar höher als im Vorjahr.

Der Rest der aufgebrachten Mittel (15%) floß namentlich japanischen Emittenten zu, denen der internationale europäische Kapitalmarkt gemessen am Zinsniveau ihres eigenen Landes immer noch sehr günstige Bedingungen bot. Weitere Anleihenehmer waren solche aus Australien, Neuseeland und Südafrika. Schließlich trat zum ersten Mal auch die Asiatische Entwicklungsbank an den Markt der Euro-Anleihen heran.

Der andauernde Anstieg der Umlaufrenditen normaler Schuldverschreibungsanleihen in Dollar beschleunigte sich im zweiten Quartal, dann im September und schließlich in den beiden letzten Monaten des Jahres. Die Emissionrenditen folgten dieser Entwicklung. Sie lagen am Jahresanfang für langfristige Anleihen amerikanischer Unternehmungen internationalen Standings unter 7,50%, überschritten ab Juni $8\frac{1}{4}\%$ und erreichten in den ersten Tagen des Januar 1970 9%.

Die Renditen der auf Deutsche Mark lautenden Anleihen stiegen ebenfalls beträchtlich an. Nachdem sie im Februar noch bei 6,70% gelegen hatten, begannen sie ab März anzuziehen und betrugen Anfang Dezember schließlich 8,2%.

Auch die Aufnahme von Wandelanleihen verteuerte sich erheblich. Am Jahresende 1969 wurden im allgemeinen Renditen von $6\frac{1}{4}\%$ bis $6\frac{1}{2}\%$ geboten. Im ersten Vierteljahr dagegen hatten große, international bekannte Unternehmungen derartige Anleihen noch zu einem Satz von 4,75% plazieren können.

* * *

Insgesamt haben öffentliche und private Emittenten aus der Gemeinschaft im Jahre 1969 zur Finanzierung der Investitionen Anleihen im Betrag von 16,7 Milliarden Rechnungseinheiten aufgelegt, gegenüber 15,6 Milliarden im Jahre 1968.

Wie in den Vorjahren stammte der allergrößte Teil dieser Mittel von den Kapitalmärkten der Mitgliedsländer der Gemeinschaft.

Da jedoch die Mittelbeschaffung innerhalb der Gemeinschaft immer schwieriger wurde, traten die Emittenten aus der Gemeinschaft in zunehmendem Maße an die Kapitalmärkte dritter Länder heran. Dank dem Verständnis der Schweizer Behörden konnten sie sich auf dem Schweizer Kapitalmarkt mit etwa einem Drittel an dem von diesem Markt ausländischen Emittenten verfügbar gemachten Betrag beteiligen, gegenüber nur 5 % im Vorjahr.

*Tabelle 10 – GESAMTER RÜCKGRIFF ALLER EMITTENTEN
AUS DER GEMEINSCHAFT AUF DIE WERTPAPIERMÄRKTE
(in Milliarden Rechnungseinheiten) ⁽¹⁾*

	1968	1969
– Nettoemissionen auf den Kapitalmärkten der Mitgliedsländer	15,15	16,04
– Emissionen auf dem internationalen europäischen Kapitalmarkt ⁽²⁾	0,40	0,57
– Emissionen auf den Kapitalmärkten von Drittländern	0,01	0,07
	15,56	16,68

⁽¹⁾ vgl. Fußnote auf Seite 52.

⁽²⁾ Obwohl es sich hier um Bruttoemissionen handelt, können sie den Nettoemissionen auf den nationalen Kapitalmärkten gegenübergestellt werden, da die Rückzahlungen von im Umlauf befindlichen Euro-Anleihen gegenwärtig noch sehr gering sind. Aufgrund der tilgungsfreien Zeit erlangen diese Rückzahlungen erst ab 1970 eine gewisse Bedeutung.

SONSTIGE FREMDFINANZIERUNGSMITTEL DER WIRTSCHAFT

Wie immer wurde auch im Jahre 1969 nur ein Teil der für die Investitionen der Wirtschaft benötigten Außenfinanzierungsmittel durch Wertpapieremissionen beschafft. Der größte Teil des Kapitalbedarfs wurde bei Banken und Finanzinstituten in Form von mittel- und langfristigen Krediten – aber auch durch Aufnahme von kurzfristigen Krediten – gedeckt.

I. Mittel- und langfristige Kredite an die Wirtschaft ⁽¹⁾

Die nachstehende Tabelle zeigt die Expansion der in den Mitgliedsländern von Banken und Spezialkreditinstituten an Wirtschaft und Private gewährten mittel- und langfristigen Kredite in den letzten vier Jahren. Dabei sind auch die direkt bei Kapitalsammelstellen aufgenommenen Kredite berücksichtigt, die besonders in Deutschland und in den Niederlanden eine wichtige Rolle für die Finanzierung der Wirtschaft spielen. Hier pflegen Sparkassen, Pensions- und Versorgungseinrichtungen und Versicherungsgesellschaften an Unternehmungen und Kreditinstitute Schuld-scheindarlehen zu gewähren, deren Kosten im allgemeinen niedriger sind als die einer Kapitalmarktanleihe. In Belgien spielt die Caisse Générale d'Épargne et de Retraite eine wichtige Rolle bei der Investitionsfinanzierung. Dagegen ist die Bedeutung der Versicherungsanstalten in Frankreich sehr viel geringer, weil sie statt nach dem Kapitaldeckungsverfahren meist nach dem Umlageverfahren arbeiten und somit weniger Kapital bilden. Schließlich fördern auch die Staaten beziehungsweise die Schatzämter die Investitionstätigkeit, indem sie einmal beachtliche Teile der Finanzierung des Wohnungsbaus übernehmen und zum anderen den Unternehmungen direkt oder über Kreditinstitute Darlehen gewähren.

Tabelle 11 – JÄHRLICHE ZUNAHME DER AUSSTEHENDEN MITTEL-
UND LANGFRISTIGEN KREDITE AN DIE WIRTSCHAFT

(in Milliarden Rechnungseinheiten) ⁽¹⁾

Land	1966	1967	1968	1969
Deutschland	6,60	6,67	7,24	10,38
Frankreich	3,78	5,40	6,63	7,20
Italien	2,56	3,30	3,95	3,87
Niederlande	1,83	1,96	2,25	2,41
Belgien	0,92	0,93	1,02	1,13
Gemeinschaft insgesamt	15,69	18,26	21,09	24,99

⁽¹⁾ vgl. Fußnote auf Seite 52.

⁽¹⁾ Obwohl sie nur in sehr geringem Umfang zur Investitionsfinanzierung beitragen, sind die mittel- und langfristigen Exportkredite in den hier angegebenen Zahlen enthalten, da sie nicht in allen Mitgliedsländern isoliert werden können.

Im Zusammenhang mit der raschen Expansion der Investitionstätigkeit in der Gemeinschaft nahmen die der Wirtschaft gewährten mittel- und langfristigen Kredite 1969 erneut zu.

In Deutschland war der Anstieg dieser Kredite im Jahre 1969 um 40 % größer als 1968. Zwar verlangsamte sich die Zunahme der Wohnungsbaukredite etwas, doch erhöhten sich dafür die den Unternehmungen gewährten Investitionskredite um so rascher. Die Tatsache, daß die Unternehmungen in größerem Umfang an Banken und Finanzinstitute herantraten, erklärt sich aus der weniger günstigen Entwicklung ihrer Gewinn-situation und vor allem aus der mit der Beschleunigung des Konjunkturaufschwungs verbundenen Expansion ihrer Investitionen. Dazu kam, daß – bedingt durch die namentlich im ersten Halbjahr etwas vorsichtigere Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand und den Wegfall der Kapitalzuflüsse aus dem Ausland gegen Jahresende – bestimmte Liquiditätsquellen eingedämmt waren. Ein weiterer Grund war schließlich der Rückgang der Direktfinanzierung über den Aktien- und den Rentenmarkt.

Auch in Frankreich trug die rasche Ausweitung der Investitionen zu einer sehr hohen Nachfrage nach mittel- und langfristigen Krediten bei. Exportkredite und Baudarlehen stiegen ebenfalls beträchtlich – nämlich um etwa 30 % bzw. 20 % – an. Die Zunahme der Investitionskredite war sehr kräftig und übertraf den entsprechenden Betrag des Vorjahres um fast 15 %. Insgesamt erhöhten sich in der ersten Jahreshälfte die ausstehenden Kredite durchweg sehr rasch. Anschließend schwächte sich die Kreditausweitung etwas ab, da mehrere auf das langfristige Kreditgeschäft spezialisierte Finanzinstitute aufgrund von Empfehlungen der Zentralbank Maßnahmen ergriffen, um die globale Ausweitung der bei der Zentralbank refinanzierbaren mittelfristigen Investitions- und Baukredite sowie die der Hypothekarkredite – die alle nicht unter die allgemeinen Vorschriften zur Beschränkung der Bankkredite fielen – in Grenzen zu halten. Diese Maßnahmen konnten sich jedoch nicht sofort auf den Umfang der ausstehenden Kredite auswirken, da dieser zum Teil von den Auszahlungen abhängt, die aufgrund von Verträgen vorgenommen werden müssen, die oft Monate oder Jahre vorher unterzeichnet worden sind. Das gleiche gilt für den Beschluß des Crédit National, ab September keine neuen langfristigen Darlehen mehr zu gewähren und die Mittel, die bei der bestehenden Kapitalmarktsituation noch beschafft werden konnten, zur Erfüllung der bis dahin eingegangenen Verpflichtungen zu verwenden.

Auch in den Niederlanden erhöhten sich die mittel- und langfristigen Kredite dem Gesamtbetrag noch schneller als im Vorjahr. Im Zusammenhang mit der zögernden Entwicklung der Wohnungsbauausgaben scheint sich zwar die Zunahme der Hypothekarkredite etwas verlangsamt zu haben. Dafür ging jedoch von den Unternehmungen wiederum eine lebhafte Kapitalnachfrage aus, obwohl sich ihre Selbstfinanzierungsmöglichkeiten weiter verbessert haben dürften und sie ihre Investitionsausgaben weniger rasch ausweiteten als 1968. Wenn der Privatsektor auch in etwas geringerem Umfang Darlehen bei institutionellen Anlegern aufnahm, so griff er stattdessen doch wesentlich stärker auf mittelfristige Bankkredite zurück.

In Belgien war ebenfalls eine verstärkte Ausweitung der lang- und mittelfristigen Kredite zu beobachten. Einmal nahmen im Zuge der Belebung der Bautätigkeit Private in sehr viel größerem Umfang Wohnungsbaudarlehen bei privaten Sparkassen, der Caisse Générale d'Épargne et de Retraite und anderen Spezialkreditinstituten auf. Zum anderen sahen sich die Unternehmungen angesichts der kräftigen Zunahme ihrer Investitionen veranlaßt, ihre Kreditaufnahme bei den nicht zum eigentlichen Banksektor gehörenden Finanzinstituten zu erhöhen. Dagegen gingen die von ihnen in Anspruch genommenen Bankkredite, soweit sie nach amtlichen Schätzungen der Investitionsfinanzierung dienen, deutlich zurück.

Obwohl die Durchführung des Industrialisierungsprogramms für den Mezzogiorno einen großen Mittelbedarf mit sich bringt, ist Italien das einzige Land der Gemeinschaft, in dem die Zunahme der mittel- und langfristigen Kredite im Jahre 1969 insgesamt betragsmäßig etwas kleiner war als im Vorjahr. Zwar stiegen die Exportkredite, namentlich aufgrund früherer Kreditzusagen, nochmals kräftig an, doch ging dafür die Gewährung von neuen Baudarlehen und Investitionskrediten, vor allem in den letzten Monaten des Jahres, merklich zurück. Die Abschwächung bei den Wohnungsbaudarlehen war nicht etwa durch ein Nachlassen der Nachfrage verursacht, sondern durch Schwierigkeiten der Realkreditinstitute bei der Unterbringung ihrer Anleihen. In diesem Zusammenhang dürfte auch die Anhebung der Habenzinsen für Sichtguthaben nicht ohne Einfluß gewesen sein. Der geringere Zuwachs der Investitionskredite ist darauf zurückzuführen, daß die Industriekreditinstitute ihre Kreditgewährung aus zwei Gründen einschränken mußten: Einmal verknappten sich ihre

Mittel, und zum andern paßten die Behörden die Zinsvergütungen, die für bestimmte Investitionskredite namentlich in den schwächer entwickelten Gebieten des Landes gewährt werden, erst ziemlich spät der neuen Situation an, die durch die allgemeine Kreditverteuerung auf dem inländischen Kapitalmarkt entstanden war.

Ein Teil der den Unternehmungen in der Gemeinschaft zugeflossenen mittel- und langfristigen Kredite ist allerdings über Wertpapieremissionen refinanziert worden, deren Entwicklung bereits im vorhergehenden Teil dieses Kapitels analysiert worden ist. Es ist angebracht, diese Doppelzählung zu eliminieren, um den Betrag festzustellen, der von Banken, Spezialkreditinstituten und sonstigen kreditgebenden Institutionen aus anderen Quellen mobilisiert und der Wirtschaft mittel- und langfristig zur Verfügung gestellt wurde. Die Finanzierungsquelle für diese nicht über den Kapitalmarkt refinanzierten Kredite ist hauptsächlich die Geldkapitalbildung in Form kurzfristiger Guthaben und Spareinlagen; ein gewisser Teil der Investitionskredite der Banken hat allerdings meist auch den Charakter einer Geldschöpfung.

Auch nach Abzug der indirekt, also über die Kapitalmärkte, aufgebrauchten Mittel ergibt sich eine erhebliche Zunahme der in den Mitgliedsländern der Gemeinschaft an die Wirtschaft gewährten mittel- und langfristigen Kredite.

Tabelle 12 – JÄHRLICHE ZUNAHME DER AUSSTEHENDEN MITTEL- UND LANGFRISTIGEN KREDITE AN DIE WIRTSCHAFT NACH ABZUG DER AUS WERTPAPIEREMISSIONEN STAMMENDEN MITTEL

(in Milliarden Rechnungseinheiten) ⁽¹⁾

<i>Land</i>	1966	1967	1968	1969
Deutschland	5,55	4,43	3,91	7,10
Frankreich	2,81	4,51	5,67	5,88
Italien	1,18	1,72	2,05	1,82
Niederlande	1,58	1,71	2,00	2,14
Belgien	0,76	0,60	0,58	0,75
Gemeinschaft insgesamt	11,88	12,97	14,21	17,69

⁽¹⁾ vgl. Fußnote auf Seite 52.

Die erhebliche Expansion der Mittel, die auf diese Weise – ohne Umweg über die Emissionsmärkte – für die Investitionsfinanzierung bereitgestellt wurden, war nur möglich, weil Banken und institutionelle Anleger in der Gemeinschaft insgesamt weiterhin große, mehr oder weniger kurzfristige Ersparnisse an sich ziehen konnten, zumal das Publikum in den meisten Mitgliedsländern nach wie vor aufgrund einer hohen Liquiditätspräferenz derartige Anlageformen bevorzugt.

In Frankreich betrug die Zunahme dieser Mittel vom 31. Dezember 1968 bis zum 31. Dezember 1969 17 %, nach 14 % im Vorjahr. Besonders ausgeprägt war der Anstieg im zweiten Halbjahr im Anschluß an die Anhebung der Sparzinsen, durch die die Sparentwicklung begünstigt werden sollte.

In Deutschland erhöhten sich die Spareinlagen und die Termingelder um 13 %. Dieser Prozentsatz liegt zwar unter dem Zuwachs des Vorjahres (17 %), entspricht jedoch durchaus den Expansionsraten, die in den anderen Ländern der Gemeinschaft im allgemeinen zu beobachten sind.

In den Niederlanden und in Belgien lag die Zunahme mit 11 % bis 12 % etwa in der Größenordnung des Vorjahres.

Dagegen verringerte sich in Italien der Zuwachs dieser Einlagen, der 1968 11 % betragen hatte, im Jahre 1969 auf 7 %. Ein wesentlicher Grund hierfür ist, daß im Zusammenhang mit dem beträchtlichen Anstieg der Zinssätze für Sichtguthaben Kapital von Sparkonten auf Sichtkonten transferiert wurde.

Die Reaktion des Publikums im Jahre 1969 in mehreren Ländern der Gemeinschaft auf Änderungen der Zinssätze für kurzfristige Anlagen zeigt, wie wichtig die Gestaltung dieser Zinssätze für die Geldkapitalbildung und die allgemeinen Bedingungen der Investitionsfinanzierung ist.

II. *Kurzfristige Kredite an die Wirtschaft*

Von 1968 auf 1969 haben sich die an Wirtschaft und Private in der Gemeinschaft gewährten kurzfristigen Kredite insgesamt weiter beträchtlich erhöht. Allerdings ist die Entwicklung zwischen den einzelnen Ländern unterschiedlich verlaufen. In Deutschland nahmen diese Kredite außerordentlich rasch zu, und auch in Italien war ein kräftiger Anstieg zu beob-

achten. Dagegen führten in Frankreich, in den Niederlanden und in Belgien die dort ergriffenen Bremsmaßnahmen zu einer ziemlich spürbaren Verringerung der Zuwachsraten.

Tabelle 13 – JÄHRLICHE ZUNAHME DER AUSSTEHENDEN KURZFRISTIGEN KREDITE AN DIE WIRTSCHAFT UND PRIVATE

(in Milliarden Rechnungseinheiten)⁽¹⁾

Land	1966	1967	1968	1969
Deutschland	1,45	0,63	1,56	5,59
Frankreich	2,90	3,61	3,98	1,40
Italien	2,77	3,75	2,79	4,35
Niederlande	0,15	0,59	0,59	0,34
Belgien	0,26	0,35	0,28	0,11
Gemeinschaft insgesamt	7,53	8,93	9,20	11,79

(1) vgl. Fußnote auf Seite 52.

In Deutschland nahmen die ausstehenden kurzfristigen Kredite unter dem Einfluß der Konjunkturbeschleunigung im Berichtsjahr um 25 % zu, verglichen mit knapp 8 % im Jahre 1968 und rund 3 % im Jahre 1967. Besonders ausgeprägt war der Anstieg am Jahresende, als im Zuge der Normalisierung der internationalen Währungssituation nach der Paritätsänderung der Deutschen Mark deutschen Unternehmungen in großem Umfang Mittel entzogen wurden, die sie vorher von ihren ausländischen Geschäftspartnern erhalten und die erheblich zur Erhöhung ihrer Liquidität beigetragen hatten. Demzufolge mußten sich die Unternehmungen entsprechende Mittel bei ihren Hausbanken beschaffen.

In Italien betrug die Zuwachsrate der ausstehenden kurzfristigen Kredite 15 %, nach 10,5 % im Jahre 1968. Die Tendenz von Unternehmungen und Privaten, in verstärktem Maße Kapital, namentlich in Form von Banknoten, zu exportieren, der Anstieg des Handelsbilanzdefizits und die beschleunigte Ausweitung der Nachfrage hatten während des ganzen Jahres einen äußerst raschen Anstieg der Inanspruchnahme von kurzfristigen Bankkrediten zur Folge, obwohl die Operationen des Schatzamtes zwecks Finanzierung des Haushaltsdefizits maßgeblich dazu beitrugen, die Liquidität der Wirtschaft zu erhöhen. Schließlich lösten im Laufe des letzten Quartals die Streiks einen zusätzlichen Bedarf an kurzfristigen Krediten

aus, da sie die Erlöse der Unternehmungen schmälerten und erhöhte Kosten zur Folge hatten.

In Belgien war in den ersten vier Monaten des Jahres weiterhin eine sehr rasche Ausweitung der kurzfristigen Kredite zu beobachten, die sich jedoch anschließend unter dem Einfluß der Ende April eingeleiteten und später noch verschärften Bremsmaßnahmen deutlich verlangsamte. Zunächst zielten diese Maßnahmen darauf ab, die Zunahme der von den Banken gewährten Diskont-, Kontokorrent- und Wechselkredite für das Jahr insgesamt auf 14% zu begrenzen. Im September wurde dieser Prozentsatz dann auf 11,2% gesenkt. Die Kreditnachfrage ihrerseits wurde durch zwei Faktoren gebremst: Einmal setzten die Banken die Kreditzinsen beträchtlich herauf, und zwar häufig stärker als es der Entwicklung des amtlichen Diskontsatzes der Nationalbank entsprochen hätte, der seinerseits fünfmal angehoben wurde und im September 7,5% (gegenüber 4,5% am Jahresanfang) erreichte. Zum andern trug nach der Aufwertung der Deutschen Mark die Rückführung von Guthaben aus dem Ausland dazu bei, die Liquidität der Unternehmungen etwas zu verbessern. Insgesamt blieb die Zunahme der kurzfristigen Kredite 1969 merklich hinter dem Vorjahresergebnis zurück. Allerdings war bei Personal- und Teilzahlungskrediten kaum eine Verlangsamung der Expansion zu beobachten; diese Kredite erhöhten sich vielmehr fast ebenso rasch wie 1968, was die Währungsbehörden im November zu neuen gezielten Restriktionsmaßnahmen veranlaßte. Dagegen schwächte sich die Ausweitung der kurzfristigen Bankkredite an die Unternehmungen ab, was sich vor allem in den zur Finanzierung von Betriebskapital und Lagervorräten bestimmten Krediten zeigte. Trotz der Auswirkungen der quantitativen Begrenzung der Kreditexpansion ist es aber nicht ausgeschlossen, daß verschiedene Unternehmungen, die wegen der erhöhten Zinsen vor einer langfristigen Verschuldung zurückscheuten, einen größeren Teil ihrer Investitionen zunächst durch kurzfristige Kredite finanzierten, die sie später bei für sie günstigeren Bedingungen zu konsolidieren hoffen.

In den Niederlanden verringerte sich der Jahreszuwachs der kurzfristigen Kredite, der 1968 rund 20% betragen hatte, im Berichtjahr auf rund 9,5%. Diese Verlangsamung ist das Ergebnis der gegen Ende 1968 wieder eingeführten Beschränkung der Kreditgewährung von Banken und landwirtschaftlichen Kreditanstalten. Die Kreditnachfrage war weiterhin sehr lebhaft, und von Juli bis Oktober überstieg die Zuwachsrate der kurz-

fristigen Kredite die von der Zentralbank festgesetzte Höchstgrenze von 10% für das Jahr insgesamt. Anschließend kam es, wohl nicht zuletzt unter dem Einfluß ziemlich hoher Kapitalzuflüsse aus dem Ausland, zu einer Verlangsamung, so daß schließlich gegen Jahresende die für die Zunahme der kurzfristigen Kredite gesetzte Norm wieder respektiert war.

In Frankreich war der jährliche Anstieg der kurzfristigen Kredite im Jahre 1969 mit rund 5% – gegenüber 15,5% im Vorjahr – innerhalb der Gemeinschaft am niedrigsten. Obwohl der Erkenntniswert von Vergleichen zwischen den beiden Jahren dadurch gemindert ist, daß verschiedene Großbanken ihre Abgrenzungskriterien geändert haben und Kredite, die sie früher unter den kurzfristigen Krediten ausgewiesen haben, nunmehr den mittelfristigen Ausleihungen zuordnen, steht fest, daß die Kreditinstitute durch die von der Zentralbank eingeführten und laufend effizienter gemachten Vorschriften der quantitativen Begrenzung der Kreditexpansion in der Tat veranlaßt wurden, die Zunahme ihrer kurzfristigen Kredite trotz der weiterhin sehr lebhaften Nachfrage von Unternehmungen und Privaten nach Finanzierungsmitteln immer mehr zu drosseln. Nach den Vorschriften sollte erreicht werden, daß sich der ausstehende Betrag der unter die betreffende Regelung fallenden Kredite in der Zeit vom 30. September 1968 bis zum 31. Dezember 1969 um nicht mehr als 7% erhöhte. Während der Anstieg dieser Kredite in den ersten Monaten des Jahres noch sehr kräftig war und die festgesetzten Grenzen erheblich überschritt, verlangsamte er sich in der zweiten Jahreshälfte besonders deutlich, nicht zuletzt auch unter dem Einfluß der Wiederverbesserung der Zahlungsbilanz auf die Liquidität der Wirtschaft. Zum Jahresende waren die den Banken vorgeschriebenen Begrenzungen in etwa eingehalten.

Damit beweist die im Jahre 1969 in den meisten Ländern der Gemeinschaft zu beobachtende Entwicklung wiederum, welcher enger wechselseitiger Zusammenhang auf dem Gebiet der Liquiditätsversorgung der Wirtschaft zwischen der Kreditgewährung, insbesondere der Vergabe kurzfristiger Kredite, einerseits und dem Kapitalverkehr mit dem Ausland andererseits besteht. Ohne die Devisenzuflüsse, die die Niederlande, Belgien und Frankreich nach der Aufwertung der Deutschen Mark zu verzeichnen hatten, wäre es für die Banken dieser Länder wahrscheinlich noch schwieriger gewesen, die Ausweitung des Kreditvolumens innerhalb der vorgeschriebenen Grenzen zu halten.

II

DIE TÄTIGKEIT DER BANK DARLEHEN

UNTERZEICHNETE DARLEHENSVERTRÄGE ⁽¹⁾

Im Jahre 1969 hat die Bank insgesamt 43 Darlehensverträge über einen Betrag im Gegenwert von 321,8 Millionen Rechnungseinheiten unterzeichnet, verglichen mit 41 Darlehensverträgen über einen Betrag von 214,0 Millionen im Vorjahr. Bei den im Jahre 1969 unterzeichneten Darlehensverträgen handelt es sich um :

- 30 normale Darlehen im Gesamtbetrag von 263,4 Millionen und
- 13 im Rahmen der Spezialsektion gewährte Darlehen im Gesamtbetrag von 58,4 Millionen.

Damit war der Betrag der im Laufe des Jahres 1969 unterzeichneten Darlehensverträge beträchtlich höher als im Vorjahr, und zwar insgesamt um mehr als 50% und bei den normalen Darlehen allein (also ohne die Darlehen im Rahmen der Spezialsektion) um 42%.

Aufgrund der Zeitdifferenz, die sich normalerweise zwischen der Genehmigung der Darlehen und der Vertragsunterzeichnung ergibt, ist die Erhöhung jedoch weitgehend Darlehen zuzuschreiben, die bereits im Vorjahr genehmigt, aber erst im Jahre 1969 unterzeichnet worden sind.

GENEHMIGTE DARLEHEN ⁽¹⁾

1969 hat die Bank insgesamt – normale Darlehen und Spezialdarlehen zusammen – 39 Darlehen im Gesamtbetrag von 305,5 Millionen Rechnungseinheiten genehmigt (Tabellen 14 und 15) verglichen mit 53 Darlehen über 302 Millionen im Vorjahr.

Der gesamte Investitionsaufwand der Vorhaben, für die im Berichtsjahr Darlehen genehmigt wurden, beträgt etwa 1,4 Milliarden. Der durchschnittliche Finanzierungsanteil der Bank beläuft sich demnach auf rund 22% der Projektkosten.

(1) Für die Berechnung des Gegenwertes der Bankdarlehen in Rechnungseinheiten wurden folgende Paritäten zugrundegelegt :

– Unterzeichnete Darlehensverträge : die zum Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung gültige Parität.
– Genehmigte Darlehen : soweit die Verträge schon unterzeichnet sind, die am Tage der Vertragsunterzeichnung gültige Parität; soweit die Verträge noch nicht unterzeichnet sind, die am Tage der Genehmigung durch den Verwaltungsrat gültige Parität.

Die Globaldarlehen sind in dieser Statistik in Höhe ihres Gesamtbetrages berücksichtigt.

Die angegebenen Zahlen sind gerundet; darauf sind die Differenzen zurückzuführen, die sich teilweise ergeben, wenn man die ausgewiesenen Summen mit der Addition der Einzelbeträge vergleicht.

**Tabelle 14 — VERTEILUNG DER IM JAHRE 1969 GENEHMIGTEN DARLEHEN
NACH DARLEHENSART UND NACH LÄNDERN**

(normale Darlehen und Spezialdarlehen)

Land	Anzahl der Vorhaben	Beträge (Millionen RE) (1)	Anteil des Landes am Gesamtbetrag (in %)
I. NORMALE DARLEHEN			
<i>Mitgliedsländer :</i>			
Belgien	1	6,0	2,0
Deutschland	3	10,0	3,3
Frankreich	5	66,1	21,6
Italien (2)	15	141,0	46,2
Luxemburg	—	—	—
Niederlande	2	22,1	7,2
Mitgliedsländer insgesamt	26	245,2	80,3
<i>Assoziierte Länder :</i>			
AASM-ÜLG			
Kamerun	1	1,0	0,3
Elfenbeinküste	1	0,5	0,2
Neukaledonien	1	2,0	0,7
Assoziierte Länder insgesamt	3	3,6	1,2
Normale Darlehen insgesamt	29	248,8	81,5
II. SPEZIALDARLEHEN			
Türkei (3)	6	41,7	13,6
AASM-ÜLG (4)	4	15,0	4,9
Kongo (Kinshasa)	1	9,0	2,9
Elfenbeinküste	1	1,7	0,6
Gabun	1	2,5	0,8
Madagaskar	1	1,8	0,6
Spezialdarlehen insgesamt	10	56,7	18,5
Normale Darlehen und Spezialdarlehen insgesamt	39	305,5	100,0

(1) Beträge der genehmigten Darlehen in Rechnungseinheiten auf der Basis der Paritäten, die zum Zeitpunkt der Unterzeichnung der Darlehensverträge galten. Bei noch nicht unterzeichneten Verträgen wurden die zum Zeitpunkt der Genehmigung durch den Verwaltungsrat gültigen Paritäten zugrundegelegt; vgl. Fußnote S. 89;

(2) einschließlich des Globaldarlehens CASSA - CIS in Höhe von 3,6 Millionen Rechnungseinheiten (am 31. Dezember 1969 noch nichts zugeteilt);

(3) einschließlich Erhöhung des Globaldarlehens T.S.K.B. in Höhe von 0,8 Millionen Rechnungseinheiten;

(4) Darlehen aus Mitteln des Europäischen Entwicklungsfonds, zu denen die Bank eine positive Stellungnahme abgegeben hat, und für die ein Finanzierungsbeschluß der Kommission der Europäischen Gemeinschaften vorliegt.

Tabelle 15 – VERTEILUNG DER IM JAHRE 1969 GENEHMIGTEN DARLEHEN
NACH WIRTSCHAFTSBEREICHEN

(normale Darlehen und Spezialdarlehen)

Wirtschaftsbereich	Anzahl der Vorhaben	Beträge (Millionen RE) (1)	Anteil des Wirtschaftsbereiches am Gesamtbetrag (in %)
ENTWICKLUNG DER LANDWIRTSCHAFT	2	19,2	6,3
ENERGIE	4	49,6	16,2
VERKEHR	7	94,5	30,9
davon :			
– Straßen	5	70,8	23,2
– Gasleitungen	2	23,7	7,7
FERNMELDEWESEN	1	25,0	8,2
INDUSTRIE	25	117,2	38,4
davon :			
– Bergbau, Steine und Erden		2,0	0,7
– Eisen und Stahl		25,0	8,2
– Baustoffe		9,2	3,0
– Metallverarbeitende Industrie, Maschinenbau		3,1	1,0
– Elektrotechnische Industrie		2,4	0,8
– Chemie		43,0	14,1
– Kautschukindustrie		9,3	3,0
– Textil- und Bekleidungs- industrie		15,5	5,1
– Nahrungsmittelindustrie		3,3	1,1
– Nicht zugeteilter Teil der Globaldarlehen		4,4	1,4
Insgesamt	39	305,5	100,0

(1) Vgl. Fußnoten der Tabelle 14.

NORMALE DARLEHEN

Im Berichtsjahr hat die Bank 29 normale Darlehen im Gesamtbetrag von 248,8 Millionen genehmigt. Davon entfallen 26 Darlehen (245,2 Millionen) auf die EWG-Länder und 3 Darlehen (3,6 Millionen) auf die assoziierten afrikanischen Staaten und überseeischen Länder und Gebiete. Im Vorjahr waren 40 normale Darlehen im Gesamtbetrag von 260,7 Millionen genehmigt worden.

Gegenüber dem Jahre 1968 hat sich der durchschnittliche Darlehensbetrag aller Projekte merklich erhöht : von 6,5 Millionen im Jahre 1968 auf 8,6 Millionen im Jahre 1969. Das ist darauf zurückzuführen, daß der durchschnittliche Darlehensbetrag für Infrastrukturprojekte leicht (1968 : 14,6 Millionen; 1969 : 16,1 Millionen), für Industrieprojekte beträchtlich (1968 : 3,1 Millionen; 1969 : 5,2 Millionen) angestiegen ist.

Die Tätigkeit der Bank im industriellen Sektor läßt sich jedoch nur dann richtig beurteilen, wenn berücksichtigt wird, daß sie sich im Jahre 1969 überdies im Rahmen des Globaldarlehens in Höhe von 10 Millionen, das dem Istituto per lo Sviluppo Economico dell'Italia Meridionale (ISVEIMER) über die Cassa per il Mezzogiorno im Vorjahr gewährt worden war, mit einem Gesamtbetrag von 6,6 Millionen an der Finanzierung von 20 kleinen und mittleren Industrieunternehmen in Süditalien beteiligt hat. Der Zielsetzung des Globaldarlehens entsprechend handelt es sich dabei um wesentlich geringere Einzelbeträge : im Durchschnitt 0,33 Millionen.

Im Jahre 1969 genehmigte die Bank normale Darlehen für folgende Projekte :

MITGLIEDSLÄNDER

Italien :

*Darlehen der Bank
(Millionen RE)*

- | | |
|---|------|
| 1. Bau der Autobahn Sestri Levante-Livorno zwischen Sestri Levante-Borghetto und zwischen Carrara-Viareggio.
Projektträger : <i>Autostrada Ligure Toscana S.p.A.</i> | 25,0 |
| 2. Bau der Autostrada dei Fiori zwischen San Remo und Andora (Ligurien).
Projektträger : <i>Autostrada dei Fiori S.p.A.</i> | 15,0 |

3. Ausbau und Modernisierung der Fernsprechanlagen in Venetien und Trient-Oberetsch.
Projektträger : *S.I.P. - Società per l'Esercizio Telefonico p.A.* 25,0
4. Errichtung eines Kaltwalzwerks im Rahmen der Erweiterung des Hüttenwerks von Tarent (Apulien).
Projektträger : *Italsider S.p.A.* 25,0
5. Errichtung einer Zementfabrik bei Castrovillari (Kalabrien).
Projektträger : *Cementerie Calabro Lucane S.p.A.* 8,0
6. Erweiterung einer Fabrik zur Herstellung von Schiebern für industrielle Zwecke in Patti (Sizilien).
Projektträger : *Walworth - Aloyco International S.p.A.* 0,9
7. Erweiterung einer Fabrik zur Herstellung von Akkumulatoren und Batterien in Casalnuovo di Napoli (Kampanien).
Projektträger : *Fabbriche Accumulatori Riunite Partenope Hensemberger - F.A.R. S.p.A.* 2,4
8. Errichtung einer Anlage zur Produktion von Tonerde in Portoscuso (Sardinien).
Projektträger : *Eurallumina S.p.A.* 25,0
9. Errichtung einer Fabrik zur Gewinnung von flüssigem Sauerstoff und Stickstoff in Caserta (Kampanien).
Projektträger : *S.I.O. - Società per l'Industria dell'Ossigeno e di Altri Gas S.p.A.* 1,6
10. Erweiterung einer Fabrik zur Herstellung von Chemikalien, insbesondere für die Wasseraufbereitung, in Cisterna di Latina (Latium).
Projektträger : *Nalco Italiana S.p.A.* 0,8
11. Instandsetzung einer durch die Überschwemmungen von November 1968 beschädigten Textilfabrik in Vercelli (Piemont).
Projektträger : *Chatillon - Società Anonima Italiana per le Fibre Tessili Artificiali S.p.A.* 4,0

12. Errichtung einer Fabrik für die Herstellung von Wirk-
waren und Herrenhosen in Licata (Sizilien).
Projektträger : *I.S.M.A. - Industria Siciliana Maglieria
ed Affini S.p.A.* 3,2
13. Erweiterung und Modernisierung einer Fabrik für die
Herstellung von Damenstrümpfen in Villafranca
Tirrena (Sizilien).
Projektträger : *SI. CAL. - Siciliana Calze S.p.A.* 0,6
14. Errichtung einer Gießmühle in Foggia (Apulien).
Projektträger : *Industrie Semolerie Giovanni Sacco e
Figli S.r.l.* 0,9
15. Gewährung eines Globaldarlehens an den Credito In-
dustriale Sardo (CIS) über die Cassa per il Mezzogiorno
für die Finanzierung der kleinen und mittleren Industrie
in Sardinien. 3,6

Frankreich :

16. Zweite Ausbaustufe der Anlagen für die Bewässerung
und Wasserversorgung der Provence (Provence - Côte
d'Azur).
Projektträger : *Société du Canal de Provence et d'Amé-
nagement de la Région Provençale (S.C.P.).* 17,5
17. Bau eines Wasserkraftwerks in Mallemort an der unteren
Durance (Provence - Côte d'Azur).
Projektträger : *Électricité de France (E.D.F.), Service
National.* 16,2
18. Bau von Wasserkraftanlagen in Sainte-Croix am Verdon
(Provence - Côte d'Azur).
Projektträger : *Électricité de France (E.D.F.), Service
National.* 14,4
19. Bau von Rohrleitungen für den Erdgastransport im
Elsaß und in der Bretagne.
Projektträger : *Gaz de France (G.D.F.), Service
National.* 9,9

20. Errichtung einer Fabrik für die Herstellung von Poly-
äthylen in Carling (Lothringen).
Projektträger : *Société Lorraine de Polyoléfines*. 8,1

Deutschland :

21. Erweiterung und Modernisierung einer Fabrik für das
Auswalzen und die Oberflächenbehandlung von Band-
stahl in Trier (Rheinland-Pfalz).
Projektträger : *Trierer Walzwerk AG*. 2,2
22. Errichtung einer Anlage für die Herstellung von Enzymen
für Waschmittel in Nienburg/Weser (Niedersachsen).
Projektträger : *Kali-Chemie AG*. 1,5
23. Erweiterung von Anlagen zur Herstellung von synthe-
tischen Fasern in Neumünster (Schleswig-Holstein).
Projektträger : *Phrix-Werke AG*. 6,3

Niederlande :

24. Erweiterung des Erdgas-Rohrleitungsnetzes in den Pro-
vinzen Nord-Brabant und Limburg und Errichtung von
zwei Verdichterstationen im Osten der Niederlande.
Projektträger : *N.V. Nederlandse Gasunie*. 13,8
25. Bau einer Autobahn zwischen Maastricht und Heerlen
(Provinz Limburg).
Projektträger : *Provinz Limburg*. 8,3

Belgien :

26. Bau einer Anlage für die Herstellung von Monovinyl-
chlorid in Tessenderloo (Provinz Limburg).
Projektträger : *Société Limbourgeoise du Vinyle*
(*L.V.M.*) S.A. 6,0

ASSOZIIERTE AFRIKANISCHE STAATEN

Bundesrepublik Kamerun :

27. Erweiterung eines Textil-Komplexes in Garoua und Douala.
Projektträger : *Cotonnière Industrielle du Cameroun (CICAM)*. 1,0

Republik Elfenbeinküste :

28. Errichtung einer Fabrik zur Herstellung von Obst-säften und Essenzen in Sassandra.
Projektträger : *Consortium des Agrumes et Plantes à Parfum de Côte-d'Ivoire (Consortium C.I.)*. 0,5

ASSOZIIERTE ÜBERSEEISCHE LÄNDER UND GEBIETE

Neukaledonien :

29. Erweiterung von Anlagen für die Nickelgewinnung.
Projektträger : *Société Le Nickel (S.L.N.)*. 2,0

* * *

1. Darlehen in den Mitgliedsländern

1969 hat die Bank für Vorhaben in den Mitgliedsländern Darlehen im Gesamtbetrag von 245,2 Millionen Rechnungseinheiten genehmigt, was im Vergleich zum Vorjahr (236,4 Millionen) einer Erhöhung um 3,7% entspricht.

Darlehen im Gesamtbetrag von 200,9 Millionen Rechnungseinheiten dienen der Entwicklung wirtschaftsschwacher Gebiete der Gemeinschaft, mit deren Förderung die Bank durch Artikel 130 a) des EWG-Vertrages beauftragt ist. Die übrigen Darlehen (44,3 Millionen) entfallen auf Projekte von gemeinsamem Interesse für mehrere Mitgliedstaaten im Sinne des Artikels 130 c) des Vertrages von Rom.

Bei dieser Aufgliederung ist aber zu berücksichtigen, daß eine Reihe von Projekten, die in erster Linie der Entwicklung wirtschaftsschwacher Gebiete in der Gemeinschaft dienen, ebenfalls als Umstellungs- oder Modernisierungsvorhaben anzusehen sind. Auf Projekte, deren Finanzierung

sich im wesentlichen oder unter anderem auf Artikel 130 b) und c) des Vertrages von Rom stützt, entfällt daher mehr als die Hälfte des gesamten Darlehensbetrages für Projekte in den Mitgliedsländern.

Nach dem Finanzierungsverfahren lassen sich diese Darlehen wie folgt einteilen : 13 Direktdarlehen (155,4 Millionen), 12 indirekt – unter Zwischenschaltung von Finanzierungsinstituten – gewährte Darlehen (86,2 Millionen) und 1 Globaldarlehen (3,6 Millionen) für die Finanzierung kleiner und mittlerer Industrieunternehmungen, das ebenfalls über ein zwischengeschaltetes Finanzierungsinstitut bereitgestellt wurde.

Auf direktem Wege wurden sämtliche Projekte in Deutschland, in Belgien und in Frankreich sowie ein niederländisches Projekt finanziert. Von den 15 Darlehen in Italien dagegen wurden lediglich 3 Darlehen für Infrastrukturvorhaben den Projektträgern direkt gewährt.

Das indirekte Verfahren wurde nur bei der Finanzierung von Industrieprojekten angewandt. Auf diese Weise wurden ein Vorhaben in den Niederlanden über die Algemene Bank Nederland N.V. und im übrigen Projekte in Italien finanziert : 7 Darlehen erhielt die Cassa per il Mezzogiorno, die eines davon direkt an den Projektträger weiterleitete und in den übrigen Fällen dreimal das Istituto per lo Sviluppo Economico dell'Italia Meridionale (ISVEIMER) und dreimal das Istituto Regionale per il Finanziamento alle Industrie in Sicilia (IRFIS) einschaltete. Ferner gewährte die Bank dem Istituto Mobiliare Italiano (IMI) 4 Darlehen zur Finanzierung von 3 Projekten in Süditalien und eines Vorhabens in Norditalien.

Das Globaldarlehen zur Finanzierung kleiner und mittlerer Industrieunternehmungen wurde entsprechend einem erstmals im Jahre 1968 angewandten Verfahren gewährt, und zwar diesmal dem Credito Industriale Sardo (CIS) über die Cassa per il Mezzogiorno.

* * *

Wie in den Vorjahren ist der größte Teil des Darlehensvolumens der Bank Projektträgern in Italien zugeflossen : 141 Millionen (15 Darlehen) gegenüber 132,5 Millionen (26 Darlehen) im Vorjahr.

Dabei galt das besondere Interesse der Bank einmal weiterhin der Finanzierung großer Infrastrukturvorhaben, die der Entwicklung wirtschaftsschwacher Gebiete (Ausbau des Fernsprechwesens in Venetien und Trient-

Oberetsch) oder dem Ausbau der Verkehrsverbindungen innerhalb der Gemeinschaft dienen (Verlängerung der Autostrada dei Fiori, deren erster Abschnitt an der französischen Grenze bereits früher von der Bank mitfinanziert worden ist, und Bau von zwei Teilstrecken der Autostrada Ligure-Toscana).

Zum anderen hat die Bank ihre Interventionen im Bereiche der Industrie intensiviert und diversifiziert und sich dabei auch von Fall zu Fall um die Förderung von Projekten bemüht, die auf der Zusammenarbeit von Unternehmungen aus mehreren Mitgliedsländern beruhen. Zehn Darlehen – etwa die Hälfte des im Jahre 1969 insgesamt für Vorhaben in Italien genehmigten Darlehensbetrages – sind für die Förderung der industriellen Entwicklung der wirtschaftsschwachen Gebiete auf dem süditalienischen Festland, in Sizilien und in Sardinien bestimmt. Zwei weitere Darlehen sollen dazu beitragen, die Folgen einer Naturkatastrophe zu beseitigen bzw. die Umstrukturierung eines Gebietes zu erleichtern, das durch den Niedergang des traditionellen Schwefelbergbaus in Schwierigkeiten geraten ist.

Unter den zahlreichen Sektoren, für welche diese Darlehen genehmigt worden sind, stehen die chemische Industrie sowie die Textil- und Bekleidungsindustrie an erster Stelle. Es folgen die Eisen- und Stahlindustrie, der Maschinenbau und die Elektroindustrie, die Baustoff- und die Nahrungsmittelindustrie. Die höchsten Darlehensbeträge hat die Bank für die Erweiterung des vollstufigen Stahlwerks in Tarent und die Errichtung von Anlagen zur Verarbeitung von Bauxit zu Tonerde in Cagliari durch eine multinationale Gesellschaft bereitgestellt. Ein weiteres Darlehen wurde für die Instandsetzung und Modernisierung einer Kunstfaserfabrik gewährt, die durch die schweren Überschwemmungen, die in den ersten Novembertagen 1968 den Nordosten des Piemont verwüstet haben, stark beschädigt worden war.

Besondere Erwähnung verdient die Finanzierung der kleinen und mittleren Industrie auf dem süditalienischen Festland im Rahmen des dem ISVEIMER Ende 1968 über die Cassa gewährten Globaldarlehens. Mit der Gewährung von Globaldarlehen will die Bank einen Beitrag zur Förderung von Industrieunternehmungen leisten, die wegen ihrer geringen Größe nicht für Direktarlehen in Frage kommen, die jedoch für ein ausgewogenes wirtschaftliches Wachstum der betreffenden Gebiete von großer Bedeutung sind. So konnte 1969 im Rahmen des auf 10 Millionen lautenden

Globaldarlehens 20 Unternehmungen ein Gesamtbetrag von 6,6 Millionen zugeteilt werden. Drei Viertel dieser Zuteilungen betreffen die Erweiterung oder Modernisierung bereits vorhandener Anlagen; ein Viertel ist zur Errichtung neuer Fabriken bestimmt. Die Aufgliederung des im Jahre 1969 zugeteilten Betrages nach Wirtschaftsbereichen und Regionen ist in Tabelle 16 dargestellt.

Tabelle 16 — GLOBALDARLEHEN (CASSA - ISVEIMER)

Aufgliederung des im Jahre 1969 zugeteilten Betrages nach Regionen und Industriezweigen

Regionen / Industriezweige	Anzahl der Investitionen	Zugeteilte Beträge in %	
		in Millionen Rechnungseinheiten	des zugeteilten Gesamtbetrages
I. REGIONEN			
Latium	5	1,32	20,0
Marken	1	0,56	8,5
Abruzzen	2	0,84	12,7
Kampanien	9	2,76	41,8
Apulien	1	0,24	3,6
Basilikata	1	0,64	9,7
Kalabrien	1	0,24	3,6
Insgesamt	20	6,60	100,0
II. INDUSTRIEZWEIGE			
Eisen und Stahl	1	0,64	9,7
Nichteisenmetalle	1	0,40	6,1
Baustoffe	2	0,60	9,1
Papierstoff und Papier	1	0,72	10,9
Metallverarbeitende Industrie, Maschinenbau	4	0,92	13,9
Elektrotechnische Industrie	1	0,16	2,4
Chemische Industrie	2	0,68	10,3
Textil- und Bekleidungsindustrie	2	0,32	4,8
Nahrungsmittelindustrie	2	0,44	6,7
Sonstige Industriezweige	4	1,72	26,1
Insgesamt	20	6,60	100,0

Soweit die Tätigkeit der Bank in Italien. Auf die übrigen Mitglieds-
länder entfallen 42% der in der Gemeinschaft insgesamt im Jahre 1969
genehmigten Darlehenssumme.

In Deutschland hat die Bank im Jahre 1969 Darlehen von insgesamt 10 Millionen bereitgestellt. Es handelt sich um drei Industrieprojekte – Chemie, Stahl- und Textilindustrie – in von den Behörden durch besondere Hilfs- und Anregungsmaßnahmen geförderten Gebieten.

In Frankreich und in den Beneluxländern hat die Bank eine wichtige Rolle bei der Finanzierung von Infrastrukturvorhaben gespielt : Von den 8 Darlehen, die in diesen Ländern insgesamt gewährt wurden, entfallen 6 (85% des Gesamtbetrages) auf den Bau von Autobahnen (1 Darlehen), Bewässerungsanlagen (1), Erdgasleitungen (2) und Wasserkraftwerken (2).

Von den fünf Darlehen für Projekte in Frankreich (66,1 Millionen), die alle zur Verwirklichung großangelegter regionaler Strukturprogramme in schwach entwickelten oder zur wirtschaftlichen Umstellung gezwungenen Gebieten beitragen werden, sind drei zum Ausbau und zur Verbesserung der Energieversorgung bestimmt. Im einzelnen handelt es sich dabei um die Erweiterung des Gasleitungsnetzes für die Versorgung der Bretagne und des Elsaß mit Erdgas aus Lacq bzw. aus Groningen sowie um die Errichtung von zwei Wasserkraftwerken in den Departements Bouches-du-Rhône und Basses-Alpes. Die beiden letzteren Projekte werden gleichzeitig, ebenso wie ein weiteres, für die zweite Ausbaustufe des Canal de Provence gewährtes Darlehen die rationelle Bewässerung großer landwirtschaftlich genutzter Flächen erleichtern. Das fünfte Darlehen schließlich ist zur Errichtung einer Fabrik für Hochdruck-Polyäthylen im Departement Moselle bestimmt, die zu dem petrochemischen Industriekomplex gehört, der gegenwärtig im saarländisch-lothringischen Industriedreieck entsteht. Mit diesem Darlehen leistet die Bank einen Beitrag zur Umstellung der Industriestruktur dieses Gebietes, durch die ein Ausgleich für die rückläufige Entwicklung des Kohlenbergbaus geschaffen werden soll.

Die drei in den Beneluxländern finanzierten Projekte weisen mehrere gemeinsame Merkmale auf : Sie sollen alle zur wirtschaftlichen Umstrukturierung derselben Großregion beitragen und die Verflechtung innerhalb der Gemeinschaft fördern. Im einzelnen betreffen sie den Bau einer Autobahn zwischen Maastricht und Heerlen in der niederländischen Provinz Limburg, die Errichtung einer Fabrik für Monovinylchlorid in der belgischen Provinz Limburg und schließlich den Ausbau des Erdgasversorgungsnetzes im Süden der Niederlande. Da dies Projekt auch den Bau von zwei Verdichter-

stationen im Osten des Landes einschließt, trägt es gleichzeitig zur Verbesserung des Gastransportes von Holland nach Deutschland bei.

2. Darlehen in den assoziierten Ländern

In den assoziierten afrikanischen Staaten und überseeischen Ländern und Gebieten hat die Bank drei Industrievorhaben durch normale Darlehen finanziert. Wie in den Vorjahren wurden diese Darlehen den Projektträgern direkt gewährt.

In der Bundesrepublik Kamerun hat sich die Bank an der Erweiterung eines Textil-Komplexes beteiligt, für dessen Errichtung sie bereits im Jahre 1965 ein Darlehen gewährt hatte. Das Erweiterungsprojekt wird die wirtschaftlichen und finanziellen Betriebsbedingungen beträchtlich verbessern und eine intensivere Ausnutzung der Produktionskapazität des Spinnerei- und Webereibetriebs im Norden des Landes ermöglichen. Das für die Republik Elfenbeinküste genehmigte Darlehen wird die Diversifizierung der landwirtschaftlichen Produktion und die industrielle Verarbeitung von Agrarprodukten fördern und zur wirtschaftlichen Entwicklung des südwestlichen Landesteiles beitragen, in dem bereits großangelegte Infrastrukturvorhaben in Angriff genommen wurden.

In Neukaledonien schließlich beteiligte sich die Bank an der Finanzierung eines Projektes, das den Abbau und die Verhüttung von Nickelerz betrifft und die Nickelproduktion, auf der die Wirtschaft dieses französischen Territoriums größtenteils beruht, um 75 % steigern wird.

* * *

Im Jahre 1969 ist die Geltungszeit des ersten Abkommens von Jaunde abgelaufen.

In dieser Zeit hat die Bank insgesamt 16 Projekte in sechs assoziierten afrikanischen Staaten (Kamerun, Kongo-Brazzaville, Elfenbeinküste, Gabun, Mauretanien und Senegal) und in einem überseeischen Gebiet (Neukaledonien) mitfinanziert und hierfür insgesamt 48,9 Millionen bereitgestellt.

Diese Darlehen betreffen 2 Infrastruktur-, 3 Bergwerks- und 11 andere Industrieprojekte. Betragsmäßig verteilen sie sich wie folgt :

- 45% des Gesamtbetrags, das sind 22 Millionen Rechnungseinheiten, wurden für Bergbauvorhaben (Kali im Kongo-Brazzaville, Kupfer in Mauretanien, Nickel in Neukaledonien) gewährt;
- 42%, das sind 20,5 Millionen, wurden für Projekte der verarbeitenden Industrie – vor allem für die Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse (14,2 Millionen), jedoch auch für die Herstellung von Düngemitteln, Textilien und Metallerzeugnissen – bereitgestellt;
- die restlichen 13%, das sind 6,4 Millionen, sind für Projekte im Rahmen des Ausbaus der Energiewirtschaft und des Straßenbaus bestimmt.

Die Höhe dieser Darlehen, die fast alle dem industriellen Sektor im weiteren Sinne zugute kommen, vermittelt nur ein unvollständiges Bild von ihrer wirtschaftlichen Bedeutung für die betreffenden Länder, in denen dieser Sektor noch wenig entwickelt ist.

Die Darlehen der Bank haben die Durchführung von Investitionen ermöglicht, die mit etwa 270 Millionen mehr als das Fünffache des Darlehensbetrages ausmachen. Es läßt sich schätzen, daß die Realisierung dieser Projekte :

- die Schaffung von 8.850 Arbeitsplätzen ermöglichen wird;
- die industrielle Wertschöpfung direkt um 67 Millionen Rechnungseinheiten pro Jahr erhöhen wird;
- unter Berücksichtigung der Auslandstransfers eine jährliche Devisenersparnis von ungefähr 40 Millionen zur Folge haben wird;
- nach Ablauf der steuerfreien Anlaufperiode zusätzliche jährliche Haushaltseinnahmen von ungefähr 30 Millionen ermöglichen wird.

SPEZIALDARLEHEN

1. Darlehen in der Türkei

Die Bank hat 1969 im Rahmen ihrer Spezialsektion 6 Darlehen im Gesamtbetrag von 41,7 Millionen Rechnungseinheiten für Investitionsvorhaben in der Türkei genehmigt.

Es handelt sich um folgende Vorhaben :

1. Bau eines Staudamms und eines Wasserkraftwerks in Keban am Euphrat (Ostanatolien) und Bau der Überlandleitungen nach Ankara und Istanbul.
Projektträger : *D.S.I. - Devlet Su Isleri Genel Müdürlüğü (Generaldirektion für Wasserbauanlagen des Staates) und ETIBANK.* 10,0 ⁽¹⁾
2. Durchführung eines Straßenbauprogramms in Istanbul, bestehend aus einer Hängebrücke über den Bosphorus, einer Brücke über das Goldene Horn und einer 19 km langen über diese beiden Brücken führenden Stadtautobahn.
Projektträger : *Karayolları Genel Müdürlüğü (Generaldirektion Straßenbau im Ministerium für öffentliche Arbeiten).* 20,0
3. Errichtung einer Fabrik für die Herstellung von Holzspanplatten und Furnieren in Isparta (Südanatolien).
Projektträger : *ORMA - Orman Mahsulleri Integre Sanayi ve Ticaret A.Ş.* 1,2
4. Errichtung einer Fabrik für synthetischen Kautschuk in Yarımca bei Izmit.
Projektträger : *Petkim - Petrokimya A.Ş.* 9,3
5. Erweiterung einer Kunstfaserfabrik in Bursa (Nord-West-Anatolien).
Projektträger : *SİFAŞ - Sentetik İplik Fabrikaları A.Ş.* 0,4
6. Erhöhung des 1968 für die Finanzierung der kleinen und mittleren Privatindustrie gewährten Globaldarlehens ⁽²⁾ von 3 auf 3,8 Millionen.
Zwischengeschaltetes Finanzierungsinstitut : *T.S.K.B. - Türkiye Sınai Kalkınma Bankası (Türkische Bank für industrielle Entwicklung).* 0,8

(1) Die Bank hatte bereits 1965 für das Projekt Keban ein Darlehen in Höhe von 30 Millionen genehmigt (vgl. Jahresbericht 1965, S. 54-55). Angesichts der Mehrkosten, die sich während der Durchführung des Projektes aufgrund der ungünstigen Baugrundbeschaffenheit ergeben hatten, wurde im Jahre 1969 die Gewährung einer Zusatzfinanzierung beschlossen.

(2) vgl. Jahresbericht 1968, S. 91.

Im folgenden soll etwas näher auf diese Vorhaben eingegangen werden.

Der Bau einer Straßenbrücke über den Bosphorus als Teil der geplanten Stadtautobahn für Istanbul stellt eine technisch und wirtschaftlich sinnvolle Lösung für die Überwindung dieses Verkehrshindernisses dar. Gleichzeitig entspricht dieses Vorhaben den Erfordernissen, die sich aus der raschen Entwicklung des Raums Istanbul ergeben, wo sich ein großer Teil der türkischen Industrie- und Handelstätigkeit konzentriert. Die Finanzierung des Vorhabens erfolgt durch die türkische Regierung mit Hilfe eines internationalen Finanzierungskonsortiums, dessen Tätigkeit von der Bank koordiniert wird und dem außer der Bank die Regierungen Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Großbritanniens und Japans angehören. Von den auf 185 Millionen veranschlagten Kosten des Vorhabens werden 76,8 Millionen durch die so bereitgestellten Auslandskredite gedeckt.

Was das Projekt Keban betrifft, so wurden die Probleme, die durch die Mehrkosten beim Bau des Staudamms und des Kraftwerks aufgetreten sind, von dem seinerzeit gebildeten Finanzierungskonsortium geprüft. Daraufhin haben neben der Bank auch die französische und die italienische Regierung beschlossen, Zusatzkredite (jedes dieser Länder 5 Millionen Rechnungseinheiten) zu gewähren.

Trotz seiner höheren Kosten wird die Realisierung des Projekts nach wie vor von größtem Nutzen für die türkische Wirtschaft sein, und der Preis der in Keban erzeugten Elektrizität kann auch unter den veränderten Gegebenheiten als zufriedenstellend bezeichnet werden.

Eines der von der Bank mitfinanzierten Industrievorhaben wird von einer Unternehmung des öffentlichen Sektors durchgeführt. Es handelt sich um die Fabrik zur Herstellung von Synthese-Kautschuk (Styrol-Butadien-Kautschuk und Cis-Polybutadien-Kautschuk), für den vielfältige Verwendungsmöglichkeiten – insbesondere in der Reifenindustrie – bestehen.

Die anderen Industrievorhaben betreffen Investitionen der Privatwirtschaft. Die Bank hat sich hier, wie bisher, unter Einschaltung der Türkiye Sınai Kalkınma Bankası - T.S.K.B. (Türkische Bank für industrielle Entwicklung) an der Finanzierung beteiligt.

Im Rahmen des der T.S.K.B. gewährten Globaldarlehens für die Finanzierung der kleinen und mittleren Privatindustrie wurde im Berichtsjahr

7 Unternehmungen ein Betrag von insgesamt 2,99 Millionen zugeteilt, dessen Aufgliederung nach Wirtschaftsbereichen in Tabelle 17 dargestellt ist.

Tabelle 17 – GLOBALDARLEHEN (T.S.K.B.)

Aufgliederung des im Jahre 1969 zugeteilten Betrages nach Industriezweigen

Industriezweige	Anzahl der Investitionen	Zugeteilte Beträge in %	
		in Millionen Rechnungseinheiten	des zugeteilten Gesamtbeitrages
Nichteisenmetalle	1	0,49	16,4
Metallverarbeitende Industrie, Maschinenbau	1	0,42	14,0
Elektrotechnische Industrie	1	0,30	10,0
Chemische Industrie	2	0,99	33,1
Nahrungsmittelindustrie	1	0,44	14,7
Sonstige Industriezweige	1	0,35	11,7
Insgesamt	7	2,99	100,0

Die Bank beteiligt sich an der Finanzierung von Investitionsvorhaben in der Türkei für Rechnung der Mitgliedstaaten aufgrund eines Auftrags, den ihr diese im Hinblick auf die Durchführung des Finanzprotokolls zum Assoziierungsabkommen zwischen der EWG und der Türkei erteilt haben.

Nach den Bestimmungen dieses Protokolls, das am 1. Dezember 1964 in Kraft getreten und am 30. November 1969 abgelaufen ist, konnte die Bank der Türkei innerhalb von fünf Jahren Darlehen im Gegenwert von insgesamt 175 Millionen Rechnungseinheiten gewähren. Dieser Betrag wurde innerhalb der vorgesehenen Frist voll ausgeschöpft. Insgesamt wurden 36 Darlehen vergeben, und zwar 8 für Infrastrukturvorhaben und 28 für Investitionsvorhaben, von denen wiederum 4 von Unternehmungen des öffentlichen und 24 von Unternehmungen des privaten Sektors durchgeführt wurden :

- 61% des gesamten Darlehensbetrags – das sind rund 106 Millionen – entfielen auf Infrastrukturvorhaben, wobei die Energiewirtschaft den größten Anteil erhielt und die Bereiche Verkehr und landwirtschaftliche Erschließung an zweiter und dritter Stelle standen;
- die restlichen 39% des Darlehensvolumens – rund 69 Millionen – sind für Investitionsvorhaben bestimmt, und zwar 39 Millionen für Investitionen des öffentlichen Sektors und 30 Millionen für Investitionen der Privatindustrie.

Im einzelnen kamen diese Mittel folgenden Industriezweigen zugute (in der Reihenfolge ihres Anteils am gesamten Darlehensbetrag) : Papier- und Papierstoffherstellung, Chemie, Textilindustrie, Baustoffindustrie, Metallverarbeitung, Glasindustrie, Holzverarbeitung und Reifenindustrie.

Um die Bedeutung der Gemeinschaftshilfe für die Türkei zu veranschaulichen, sei darauf hingewiesen, daß die im Rahmen des genannten Protokolls gewährten Darlehen zur Finanzierung von Investitionen im Gesamtbetrag von etwa 1,1 Milliarden Rechnungseinheiten beigetragen und die Schaffung von mehr als 15.000 neuen Arbeitsplätzen ermöglicht haben.

2. *Darlehen in den assoziierten afrikanischen Staaten und überseeischen Ländern und Gebieten*

Die Bank hat im Berichtsjahr auf Wunsch der Kommission der Europäischen Gemeinschaften wieder mehrere Projekte in den assoziierten afrikanischen Staaten daraufhin geprüft, ob und unter welchen Bedingungen sie durch Darlehen zu Sonderbedingungen aus Mitteln des Europäischen Entwicklungsfonds finanziert werden könnten. Vier Operationen dieser Art von insgesamt 15,0 Millionen, zu denen die Bank eine positive Stellungnahme abgegeben hat, wurden von der Kommission genehmigt. Für zwei dieser Darlehen wurde die Bank bisher von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft mit der Verwaltung beauftragt; sie hat diese Aufträge angenommen. Für die beiden anderen Darlehen werden ihr demnächst entsprechende Mandate erteilt werden.

Es handelt sich um folgende Vorhaben :

*Darlehen zu Sonder-
bedingungen
(Millionen RE)*

Assoziierte afrikanische Staaten und Madagaskar

Demokratische Republik Kongo :

Bau von Hochspannungsleitungen in Ergänzung der Wasserkraftanlagen von Inga.

Projektträger : *Demokratische Republik Kongo.* 9,0

Republik Elfenbeinküste :

Entwicklung des Baumwollanbaus.

Projektträger : *Republik Elfenbeinküste.* 1,7

Republik Gabun :

Bau einer Straße vom Unterlauf des Obiga (Mikongo) zum
Fluß Wagny.

Projektträger : *Republik Gabun.* 2,5

Republik Madagaskar :

Errichtung eines Kühl-Schlachthauses in Tananarivo.

Projektträger : *Republik Madagaskar.* 1,8

Nach dem Zehnjahresplan der Republik Elfenbeinküste ist die Entwicklung des Baumwollanbaus das wichtigste agrarpolitische Ziel im Rahmen der Förderungsmaßnahmen zugunsten des nördlichen Landesteiles. Das genannte Projekt wird einen wertvollen Beitrag zur Diversifizierung der Agrarproduktion und damit zur Verringerung des regionalen Entwicklungsgefälles leisten. In der Demokratischen Republik Kongo ist der Bau von Hochspannungsleitungen in Ergänzung der Wasserkraftanlagen in Inga als ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur Nutzung des vorhandenen kostengünstigen Energiepotentials anzusehen. Der rasch steigende Strombedarf im Raum Kinshasa und im Mündungsgebiet des Kongo kann auf diese Weise gedeckt werden. Darüber hinaus werden von dem Projekt nachhaltige Impulse für die Ansiedlung neuer Industriebetriebe ausgehen.

Für das Straßenbauvorhaben in Gabun, das eine intensivere Nutzung der reichen Holzbestände im Landesinnern ermöglichen wird, hatte die Bank übrigens bereits im Jahre 1968 ein normales Darlehen genehmigt. Die Errichtung eines Schlachthauses in Madagaskar entspricht vor allem hygienischen und sozialen Bedürfnissen; es ermöglicht ferner die Regulierung des Fleischmarktes und könnte auf längere Sicht einen wertvollen Beitrag zur Erhöhung des madagassischen Fleischexports leisten.

* * *

Bis zum Ablauf des ersten Abkommens von Jaunde wurde praktisch der gesamte Betrag ausgeschöpft, der den AASM und den assoziierten überseeischen Ländern und Gebieten in Form von Darlehen zu Sonderbedingungen aus Mitteln des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) gewährt werden sollte. Bei der Prüfung und Verwaltung dieser Darlehen arbeitet die Bank eng mit der Kommission der Europäischen Gemeinschaften zusammen. Bis zum 31. Dezember 1969 hat diese, jeweils nach

positiver Stellungnahme der Bank, 15 derartige Darlehen im Gesamtbetrag von rund 46,3 Millionen Rechnungseinheiten genehmigt. Empfänger dieser Darlehen waren sieben assoziierte afrikanische Staaten (Elfenbeinküste, Kamerun, Kongo-Kinshasa, Gabun, Mauretanien, Zentralafrikanische Republik und Tschad), ferner Madagaskar und zwei überseeische Länder (Neukaledonien und Surinam). Nach Wirtschaftsbereichen verteilen sich diese Darlehen wie folgt :

- 7 Darlehen mit 44,3% des Gesamtbetrages (rund 20,5 Millionen) wurden für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur (Eisenbahnen, Straßen, Häfen) gewährt;
- 1 Darlehen mit 19,5% des Gesamtbetrages (rund 9 Millionen) dient zur Finanzierung eines energiewirtschaftlichen Vorhabens;
- 5 Darlehen mit 30% des Gesamtbetrages (rund 13,9 Millionen) sind für die Landwirtschaft und die Verwertung landwirtschaftlicher Erzeugnisse (Kühl-Schlachthäuser, Ölpalmenpflanzungen, Lager- und Entkernungseinrichtungen für Baumwolle) bestimmt;
- 2 Darlehen schließlich mit 6,2% des Gesamtbetrages (rund 2,9 Millionen) dienen zur Finanzierung von Projekten der verarbeitenden Industrie in küstenfernen Gebieten.

Die Gesamtkosten der Projekte, zu deren Verwirklichung diese 15 Darlehen beitragen, können auf etwa 150 Millionen Rechnungseinheiten geschätzt werden. Durch diese Investitionen werden direkt etwa 7.000 Arbeitsplätze geschaffen.

* * *

GENEHMIGTE DARLEHEN DER BANK IM ZEITRAUM VON 1958 - 1969

Seit ihrer Gründung bis Ende 1969 hat die Bank insgesamt – normale Darlehen und Spezialdarlehen – 280 Darlehen im Gesamtbetrag von 1.584,3 Millionen Rechnungseinheiten genehmigt ⁽¹⁾. Dieser Gesamtbetrag untergliedert sich wie folgt :

- 229 normale Darlehen im Gesamtbetrag von 1.363,0 Millionen Rechnungseinheiten;
- 51 Spezialdarlehen im Gesamtbetrag von 221,3 Millionen.

(1) einschließlich Darlehen zu Sonderbedingungen in Höhe von 46,3 Millionen aus Mitteln des Europäischen Entwicklungsfonds, für welche die Kommission der Europäischen Gemeinschaften nach einer positiven Stellungnahme der Bank einen Finanzierungsbeschluß gefaßt hat.

Der Investitionsaufwand für die so mitfinanzierten Vorhaben beträgt insgesamt fast 7,1 Milliarden; der durchschnittliche Finanzierungsanteil beläuft sich also auf 22 %.

Das Schaubild und die Tabellen auf den folgenden Seiten zeigen die Verteilung der seit Gründung der Bank genehmigten Darlehen nach Art der Darlehen, nach Ländern und nach Wirtschaftsbereichen.

Italien, das mit ungefähr 50 % an der Gesamtzahl und Gesamtsumme der Darlehen beteiligt ist, bleibt nach wie vor der größte Darlehensnehmer. Das entspricht den Zielsetzungen des Italien-Protokolls, das dem EWG-Vertrag als Anhang beigefügt ist und den besonderen Erfordernissen des wirtschaftlichen Entwicklungsstandes in Süditalien. Auf Italien folgen Frankreich (10 % der Darlehen; 16 % des Darlehensbetrages), Deutschland (7 % der Darlehen; 7 % des Darlehensbetrages) und die Benelux-Länder (3 % der Darlehen; 5 % des Darlehensbetrages).

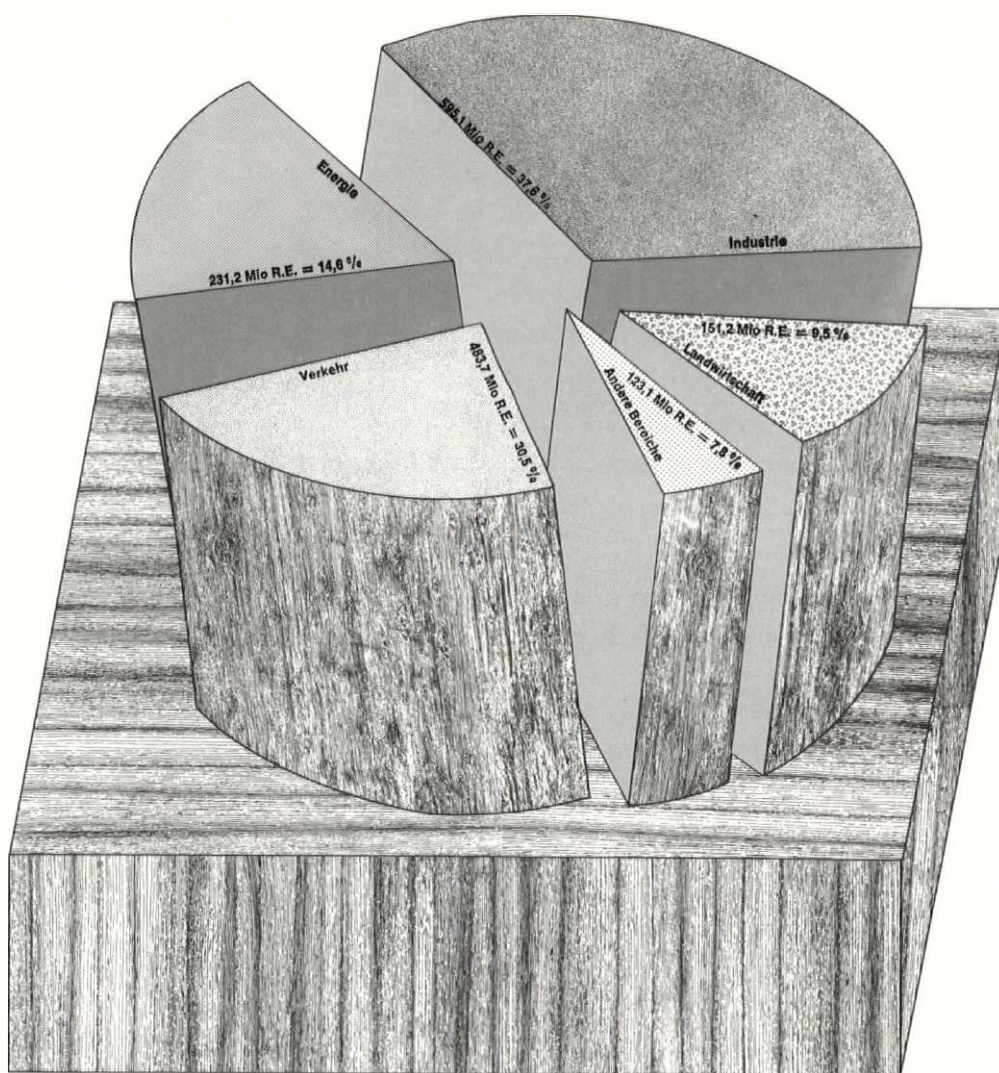
In den assoziierten Ländern hat die Bank bis Ende 1969 82 Darlehen im Gesamtbetrag von 339,4 Millionen Rechnungseinheiten (21 % der gesamten Darlehenssumme) genehmigt ⁽¹⁾.

Über 60 % des gesamten Darlehensbetrages entfallen auf Infrastrukturprojekte, unter denen die Verkehrsprojekte mit 30,5 % an der Spitze stehen. Es folgen die Energieprojekte mit 14,6 %, die Projekte zur Entwicklung der Landwirtschaft mit 9,5 % und die Projekte im Bereich des Fernmeldewesens mit 5,4 %. Besondere Bedeutung kam während der letzten Jahre den Darlehen für Projekte im Bereich der Energiewirtschaft und des Fernmeldewesens zu.

Der Industriebereich erhielt etwa 38 % aller Darlehen. Davon entfielen über die Hälfte auf Darlehen für die chemische Industrie, die metallverarbeitende Industrie sowie die Eisen- und Stahlindustrie, also auf Sektoren, in denen die Projekte im allgemeinen hohe Investitionen und dementsprechend große Darlehensbeträge erfordern.

(1) siehe Fußnote Seite 108.

UNTERGLIEDERUNG DER VON DER BANK GENEHMIGTEN DARLEHEN NACH WIRTSCHAFTSBEREICHEN



Notiz : Genehmigte Darlehen in den Mitgliedsländern und in den Assoziierten Ländern einschliesslich Spezialdarlehen aus Mitteln des EEF, am 31. Dezember 1969.

Tabelle 18 — VERTEILUNG DER BIS ZUM 31. DEZEMBER 1969 GENEHMIGTEN DARLEHEN
NACH DARLEHENSART UND NACH LÄNDERN
(normale Darlehen und Spezialdarlehen)

Land	Anzahl der Vorhaben	Beträge ⁽¹⁾ (Millionen RE)	Anteil des Landes am Gesamtbetrag (in %)
I. NORMALE DARLEHEN			
<i>Mitgliedsländer :</i>			
Belgien	4	36,8	2,3
Deutschland	20	115,1	7,3
Frankreich	28	254,0	16,0
Italien ⁽²⁾	141	798,9	50,4
Luxemburg	2	8,0	0,5
Niederlande	3	32,1	2,0
Mitgliedsländer insgesamt	198	1.244,9	78,6
<i>Assoziierte Länder :</i>			
Griechenland	15	69,2	4,4
AASM-ÜLG	16	48,9	3,0
Kamerun	5	9,5	0,6
Kongo (Brazzaville)	1	9,0	0,6
Elfenbeinküste	4	11,6	0,7
Gabun	3	3,3	0,2
Mauretanien	1	11,0	0,7
Senegal	1	2,4	0,1
Neukaledonien	1	2,0	0,1
Assoziierte Länder insgesamt	31	118,1	7,4
Normale Darlehen insgesamt	229	1.363,0	86,0
II. SPEZIALDARLEHEN			
Türkei ⁽³⁾	36	175,0	11,0
AASM-ÜLG ⁽⁴⁾	15	46,3	3,0
Kamerun	4	14,5	0,9
Kongo (Kinshasa)	1	9,0	0,6
Elfenbeinküste	3	11,3	0,7
Gabun	1	2,5	0,2
Madagaskar	1	1,8	0,1
Mauretanien	1	2,8	0,2
Zentralafrikanische Republik	1	0,2	—
Tschad	1	1,2	0,1
Neukaledonien	1	1,0	0,1
Surinam	1	1,9	0,1
Spezialdarlehen insgesamt	51	221,3	14,0
Normale Darlehen und Spezial- darlehen insgesamt	280	1.584,3	100,0

- (1) Beträge der genehmigten Darlehen :
— einschließlich der Globaldarlehen in Höhe ihres Gesamtbetrages;
— abzüglich der Darlehen — oder der Darlehens-Teilbeträge — die vor der Vertragsunterzeichnung annulliert worden sind;
— in Rechnungseinheiten, umgerechnet auf der Basis der Paritäten, die zum Zeitpunkt der Unterzeichnung der Darlehensverträge galten. Bei noch nicht unterzeichneten Verträgen wurden die zum Zeitpunkt der Genehmigung durch den Verwaltungsrat gültigen Paritäten zugrundegelegt; vgl. Fußnote S. 89;
- (2) Einschließlich der Globaldarlehen : CASSA - ISVEIMER in Höhe von 10,0 Millionen Rechnungseinheiten (am 31. Dezember 1969 waren davon 6,6 Millionen zugeteilt); CASSA - CIS in Höhe von 3,6 Millionen Rechnungseinheiten (am 31. Dezember 1969 noch nichts zugeteilt).
- (3) Einschließlich Globaldarlehen T.S.K.B. in Höhe von 3,77 Millionen Rechnungseinheiten (am 31. Dezember 1969 waren davon 2,99 Millionen zugeteilt).
- (4) Darlehen aus Mitteln des Europäischen Entwicklungsfonds, zu denen die Bank eine positive Stellungnahme abgegeben hat, und für die ein Finanzierungsbeschluß der Kommission der Europäischen Gemeinschaften vorliegt.

Tabelle 19 – VERTEILUNG DER BIS ZUM 31. DEZEMBER 1969 GENEHMIGTEN DARLEHEN
NACH WIRTSCHAFTSBEREICHEN
(normale Darlehen und Spezialdarlehen)

Wirtschaftsbereich	Anzahl der Vorhaben	Beträge ⁽¹⁾ (Millionen RE)	Anteil des Wirtschaftsbereichs am Gesamtbetrag (in %)
ENTWICKLUNG DER LANDWIRTSCHAFT	15	151,2	9,5
ENERGIE	25	231,2	14,6
VERKEHR	40	483,7	30,5
davon :			
– Eisenbahn		130,6	8,2
– Straßen und Brücken		262,4	16,6
– Binnenwasserstraßen		24,0	1,5
– Hafenanlagen		5,6	0,4
– Gasleitungen		61,1	3,8
FERNMELDEWESEN	5	85,1	5,4
WASSERVERSORGUNG UND -VERTEILUNG	2	28,0	1,8
INFRASTRUKTUR DES FREMDENVERKEHRS	1	10,0	0,6
INDUSTRIE	192	595,1	37,6
davon :			
– Bergbau, Steine und Erden		39,2	2,5
– Eisen und Stahl		74,5	4,7
– Nichteisenmetalle		15,1	1,0
– Baustoffe		36,2	2,3
– Glas und Keramik		10,6	0,7
– Papierstoff und Papier		45,8	2,9
– Metallverarbeitende Industrie, Maschinenbau		69,5	4,4
– Elektrotechnische Industrie		7,7	0,5
– Chemie		176,7	11,1
– Kautschukindustrie		11,3	0,7
– Textil- und Bekleidungs- industrie		42,4	2,7
– Lederindustrie		1,8	0,1
– Nahrungsmittelindustrie		52,8	3,3
– Sonstige Industriezweige		3,7	0,2
– Nicht zugeteilter Teil der Globaldarlehen		7,8	0,5
Insgesamt	280	1.584,3	100,0

(1) Vgl. Fußnoten der Tabelle 18.

HERKUNFT UND VERWENDUNG DER MITTEL DER BANK

HERKUNFT DER MITTEL

Die gesamten Mittel der Bank – eingezahltes Kapital, Anleihen und Reserven – beliefen sich am 31. Dezember 1969 auf 1.235,9 Millionen Rechnungseinheiten gegenüber 1.075,1 Millionen am 31. Dezember 1968, was einer Erhöhung um 160,8 Millionen oder 15 % im Laufe des Berichtsjahrs entspricht.

Dieser Anstieg der Mittel der Bank resultiert aus der Zunahme ihrer gesamten Anleihe summe (netto, das heißt nach Abzug der Rückzahlungen) um 146,8 Millionen und der Aufstockung der Rücklagen und Rückstellungen um 14,0 Millionen.

Anleihen

Im Jahre 1969 ist die Anleihetätigkeit der Bank gegenüber dem Vorjahr sowohl der Anzahl der Anleihen als auch dem Gesamtbetrag nach zurückgegangen. Auf der Grundlage der jeweils zum Zeitpunkt des Abschlusses gültigen Paritäten betragen die neu aufgenommenen Mittel brutto 146 Millionen Rechnungseinheiten gegenüber 212,5 Millionen im Jahre 1968.

Tabelle 20 – ANLEIHETÄTIGKEIT DER BANK

<i>Geschäftsjahr</i>	<i>Anzahl</i>	<i>Betrag ⁽¹⁾ (Millionen RE)</i>
1961	3	21,4
1962	2	32,3
1963	3	35,2
1964	5	66,8
1965	4	65,0
1966	6	138,5
1967	8	194,5
1968	13	212,5
1969	9	146,0
1961-1969	53	912,2 ⁽²⁾

(1) Auf der Grundlage der am Tage des Abschlusses gültigen Paritäten.

(2) Bei einer Neuberechnung auf der Grundlage der am 31. Dezember 1969 gültigen Paritäten stellt sich der Gesamtbetrag der im Zeitraum 1961-1969 aufgenommenen Anleihen auf 928,3 Millionen (statt 912,2 Millionen) Rechnungseinheiten.

Den größten Teil der im Jahre 1969 aufgenommenen Mittel beschaffte sich die Bank auf dem deutschen Kapitalmarkt, wo sie sechs Schuldscheindarlehen über insgesamt DM 250 Millionen und zwei öffentliche Anleihen über zusammen DM 220 Millionen plazieren konnte. Die erste öffentliche Anleihe wurde Anfang März aufgelegt, ehe die verstärkte Kapitalnachfrage von seiten ausländischer Emittenten auf dem deutschen Kapitalmarkt zu einer Erhöhung des Nominalzinssatzes von 6 auf 6,5% führte. Die zweite Anleihe wurde Anfang November begeben, als die Kapitalabflüsse im Anschluß an die Aufwertung der Deutschen Mark noch nicht ihr volles Ausmaß erreicht hatten und die Zinssätze während einer sehr kurzen Zeitspanne leicht nachgaben; sie ist mit einer Nominalverzinsung von 7% ausgestattet.

Daß diese verschiedenen Anleiheoperationen unter so günstigen Bedingungen abgeschlossen werden konnten, ist namentlich dem Verständnis und dem Entgegenkommen der deutschen Währungsbehörden zu verdanken. Indem sie der Bank trotz zunehmender Schwierigkeiten bereitwillig Zugang zum deutschen Kapitalmarkt gewährten, ermöglichten sie ihr die Fortsetzung und Ausweitung ihrer Darlehenstätigkeit.

Im Gegensatz zu den Vorjahren konnte die Bank die Märkte der anderen Mitgliedstaaten – namentlich wegen des dort durch die Kapitalmarktspannungen verursachten hohen Zinsniveaus – nicht in Anspruch nehmen.

Hingegen hat die Bank in den letzten Oktobertagen – angesichts des vorübergehenden Liquiditätszuflusses, der unmittelbar nach der Aufwertung der Deutschen Mark auf dem internationalen europäischen Markt der auf Dollar lautenden Schuldverschreibungen zu beobachten war – zum ersten Mal seit Februar 1968 wieder eine Dollar-Anleihe im Betrag von 25 Millionen zum Nominalzinssatz von 7,5% begeben.

Einen Überblick über die im Berichtsjahr ausgegebenen Anleihen gibt die Tabelle 21.

Durch diese verschiedenen Anleihen (146 Millionen Rechnungseinheiten) und unter Berücksichtigung der im Zusammenhang mit den Paritätsänderungen vorgenommenen Adjustierungen (7,4 Millionen Rechnungs-

Tabelle 21 — IM JAHRE 1969 AUSGEGEBENE ANLEIHEN

Aus- gabe- termin	Aus- gabe- land	Art der Anleihe	Wäh- rung	Betrag in Landes- währung (Mil- lionen)	Betrag in RE (Mil- lionen) (1)	Lauf- zeit der Anleihe (2)	Nomi- nal- ver- zinsung	Plazierung
März 1969	BRD	öffent- liche Anleihe	DM	120	30	15 Jahre	6 %	Fest übernommen von deutschem Bankenkonsortium unter Führung der Deutschen Bank AG und der Dresdner Bank AG — Zu 98 % zur öffentlichen Zeichnung angeboten.
Juni 1969	BRD	Schuld- schein- darlehen	DM	30	7,5	15 Jahre	6,5 %	Plaziert bei der Westdeutschen Landesbank Girozentrale, Düsseldorf.
Juni 1969	BRD	Schuld- schein- darlehen	DM	20	5,0	15 Jahre	6,5 %	Plaziert bei einem institutionel- len Anleger.
Juni 1969	BRD	Schuld- schein- darlehen	DM	25	6,25	15 Jahre	6,75 %	Plaziert bei der Rheinischen Hy- pothekenbank, Mannheim.
Juni 1969	BRD	Schuld- schein- darlehen	DM	25	6,25	15 Jahre	6,75 %	Plaziert bei der Frankfurter Hypo- thekenbank, Frankfurt.
Juni 1969	BRD	Schuld- schein- darlehen	DM	100	25	12 Jahre	6,5 %	Plaziert bei der Westdeutschen Landesbank Girozentrale, Düssel- dorf.
Okt. 1969	Luxem- burg	öffent- liche Anleihe	US-\$	25	25	15 Jahre	7,5 %	Fest übernommen von einem Kon- sortium bestehend aus der Banca Commerciale Italiana, Kuhn, Loeb & Co., Crédit Suisse (Bahamas) Ltd. und Banque Internationale à Luxembourg S.A. — Zu 98,5 % zur öffentlichen Zeichnung an- geboten.
Okt. 1969	BRD	Schuld- schein- darlehen	DM	50	13,66	15 Jahre	7 %	Plaziert bei einem institutionel- len Anleger.
Nov. 1969	BRD	öffent- liche Anleihe	DM	100	27,32	15 Jahre	7 %	Fest übernommen von deutschem Bankenkonsortium unter Führung der Deutschen Bank AG und Mitführung der Dresdner Bank AG, Commerzbank AG und Westdeutsche Landesbank Giro- zentrale — Zu 98,5 % zur öffent- lichen Zeichnung angeboten.

(1) auf der Grundlage der am Tage des Abschlusses gültigen Paritäten.

(2) Rückzahlungsmodalitäten vgl. Seiten 124 bis 126.

einheiten) erhöhte sich der Gesamtbetrag der von der Bank aufgenommenen Mittel im Berichtsjahr um 153,4 Millionen. Er betrug am 31. Dezember 1969 928,3 Millionen, gegenüber 774,9 Millionen am 31. Dezember 1968. Nach Abzug der Rückzahlungen belief sich die Nettoverpflichtung der Bank aus aufgenommenen Anleihen am 31. Dezember 1969 auf 876,7 Millionen Rechnungseinheiten, gegenüber 729,9 Millionen am 31. Dezember 1968; das bedeutet eine Zunahme um 146,8 Millionen (vgl. S. 126).

Rücklagen und Rückstellungen

Wie in den Vorjahren hat die Bank die im Laufe des Jahres entstandenen Anleihekosten vollständig über die Gewinn- und Verlustrechnung abgeschrieben. Diese Abschreibungen beliefen sich auf 4,8 Millionen. Der verbleibende Saldo der Gewinn- und Verlustrechnung vor Einstellung in die satzungsmäßige Rücklage und die Rückstellungen betrug 14,0 Millionen, gegenüber 9,7 Millionen im Vorjahr. Die Erhöhung gegenüber 1968 ist auf verschiedene außerordentliche Umstände zurückzuführen: Infolge der ungewöhnlichen Zinshausse auf allen nationalen und internationalen Geldmärkten konnte die Bank bei der Plazierung ihrer liquiden Mittel wesentlich höhere Erträge erzielen. Außerdem führte die DM-Aufwertung zu einer entsprechenden Werterhöhung (in Rechnungseinheiten) der liquiden DM-Bestände der Bank. Durch sie wurden Werteinbußen bei den Frankenguthaben der Bank, die mit der Abwertung des französischen Franken im August 1969 verbunden waren, sogar mit einem kleinen Überschuß ausgeglichen.

Von dem Saldo der Gewinn- und Verlustrechnung wurden 9 Millionen den Rückstellungen und der Rest der satzungsmäßigen Rücklage zugewiesen.

Am 31. Dezember 1969 erreichten die Rücklagen und Rückstellungen insgesamt 109,2 Millionen, wovon 51,2 Millionen auf die satzungsmäßige Rücklage entfielen.

VERWENDUNG DER MITTEL

Am 31. Dezember 1969 erreichte der Betrag der unterzeichneten Darlehensverträge auf der Grundlage der am Tag der Unterzeichnung gültigen Paritäten den Gegenwert von 1.260,1 Millionen Rechnungseinheiten, gegen-

über 996,7 Millionen am 31. Dezember 1968. Nach Abzug der Kursangleichungen bei den noch auszahlenden Beträgen (3,8 Millionen) und des noch nicht für Unterprojekte zugeteilten Teils der Globaldarlehen (7 Millionen Rechnungseinheiten) betrugen die eröffneten Kredite insgesamt 1.249,3 Millionen gegenüber 986,7 Millionen ein Jahr zuvor.

Nach Abzug der Kündigungen und Annullierungen unterzeichneter Darlehensverträge (3,3 Millionen Rechnungseinheiten) sowie der geleisteten Rückzahlungen (109,8 Millionen, davon 31,1 Millionen im Berichtsjahr) und unter Berücksichtigung der Kursangleichungen für die ausgezahlten Beträge (8 Millionen, davon 7,5 Millionen im Berichtsjahr) betrugen die laufenden Darlehen Ende 1969 insgesamt 1.144,2 Millionen Rechnungseinheiten gegenüber 905,2 Millionen am Ende des Vorjahres, was einer Zunahme um mehr als 26% entspricht (vgl. Seite 120).

Die Auszahlungen auf Darlehen beliefen sich im Jahre 1969 auf 221,4 Millionen, verglichen mit 175,7 Millionen im Vorjahr. Der Betrag der ausgezahlten Darlehen erhöhte sich damit bis zum 31. Dezember 1969 auf 896,0 Millionen.

Der auf gewährte Darlehen noch auszahlende Betrag schließlich stieg von 207 Millionen auf 248,2 Millionen.

* * *

Im Bewußtsein ihrer öffentlichen Aufgabe als Entwicklungsbank hat sich die Bank bemüht, die Kostenerhöhung, die sich für sie aus dem schrittweisen Anstieg der Zinssätze auf den Kapitalmärkten ergeben hat, erst möglichst spät auf ihre Darlehensnehmer abzuwälzen. Nichtsdestoweniger war sie aufgrund der Beschleunigung des Zinsauftriebs im zweiten Halbjahr gezwungen, die Zinssätze für ihre normalen Darlehen zweimal anzuheben.

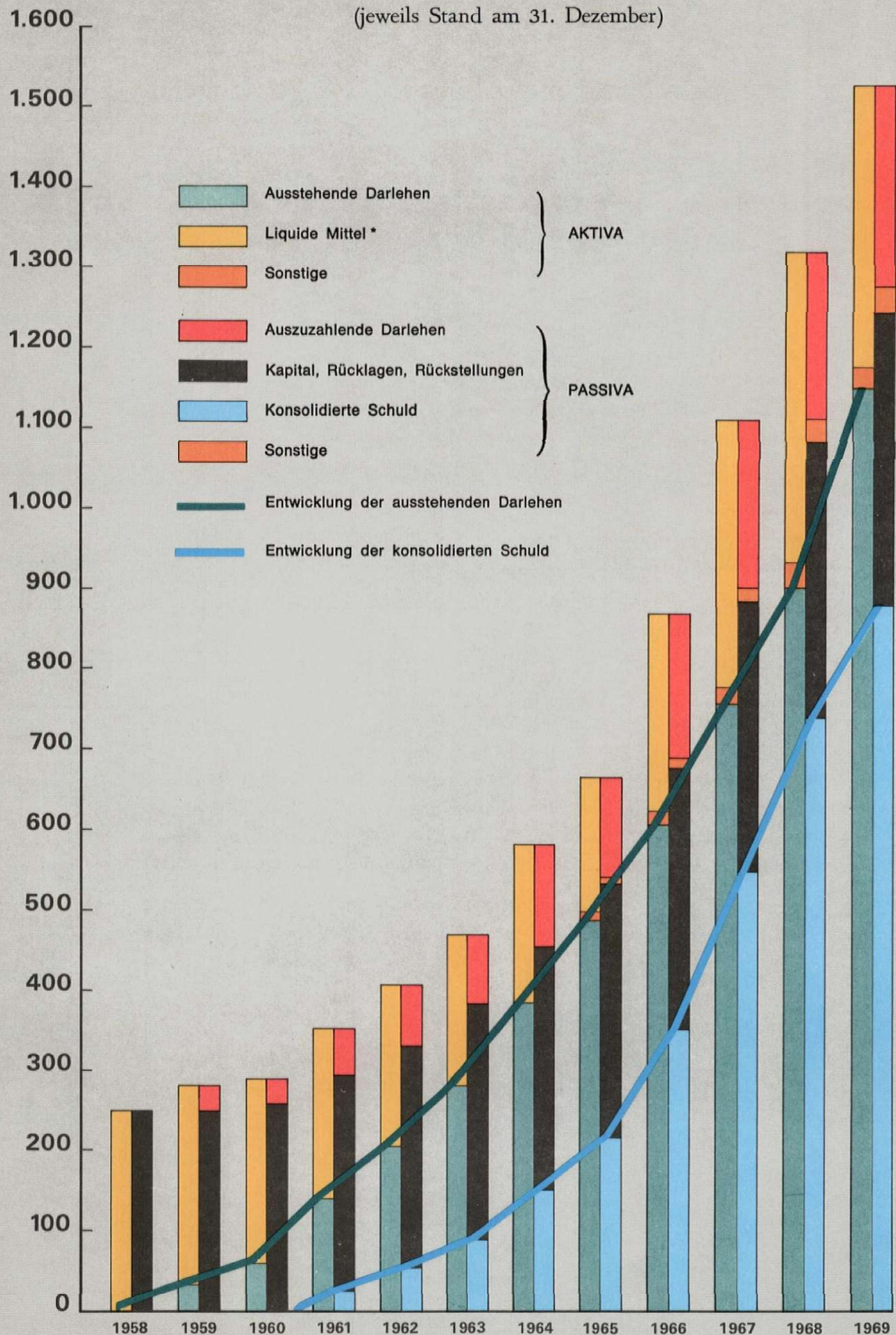
So wurde am 9. Juli der Zinssatz für Darlehen mit einer Laufzeit von höchstens 12 Jahren von 6,5 auf 7% und für Darlehen mit längerer Laufzeit von $6\frac{7}{8}$ auf 7,5% erhöht.

Am 18. Dezember wurde beschlossen, die Zinssätze erneut anzuheben, und zwar für Darlehen mit einer Laufzeit von höchstens 12 Jahren von 7 auf 7,5% und für Darlehen mit einer Laufzeit von mehr als 12 Jahren von 7,5 auf 8%.

Mio R. E.

ENTWICKLUNG DER BILANZ DER BANK

(jeweils Stand am 31. Dezember)



* * Kassenbestand und Bankguthaben *, * Goldguthaben *, * Schatzanweisungen und andere Wertpapiere *, * Forderungen aus zu liefernden Schuldverschreibungen *.

III

ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ UND ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG⁽¹⁾

Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung sind diesem Bericht beigelegt (vgl. Seite 134 und folgende).

Ihre wichtigsten Posten werden nachstehend erläutert.

BILANZ

Die Bilanzsumme zum 31. Dezember 1969 beträgt RE 1.525.561.470.
Am 31. Dezember 1968 belief sie sich auf RE 1.318.808.320.

AKTIVA

*Kassenbestand und Bankguthaben, Goldguthaben, Schatzanweisungen
und andere festverzinsliche Wertpapiere*

Diese drei Posten, die sich auf RE 346.150.490 gegenüber RE 316.765.874
am 31. Dezember 1968 belaufen, setzen sich wie folgt zusammen :

	31. Dezember 1968	31. Dezember 1969
– Kassenbestand und Bankgut- haben	230.183.980	245.685.859
– Goldguthaben	8.669.918	8.686.750
– Schatzanweisungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	77.911.976	91.777.881

Die in dem letzten Posten enthaltenen Schatzanweisungen, Kassen-
obligationen und Schuldverschreibungen im Betrag von RE 61.636.739
wurden mit ihrem Anschaffungswert oder mit ihrem Börsenwert zum
31. Dezember 1969, falls dieser niedriger war, jedoch höchstens mit ihrem
Nominalwert eingesetzt.

(1) Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung der Bank werden in Rechnungseinheiten
auf der Grundlage der am Bilanzstichtag gültigen Paritäten aufgestellt (vgl. Seite 2).

Der letzte Posten umfasst ferner von der Bank zurückgekaufte eigene Schuldverschreibungen, die mit ihrem Einstandspreis von RE 2.609.113 (Nominalwert RE 2.681.316) bilanziert wurden.

Der Gesamtbetrag dieser drei Posten verteilt sich – nach Währungen – wie folgt :

– Währungen der Mitgliedstaaten	RE 222.041.731
– Andere Währungen	RE 115.422.009
– Gold	RE 8.686.750

Die in der obigen Position aufgeführten Werte haben folgende Fälligkeiten :

– Täglich fällig	RE 33.146.257
– bis zu 3 Monaten	RE 158.617.857
– von mehr als 3 bis zu 6 Monaten	RE 60.728.725
– von mehr als 6 bis zu 12 Monaten	RE 39.357.720
– von mehr als 12 Monaten	RE 54.299.931

Ausgleichsforderungen lt. Artikel 7 Absatz 1 der Satzung

Hierbei handelt es sich um die Ausgleichszahlung, die der französische Staat aufgrund der Abwertung des französischen Franken zur Berichtigung seines in Landeswährung eingezahlten Kapitalanteils noch an die Bank zu leisten hat.

Gewährte Darlehen

Die ausgewiesenen RE 1.144.239.909 stellen den Gesamtbetrag der Darlehen dar, für die die Verträge bis zum 31. Dezember 1969 unterzeichnet waren, abzüglich der geleisteten Rückzahlungen, die sich im abgelaufenen Geschäftsjahr auf RE 31.066.366 beliefen, und der Annullierungen. Von diesem Betrag waren am Stichtag RE 895.999.841 an die Darlehensnehmer ausgezahlt.

Die sich aus diesen Auszahlungen ergebenden Forderungen der Bank verteilen sich auf folgende Währungen :

– Währungen der Mitgliedstaaten	RE 694.227.981
– Wahlrecht der Bank zwischen den Währungen der Mitgliedstaaten	RE 24.478.742
– Andere Währungen	RE 177.293.118

Der Gegenposten für die noch auszahlenden Darlehensbeträge, d.h. RE 248.240.068 erscheint unter der Position « Auszahlende Darlehen » auf der Passivseite.

Eine Gegenüberstellung der Zahlen bezüglich der Darlehen ergibt folgendes Bild :

	31. Dezember 1968	31. Dezember 1969
– Ausgezahlte Darlehen	698.164.198	895.999.841
– Auszahlende Darlehen	207.041.418	248.240.068
	<hr/> 905.205.616	<hr/> 1.144.239.909

Die laufenden Darlehen verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Länder :

<i>Land</i>	<i>Ausgezahlt</i>	<i>Auszahlen</i>	<i>Insgesamt</i>
Belgien	19.730.387	10.000.000	29.730.387
Deutschland	102.436.013	3.961.748	106.397.761
Frankreich	173.528.309	41.680.245	215.208.554
Italien	498.156.029	142.640.001	640.796.030
Luxemburg	6.585.936	–	6.585.936
Niederlande	19.349.485	13.121.547	32.471.032
Griechenland	52.353.644	12.349.090	64.702.734
Elfenbeinküste	959.469	10.059.861	11.019.330
Kamerun	5.918.009	3.413.701	9.331.710
Senegal	2.446.623	–	2.446.623
Kongo (Brazzaville)	9.163.398	–	9.163.398
Gabun	853.632	2.388.875	3.242.507
Mauretanien	4.518.907	6.600.000	11.118.907
Neukaledonien	–	2.025.000	2.025.000
	<hr/> 895.999.841	<hr/> 248.240.068	<hr/> 1.144.239.909

Die Aufschlüsselung nach der maßgebenden Form der Besicherung ergibt, daß von dem Gesamtbetrag von RE 1.144.239.909 Darlehen in Höhe von RE 903.749.267 den Mitgliedstaaten gewährt wurden oder durch ihre Bürgschaft besichert sind. Öffentliche Institutionen der Mitgliedstaaten erhielten bzw. verbürgten sich für Darlehen von RE 108.366.377. Die Darlehen, für die assoziierte Staaten Bürgschaft leisten, belaufen sich auf RE 26.040.171, während für die restlichen Darlehen im Betrag von RE 106.084.094 die im langfristigen Kreditgeschäft üblichen Sicherheiten gestellt wurden.

Ein Teil der gewährten Darlehen wurde mehrfach besichert.

Betriebs- und Geschäftsausstattung

Die voll abgeschriebene Betriebs- und Geschäftsausstattung wird in der Bilanz mit einem Merkposten ausgewiesen.

Abzuschreibende Rückzahlungsprämien

Der Betrag von RE 4.595.197 stellt den noch abzuschreibenden Teil der Rückzahlungsprämien auf Anleihen dar. Die Abschreibung erfolgt jährlich während der gesamten Laufzeit der Anleihen.

PASSIVA

Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital beläuft sich auf RE 1.000.000.000, wovon RE 250.000.000 eingezahlt sind und RE 750.000.000 Garantiekapital darstellen.

Satzungsmäßige Rücklage

Die satzungsmäßige Rücklage erhöht sich von RE 46.239.513 zu Beginn des Geschäftsjahres durch Zuführung des Saldos der Gewinn- und Verlustrechnung auf RE 51.255.655.

Rückstellungen

Die Rückstellung für Risiken aus der Gewährung von Darlehen und Garantien erhöht sich von RE 41.000.000 am Ende des vorhergehenden Geschäftsjahres auf RE 47.000.000.

Die Rückstellung für Währungsrisiken, die nicht durch Art. 7 der Satzung gedeckt sind, wurde von RE 2.000.000 auf RE 5.000.000 erhöht, während die Rückstellung für Zinsausgleich auf Anleihen und für Emissionskosten, die am Ende des vorhergehenden Geschäftsjahres RE 6.000.000 betrug, unverändert blieb.

Der Gesamtbetrag der Rückstellungen beläuft sich somit auf RE 58.000.000 gegenüber RE 49.000.000 am Ende des vorhergehenden Geschäftsjahres.

Pensionsfonds der Angestellten

Die hierunter ausgewiesene Betrag beläuft sich auf RE 1.734.362, gegenüber RE 1.405.111 am 31. Dezember 1968.

Ausgleichsverbindlichkeiten lt. Artikel 7 Absatz 2 der Satzung

Der hierunter ausgewiesene Betrag beläuft sich auf RE 3.334.868 gegenüber RE 243.328 am Ende des vorhergehenden Geschäftsjahres. Die Erhöhung ist auf die Ausgleichszahlung zurückzuführen, die aufgrund der im Laufe des Geschäftsjahres erfolgten Aufwertung der Deutschen Mark an die Bundesrepublik Deutschland zur Berichtigung ihres in Landeswährung eingezahlten Kapitalanteils noch zu leisten ist.

Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten

Bei dem Betrag von RE 882.602.510 handelt es sich um die von der Bank aufgenommenen Anleihen und sonstigen Mittel nach dem Stand vom 31. Dezember 1969 und die diesbezüglichen Rückzahlungsprämien.

Die konsolidierte Schuld setzt sich wie folgt zusammen :

		Ausstehender Kapitalbetrag in Landes- währung	in RE	End- fällig- keit	Tilgung
<i>Deutsche Mark</i>		(Mio)			
5 1/2 %	Teilschuldverschreibungen von 1963	60,0	16.393.443	1970	am Ende der Laufzeit.
5 1/2 %	Teilschuldverschreibungen von 1964	80,0	21.857.924	1974	am Ende der Laufzeit.
5-5 1/4 %	Teilschuldverschreibungen von 1964 (Kassenobligationen)	16,8	4.590.165	1971	in 2 annähernd gleichen Jahresraten 1970-1971.
6 1/2 %	Teilschuldverschreibungen von 1967	20,0	5.464.481	1977	bei Endfälligkeit.
6 1/2 %	Schuldscheindarlehen von 1968	100,0	27.322.404	1980	in 10 gleichen Jahresraten 1971-1980.
6 1/2 %	Teilschuldverschreibungen von 1968	100,0	27.322.404	1978	bei Endfälligkeit.
6 1/4 %	Schuldscheindarlehen von 1968	50,0	13.661.202	1974	bei Endfälligkeit.
6 1/2 %	Schuldscheindarlehen von 1968	50,0	13.661.202	1983	in 10 gleichen Jahresraten 1974-1983.
6 3/4 %	Schuldscheindarlehen von 1968	50,0	13.661.202	1983	in 10 gleichen Jahresraten 1974-1983.
6 1/4 %	Schuldscheindarlehen von 1968	25,0	6.830.601	1983	in 10 gleichen Jahresraten 1974-1983.
6 1/4 %	Schuldscheindarlehen von 1968	50,0	13.661.202	1978	bei Endfälligkeit.
6 1/4 %	Schuldscheindarlehen von 1968	25,0	6.830.601	1984	in 6 Jahresraten von je DM 2,0 Mio 1973-1978, einer Jahresrate von DM 3,0 Mio 1979 und 5 Jahresraten von je DM 2,0 Mio 1980-1984.
6 1/2 %	Schuldscheindarlehen von 1968	100,0	27.322.404	1984	in 10 gleichen Jahresraten 1975-1984.
6 %	Teilschuldverschreibungen von 1969	120,0	32.786.886	1984	in 10 gleichen Jahresraten 1975-1984.
6 3/4 %	Schuldscheindarlehen von 1969	25,0	6.830.601	1984	in 10 gleichen Jahresraten 1975-1984.
6 3/4 %	Schuldscheindarlehen von 1969	25,0	6.830.601	1984	in 10 gleichen Jahresraten 1975-1984.
6 1/2 %	Schuldscheindarlehen von 1969	30,0	8.196.721	1984	in 10 gleichen Jahresraten 1975-1984.
6 1/2 %	Schuldscheindarlehen von 1969	20,0	5.464.481	1984	in 10 gleichen Jahresraten 1975-1984.
6 1/2 %	Schuldscheindarlehen von 1969	100,0	27.322.404	1981	in 10 gleichen Jahresraten 1972-1981.
7 %	Teilschuldverschreibungen von 1969	100,0	27.322.404	1984	in 10 gleichen Jahresraten 1975-1984.
7 %	Schuldscheindarlehen von 1969	50,0	13.661.202	1984	in 10 gleichen Jahresraten 1975-1984.
		<u>DM 1.196,8</u>	<u>326.994.535</u>		
<i>Französische Franken</i>		(Mio)			
5 %	Teilschuldverschreibungen von 1963	45,0	8.101.991	1983	jede Teilschuldverschreibung jeweils zu einem Drittel 1973 1978 und 1983.
6 1/4 %	Teilschuldverschreibungen von 1966	160,0	28.807.081	1981	in 4 gleichen Dreijahresraten 1972-1981 mit steigender Rückzahlungsprämie.
6 1/4 %	Teilschuldverschreibungen von 1967	200,0	36.008.851	1985	in 6 annähernd gleichen Dreijahresraten 1970-1985 zu steigenden Rückzahlungskursen.
		<u>FF 405,0</u>	<u>72.917.923</u>		
	Rückzahlungsprämien		<u>5.905.488</u>		
			<u>78.823.411</u>		

* in Kapital und Zinsen

		Ausstehender Kapitalbetrag in Landes- währung	in RE	End- fällig- keit	Tilgung
<i>Italienische Lire</i>		(Mrd)			
5 %	Teilschuldverschreibungen von 1962	15,0	24.000.000	1977	am Ende der Laufzeit.
6 %	Teilschuldverschreibungen von 1965	14,469	23.150.400	1985	in 16 Annuitäten * 1970-1985.
6 %	Teilschuldverschreibungen von 1966	15,0	24.000.000	1986	in 17 Annuitäten * 1970-1986.
6 %	Teilschuldverschreibungen von 1966	15,0	24.000.000	1986	in 15 gleichen Jahresraten 1972-1986.
6 %	Teilschuldverschreibungen von 1967	15,0	24.000.000	1987	in 17 Annuitäten * 1971-1987.
6 %	Teilschuldverschreibungen von 1968	15,0	24.000.000	1988	in 17 Annuitäten * 1972-1988.
		Lit.	89,469	143.150.400	
<i>Belgische Franken</i>		(Mio)			
6 %	Teilschuldverschreibungen von 1963	388,8	7.776.000	1987	in 18 Annuitäten * 1970-1987.
6 1/2 %	Teilschuldverschreibungen von 1965	457,5	9.150.000	1977	in 8 Annuitäten * 1970-1977.
7 %	Teilschuldverschreibungen von 1966	500,0	10.000.000	1978	in 6 Jahresraten von bfr. 30 Mio 1972-1977 und einer Jahresrate von bfr. 320 Mio am Ende der Laufzeit.
7 %	Teilschuldverschreibungen von 1967	750,0	15.000.000	1982	in 5 Jahresraten zu je bfr. 22,5 Mio 1973-1977, 4 Jahresraten von je bfr. 37,5 Mio 1978-1981 und einer Jahresrate von bfr. 487,5 Mio am Ende der Laufzeit.
6 3/4 %	Teilschuldverschreibungen von 1968	750,0	15.000.000	1982	in 8 Jahresraten zu je bfr. 37,5 Mio 1974-1981 und einer Jahresrate von bfr. 450,0 Mio am Ende der Laufzeit.
		bfr.	2.846,3	56.926.000	
<i>Holländische Gulden</i>		(Mio)			
4 1/2 %	Teilschuldverschreibungen von 1961	39,95	11.035.911	1981	in 12 gleichen Jahresraten von 1970-1981.
4 3/4 %	Teilschuldverschreibungen von 1962	30,0	8.287.293	1982	in 10 gleichen Jahresraten von 1973-1982.
5 3/4 %	Teilschuldverschreibungen von 1964	30,0	8.287.293	1984	in 10 gleichen Jahresraten 1975-1984.
5 3/4 %	Teilschuldverschreibungen von 1965	40,0	11.049.724	1990	in 15 annähernd gleichen Jahresraten 1976-1990.
6 3/4 %	Teilschuldverschreibungen von 1968	40,0	11.049.724	1988	in 10 gleichen Jahresraten 1979-1988.
		hfl	179,95	49.709.945	
<i>Luxemburgische Franken</i>		(Mio)			
5 %	Bankkredit von 1964	Luxfr. 37,41	748.219	1974	in 5 Annuitäten * 1970-1974.

* in Kapital und Zinsen

		Ausstehender Kapitalbetrag		End-	Tilgung
		in Landes- währung	in RE	fällig- keit	
USA-Dollar		(Mio)			
5 1/2 %	Teilschuldverschreibungen von 1964	25,0	25.000.000	1984	in 15 annähernd gleichen Jahresraten 1970-1984.
6 %	Teilschuldverschreibungen von 1965	20,0	20.000.000	1985	in 15 annähernd gleichen Jahresraten 1971-1985.
6 1/2 %	Teilschuldverschreibungen von 1966	21,25	21.250.000	1976	in 7 steigenden Jahresraten 1970-1976.
6 1/2 %	Teilschuldverschreibungen von 1966	15,0	15.000.000	1986	in 15 gleichen Jahresraten 1972-1986.
6 1/2 %	Teilschuldverschreibungen von 1967	25,0	25.000.000	1982	in 5 Jahresraten von je US-\$ 1,25 Mio 1973-1977 und 5 Jahresraten von je US-\$ 3,75 Mio 1978-1982.
6 1/2 %	Teilschuldverschreibungen von 1967	25,0	25.000.000	1987	in 15 annähernd gleichen Jahresraten 1973-1987.
6 %	Teilschuldverschreibungen von 1967	20,0	20.000.000	1972	bei Endfälligkeit.
6 1/2 %	Teilschuldverschreibungen von 1967	25,0	25.000.000	1982	in 5 Jahresraten von je US-\$ 1,25 Mio 1973-1977 und 5 Jahresraten von je US-\$ 3,75 Mio 1978-1982.
6 3/4 %	Teilschuldverschreibungen von 1968	25,0	25.000.000	1980	in 8 Jahresraten von je US-\$ 1,0 Mio 1971-1978 und 2 Jahresraten von je US-\$ 8,5 Mio 1979-1980.
7 1/2 %	Teilschuldverschreibungen von 1969	25,0	25.000.000	1984	in 8 gleichen Jahresraten von je US-\$ 0,5 Mio 1972-1979 und 5 gleichen Jahresraten von je US-\$ 4,2 Mio 1980-1984.
		US-\$ 226,25	226.250.000		
		Gesamtbetrag	882.602.510		

Die konsolidierte Schuld der Bank in den einzelnen Währungen hat sich wie folgt entwickelt (in RE) :

	Verbind- lichkeiten am 31. Dezember 1968	Veränderungen im Berichtsjahr			Verbind- lichkeiten am 31. Dezember 1969
		Anleihen	Tilgung	Kurs- angleichungen	
in DM	183.775.000	+ 128.415.299	- 2.075.000	+ 16.879.236	326.994.535
in FF	90.134.615	—	8.101.988	- 9.114.704	72.917.923
in Lit.	144.000.000	—	849.600	—	143.150.400
in bfr.	58.000.000	—	1.074.000	—	56.926.000
in hfl.	50.635.359	—	925.414	—	49.709.945
in Luxfr.	877.180	—	128.961	—	748.219
in US-\$	202.500.000	25.000.000	1.250.000	—	226.250.000
Insgesamt	729.922.154	153.415.299	14.404.963	+ 7.764.532	876.697.022
Rückzahlungs- prämien	6.886.730	—	243.060	- 738.182	5.905.488
	736.808.884	153.415.299	14.648.023	+ 7.026.350	882.602.510

Sonstige Passiva

Dieser Posten von RE 4.409.837 betrifft verschiedene am Ende des Geschäftsjahres noch nicht fällige Verbindlichkeiten, später fällig werdende, bereits begründete oder vorgesehene Verbindlichkeiten für Verwaltungsaufwendungen sowie sonstige Verbindlichkeiten.

PRO-MEMORIA-KONTEN

Forderungen aus zu liefernden Schuldverschreibungen

Der Betrag von RE 16,4 Millionen stellt den Gegenwert von nominal DM 60 Millionen 6 1/2%igen Schuldverschreibungen von 1967 mit einer Laufzeit von 10 Jahren dar, die im Rahmen einer bei der Bundesrepublik Deutschland im Zusammenhang mit deren Beitrag zur Finanzhilfe für Griechenland aufgenommenen Anleihe von DM 80 Millionen ausgegeben werden sollen.

Gewährte, aber noch nicht zugeteilte Globaldarlehen

Bei diesem Betrag handelt es sich um den Gegenwert der Globaldarlehen für die Finanzierung der kleinen und mittleren Industrie in Italien, für die die Verträge bereits unterzeichnet sind. Die zugeteilten Beträge werden von dieser Position in Abzug gebracht und in der Bilanz unter « Gewährte Darlehen » ausgewiesen.

SPEZIALSEKTION

Der Posten von RE 197.423.592 stellt den Gesamtbetrag der von der Bank bis 31. Dezember 1969 im Rahmen der Spezialsektion unterzeichneten Darlehensverträge dar, und zwar :

- | | | |
|----|--|----------------|
| a) | für die Finanzierung von Vorhaben in der Türkei
für Rechnung und im Auftrag der Mitgliedsländer | RE 163.890.476 |
| b) | für die Finanzierung von Vorhaben in den assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar (AASM) sowie den assoziierten überseeischen Ländern und Gebieten (ÜLG) für Rechnung und im Auftrag der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft | RE 33.533.116 |

Von diesen Beträgen sind RE 93.962.241 bzw. RE 3.159.091 ausgezahlt.

Der Posten « Noch nicht zugeteilter Betrag eines Globaldarlehens » in Höhe von RE 780.339 bezieht sich auf ein Globaldarlehen zur Finanzierung der kleinen und mittleren Industrie in der Türkei.

Der Status der Spezialsektion ist dem vorliegenden Bericht beigelegt (S. 138).

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

AUFWENDUNGEN

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen beliefen sich auf RE 3.764.630 gegenüber RE 3.212.116 im vorhergehenden Geschäftsjahr.

Sie verteilen sich auf :

– Ausgaben für das Personal	RE	2.568.783
– Allgemeine Unkosten und Rückstellungen für etwaige sonstige Aufwendungen	RE	1.195.847

Die Erhöhung der Ausgaben für das Personal ist im wesentlichen auf die im Jahre 1969 erfolgte Angleichung der Gehälter entsprechend der im vorhergehenden Jahr eingetretenen Erhöhung der Lebenshaltungskosten, auf die Erweiterung des Personalbestands und auf die vertraglich festgelegten Gehaltserhöhungen zurückzuführen.

Das Personal der Bank bestand am 31. Dezember 1969 aus 183 Personen, wovon 118 auf Übersetzungsdienst, allgemeinen Geschäftsbetrieb, Materialverwaltung und Instandhaltung entfielen.

Anleihezinsen und -kosten

In diesem Posten von RE 54.517.828 sind die Anleihezinsen und sonstigen Zinsaufwendungen sowie die mit dem Anleihegeschäft in Zusammenhang stehenden Kosten und anderen Lasten, die über die Gewinn- und Verlustrechnung abgeschrieben wurden, erfaßt.

Provisionen und Wertberichtigungen

Der ausgewiesene Betrag von RE 584.751 betrifft fast ausschließlich Wertberichtigungen des Wertpapierbestandes.

Abschreibung der Nettoaufwendungen für Betriebs- und Geschäftsausstattung

Die Nettoaufwendungen für Betriebs- und Geschäftsausstattung haben im abgelaufenen Geschäftsjahr RE 37.961 gegenüber RE 62.125 im Jahre 1968 betragen. Sie wurden wiederum in voller Höhe abgeschrieben.

ERTRÄGE

Zinsen und Provisionen auf Darlehen

Dieser Posten beläuft sich auf RE 48.172.338 gegenüber RE 37.824.683 im Vorjahr. In dieser Erhöhung kommt die Zunahme der auf die gewährten Darlehen ausgezahlten Beträge zum Ausdruck.

Zinsen und Provisionen auf Geldanlagen

Die sich aus der Anlage flüssiger Mittel ergebenden Erträge betrugen RE 24.078.209 gegenüber RE 18.651.681 im vorhergehenden Geschäftsjahr.

Verwaltungsprovisionen

Im Berichtsjahr hat die Bank für die Verwaltung von Darlehen für Rechnung und im Auftrag der Mitgliedstaaten und der EWG Provisionen in Höhe von RE 187.996 vereinnahmt. In den Vorjahren waren diese Vergütungen in der Position « Sonstige Erträge » enthalten.

Nettoertrag aufgrund der Paritätsänderung der Deutschen Mark und des französischen Franken

Der Betrag von RE 429.769 ist die Differenz zwischen dem Verlust von RE 2.305.139, der sich für die Bank aus der Abwertung des französischen Franken am 11. August 1969 ergeben hat, und dem durch die Aufwertung der Deutschen Mark am 27. Oktober 1969 entstandenen Gewinn von RE 2.734.908.

IV

LEITUNG DER BANK

In der Zusammensetzung des Verwaltungsrates haben sich Änderungen ergeben.

Die Herren GIROLAMO TROTTA und MICHEL ALBERT haben ihren Rücktritt erklärt, da sie neue Aufgaben übernommen haben.

Als Nachfolger von Herrn TROTTA hat der Rat der Gouverneure Herrn UGO MORABITO zum Stellvertreter von Herrn STEFNAO SIGLIANTI bestellt.

Wir danken den Herren TROTTA und ALBERT für ihre wertvolle und sachkundige Mitarbeit.

Zwei Mitglieder des Prüfungsausschusses, Herr RENÉ BRESSON, der turnusmäßig die Präsidentschaft innehatte, und Herr ADRIAAN MARIE DE JONG, sind im Jahre 1969 verstorben.

Die Bank empfindet schmerzlich den Verlust dieser Persönlichkeiten, die ihr seit Bestehen ihre große Erfahrung und ihr umfassendes Wissen zur Verfügung gestellt haben.

Zu ihren Nachfolgern hat der Rat der Gouverneure Herrn ROGER LÉONARD und Herrn EMILE RAUS ernannt.

* * *

Luxemburg, den 28. April 1970.

Der Präsident des Verwaltungsrates
PARIDE FORMENTINI

BILANZ UND GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

PRÜFUNGSVERMERK DER ABSCHLUSSPRÜFER PRICE WATERHOUSE & Co.

Rue Ravenstein 60

B - 1000 Brüssel

An den Präsidenten der
EUROPÄISCHEN INVESTITIONSBANK
LUXEMBURG

Wir haben die Bilanz der Europäischen Investitionsbank zum 31. Dezember 1969 und die dazugehörige Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1969 geprüft. Unsere Prüfung wurde nach den im Prüfungswesen allgemein anerkannten Grundsätzen durchgeführt und umfaßte die Prüfungshandlungen hinsichtlich der Unterlagen des Rechnungswesens und die anderen Prüfungsmaßnahmen, die wir unter den gegebenen Umständen für erforderlich hielten.

Der Wertpapierbestand der Bank umfaßt a) Schatzanweisungen, Kassenobligationen und Schuldverschreibungen zum Anschaffungswert oder niedrigeren Marktwert, jedoch höchstens zu ihrem Nominal- oder Rückzahlungswert, im Betrag von RE 61.636.739, b) eigene Schuldverschreibungen zum Rückkaufswert im Betrag von RE 2.609.113 und c) Wechsel und Bankakzepte im Nominalbetrag von RE 27.532.029.

Wir sind der Ansicht, daß die beigelegte Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung mit den ergänzenden Angaben im vorhergehenden Absatz die finanzielle Lage der Europäischen Investitionsbank zum 31. Dezember 1969 und die Ergebnisse ihrer Geschäftstätigkeit für das Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit allgemein anerkannten und im Vergleich zum Vorjahr unverändert angewandten Grundsätzen der Rechnungslegung angemessen wiedergeben.

Den 12. März 1970.

PRICE WATERHOUSE & Co

BILANZ ZUM 31.

(in Rechnungseinheiten zu 0,88867088 g

Die Konten der Bank werden unter Anwendung

1 RE = 50 bfs. = 3,66 DM = 5,55419 FF = 625 Lit.

AKTIVA

KASSENBESTAND UND BANKGUTHABEN

täglich fällig oder mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr .	237.298.618
mit einer Laufzeit über ein Jahr	8.387.241

245.685.859

GOLDGUTHABEN

8.686.750

SCHATZANWEISUNGEN UND ANDERE WERTPAPIERE

mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr	45.865.190
mit einer Laufzeit über ein Jahr	45.912.691

91.777.881

AUSGLEICHSFORDERUNGEN LT. ARTIKEL 7 ABS. 1 DER SATZUNG.

2.061.539

GEWÄHRTE DARLEHEN

davon

ausgezahlt	895.999.841
noch auszuzahlen	248.240.068

1.144.239.909

BETRIEBS- UND GESCHÄFTSAUSSTATTUNG

1

ZU ERHALTENDE ZINSEN UND PROVISIONEN

19.311.076

ABZUSCHREIBENDE RÜCKZAHLUNGSPRÄMIEN

4.595.197

SONDERDEPOTS FÜR DIE BEDIENUNG VON ANLEIHEN . . .

8.674.197

SONSTIGE AKTIVA

529.061

Summe der Aktiva : RE

1.525.561.470

PRO-MEMORIA-

FORDERUNGEN AUS ZU LIEFERNDEN SCHULDVERSCHREIBUNGEN . . 16.393.443

GEWÄHRTE ABER NOCH NICHT ZUGETEILTE GLOBALDARLEHEN . . . 7.000.000

SPEZIALSEKTION

Für Rechnung und im Auftrag Dritter gewährte

(davon ausgezahlt : RE

noch auszuzahlen : RE

Noch nicht zugeteilter Betrag eines Globaldarlehens

DEZEMBER 1969

Feingold – Artikel 4 der Satzung)
folgender Umrechnungskurse geführt :
= 50 Luxfr. = 3,62 hfl. = 1 US \$ = 4,37382 sfr.

		PASSIVA
GEZEICHNETES KAPITAL.	1.000.000.000	
davon gem. Artikel 5 Abs. 1 der Satzung einbezahlt . .		250.000.000
SATZUNGSMÄSSIGE RÜCKLAGE.		51.255.655
RÜCKSTELLUNGEN		
– für Risiken aus der Gewährung von Darlehen und Garantien	47.000.000	
– für Zinsausgleich auf Anleihen und für Emissionskosten . .	6.000.000	
– für Währungsrisiken, die nicht durch Art. 7 der Satzung gedeckt sind	5.000.000	
		58.000.000
PENSIONS FONDS DER ANGESTELLTEN		1.734.362
AUSGLEICH VERBINDLICHKEITEN LT. ARTIKEL 7 ABS. 2 DER SATZUNG.		3.334.868
MITTEL- UND LANGFRISTIGE VERBINDLICHKEITEN	876.697.023	
RÜCKZAHLUNGSPRÄMIEN.	5.905.487	
		882.602.510
AUSZUZAHLLENDE DARLEHEN.		248.240.068
IM VORAUS ERHALTENE BZW. ANTEILIGE ZINSEN UND PROVISIONEN.		17.309.973
FÄLLIGE ABER NOCH NICHT EINGELÖSTE ZINSSCHEINE UND SCHULDVERSCHREIBUNGEN.		8.674.197
SONSTIGE PASSIVA.		4.409.837
		1.525.561.470
Summe der Passiva : RE		

KONTEN

ZU LIEFERNDE SCHULDVERSCHREIBUNGEN	16.393.443
VERPFLICHTUNGEN AUS GEWÄHRTEN ABER NOCH NICHT ZUGETEILTEN GLOBALDARLEHEN.	7.000.000

Darlehen . RE	197.423.592
97.121.332	
100.302.260)	
. RE	780.339

GEWINN- UND VERLUST

(in Rechnungseinheiten zu 0,88867088 g

AUFWENDUNGEN

VERWALTUNGSaufWENDUNGEN	3.764.630
ZINSEN UND ANLEIHEKOSTEN	54.517.828
PROVISIONEN UND WERTBERICHTIGUNGEN	584.751
ABSCHREIBUNG DER NETTOaufWENDUNGEN FÜR BETRIEBS- UND GESCHÄFTSAUSSTATTUNG	37.961
ZUWEISUNG AN RÜCKSTELLUNG FÜR RISIKEN AUS DER GEWÄHRUNG VON DARLEHEN UND GARANTIEN.	6.000.000
RÜCKSTELLUNG FÜR WÄHRUNGSRISIKEN, DIE NICHT DURCH ARTIKEL 7 DER SATZUNG GEDECKT SIND	3.000.000
DER SATZUNGSMÄSSIGEN RÜCKLAGE ZUGEWIESENER SALDO	5.016.142
<i>Summe : RE</i>	72.921.312

RECHNUNG FÜR DAS JAHR 1969

Feingold – Artikel 4 der Satzung)

ERTRÄGE

ZINSEN UND PROVISIONEN AUF DARLEHEN	48.172.338
ZINSEN UND PROVISIONEN AUF GELDANLAGEN	24.078.209
VERWALTUNGSPROVISIONEN	187.996
KURSDIFFERENZEN	53.000
NETTOERTRAG AUFGRUND DER PARITÄTSÄNDERUNG DER DEUTSCHEN MARK UND DES FRANZÖSISCHEN FRANKEN	429.769
Summe : RE	72.921.312

STATUS DER SPEZIALSEKTION

(in Rechnungseinheiten zu

AKTIVA

(I) TÜRKEI		
VON DEN MITGLIEDSLÄNDERN ZU ERHALTENDE BETRÄGE		
für gewährte Darlehen		69.928.235
GEWÄHRTE DARLEHEN		
davon		
ausgezahlt	93.962.241	
noch auszusahlen	69.928.235	
		163.890.476
VON DEN MITGLIEDSLÄNDERN FÜR EIN GEWÄHRTES ABER NOCH NICHT ZUGETEILTES GLOBALDARLEHEN ZU ERHALTENDER BETRAG		233.818.711
		780.339
	Summe Türkei	234.599.050
(II) ASSOZIIERTE AFRIKANISCHE STAATEN UND MADAGASKAR, ASSOZIIERTE ÜBERSEEISCHE LÄNDER UND GEBIETE		
VON DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT ZU ERHALTENDE BETRÄGE		
für gewährte Darlehen	30.374.025	
GEWÄHRTE DARLEHEN		
davon		
ausgezahlt	3.159.091	
noch auszusahlen	30.374.025	
	33.533.116	
	Summe A.A.S.M./Ü.L.G.	63.907.141
	Gesamtsumme : RE	298.506.191

ZUM 31. DEZEMBER 1969

0,88867088 g Feingold)

PASSIVA

(I) TÜRKEI	
MITGLIEDSLÄNDER	163.890.476
AUSZUZAHLENDE DARLEHEN.	69.928.235
	<hr/>
	233.818.711
MITGLIEDSLÄNDER FÜR EIN GEWÄHRTES ABER NOCH NICHT ZU- GETEILTES GLOBALDARLEHEN	780.339
	<hr/>
Summe Türkei	234.599.050
(II) ASSOZIIERTE AFRIKANISCHE STAATEN UND MADAGASKAR, ASSOZIIERTE ÜBERSEEISCHE LÄNDER UND GEBIETE	
EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT	33.533.116
AUSZUZAHLENDE DARLEHEN.	30.374.025
	<hr/>
Summe A.A.S.M./Ü.L.G.	63.907.141
	<hr/>
Gesamtsumme : RE	298.506.191
	<hr/> <hr/>

ERKLÄRUNG DES PRÜFUNGSAUSSCHUSSES

Der Ausschuß, der gemäss Art. 14 der Satzung und Art. 25 der Geschäftsordnung der Europäischen Investitionsbank zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit ihrer Geschäfte und ihrer Bücher eingesetzt wurde,

unter Bezugnahme auf den Jahresbericht 1969 sowie auf die Bilanz der Bank zum 31. Dezember 1969 und die Gewinn- und Verlustrechnung für das an dem letztgenannten Tag abgeschlossene Geschäftsjahr, wie sie von dem Verwaltungsrat in seiner Sitzung vom 28. April 1970 festgestellt wurden,

unter Bezugnahme auf die Artikel 22, 23 und 24 der Geschäftsordnung,

bestätigt hiermit :

daß die Geschäfte der Bank während des Geschäftsjahres 1969 entsprechend den in der Satzung und der Geschäftsordnung festgelegten Formalitäten und Verfahrensvorschriften durchgeführt wurden,

daß die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung mit den Büchern der Bank übereinstimmen, und daß sie sowohl auf der Aktiv- als auch auf der Passivseite die Vermögenslage der Bank genau wiedergeben.

Luxemburg, den 12. Mai 1970.

Der Prüfungsausschuß

K. BERNARD

E. RAUS

R. LÉONARD

DIE EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK UND DIE GRENZREGIONEN ⁽¹⁾

Unter den verschiedenen Kriterien, nach denen sich das Europa der Sechszehn in eine Vielzahl von Regionen aufteilen läßt, nimmt jenes einen besonderen Platz ein, das sich an den Begriff der Grenze knüpft. Wie die weiter hinten in diesem Kapitel eingefügte Karte zeigt, liegen die meisten großen Verwaltungsregionen in der Gemeinschaft – ausgenommen die zentralen Gebiete Frankreichs und, in geringerem Maße, der Bundesrepublik Deutschland – an Grenzen: entweder an Binnengrenzen zwischen Mitgliedsländern oder an Außengrenzen der Gemeinschaft. Bei letzteren ist noch zwischen «traditionellen» historischen Grenzen, ferner solchen, die eine Folge des Zweiten Weltkriegs sind und zur Entstehung der «Ostrandgebiete» geführt haben, und schließlich den Küstengrenzen zu unterscheiden.

Unter den entsprechenden vier Kategorien von Grenzgebieten weisen die Binnengrenzregionen und die Ostrandgebiete in einer besonderen Hinsicht gemeinsame Merkmale auf: Ihre Beziehungen zu den jeweils auf der anderen Seite liegenden Gebieten haben sich in unmittelbarer Folge von Entscheidungen, die auf institutioneller Ebene gefällt wurden, tiefgreifend gewandelt – einmal durch die Schaffung des Gemeinsamen Marktes, zum anderen schon im Zuge der Ereignisse der ersten Nachkriegszeit. In beiden Fällen wurden Faktoren geändert, die sowohl die Güterströme als auch die Entschlüsse über die Standorte der Wirtschaftseinheiten, die Pendel- und Wanderungsbewegungen der Bevölkerung und die Kapitalflüsse bestimmen.

Im Falle der Binnengrenzregionen führte die Schaffung einer direkteren Verbindung zwischen den Volkswirtschaften dazu, daß die Probleme unter einer neuen Perspektive durchdacht werden mußten, die sich aus der Erweiterung des Marktes, aus dem schärferen Wettbewerb und aus der größeren Beweglichkeit der Produktionsfaktoren, aber oft auch aus gewissen Schwierigkeiten ergab, die aufgrund mangelnder Harmonisierung oder sonstiger

(1) Diese Studie ist als ein erster Versuch zu verstehen, zusammenfassend – und im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Bank – ein Thema zu behandeln, dessen Bedeutung im Rahmen der Gemeinschaft evident geworden ist. Die Analyse soll in einer zukünftigen Studie vertieft werden, sobald die statistischen Angaben über die betreffenden Gebiete vollständiger zur Verfügung stehen, vor allem aber wenn die Darlehen der Bank in diesen Regionen häufiger und damit «dichter» geworden und ihre Wirkungen auf die regionale Wirtschaft nach der Fertigstellung einer genügend großen Zahl mitfinanzierter Investitionen besser zu beurteilen sein werden.

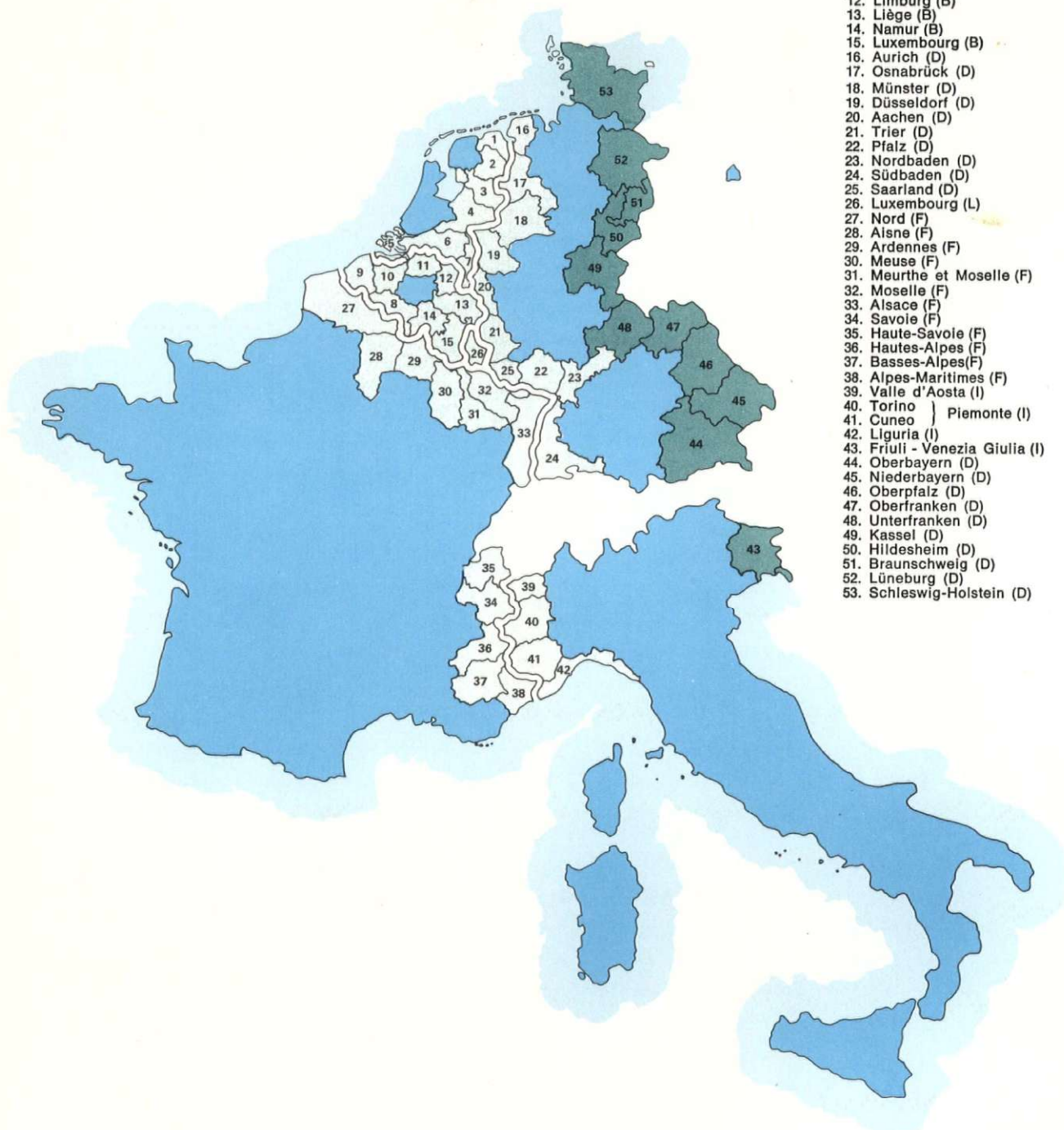
Unvollkommenheiten in den Beziehungen zwischen Nachbarregionen bestanden oder auftraten.

Bei den Ostrandgebieten galt es, ganz im Gegenteil, mit einer abrupten Unterbrechung traditioneller Wirtschaftsbeziehungen und einer großen Unsicherheit im Hinblick auf die Zukunft fertig zu werden. Häufig hat sich hier der Vorteil einer günstigen geographischen Lage plötzlich in den Nachteil einer Randlage verwandelt. Wichtigstes wirtschaftliches Problem wurden damit eine grundlegende Umstellung auf die neue politische Situation und eine Neuorientierung von Produktion und Handel.

Selbstverständlich ergeben sich Anpassungsnotwendigkeiten auch für die anderen beiden Kategorien von Grenzregionen, nämlich einerseits für die Küstengebiete und andererseits für die an Spanien, die Schweiz, Österreich und Dänemark angrenzenden Regionen. Auch für sie wirft der Gemeinsame Markt neue Probleme auf. So können Küstenregionen durch Verlagerungen des Seeverkehrs betroffen werden, und auch die gemeinsame Verkehrspolitik kann dort neue Bedingungen schaffen. Bei der anderen Gruppe bleibt die Errichtung des Gemeinsamen Marktes sicherlich nicht ohne Einfluß auf die eine oder andere dieser von altersher mit Spanien, der Schweiz, Österreich oder Dänemark verbundenen Regionen. In der Tat hat sich für diese zwei Typen von Grenzregionen – die Gebiete an der Küste und die an den Grenzen mit westlichen Drittländern – der Randlagencharakter im Verhältnis zu den Industriezentren Gemeinschafts-europas oft deutlich akzentuiert.

Das vorliegende Kapitel beschränkt sich jedoch auf die Binnengrenzregionen und die Ostrandgebiete, also auf jene Regionen, bei denen Entscheidungen institutioneller Art zu den tiefstgehenden Veränderungen geführt haben oder führen. Die hier bestehenden Schwierigkeiten sind der Aufmerksamkeit der Bank natürlich nicht entgangen, und sie hat sich stets bemüht, im Rahmen des ihr Möglichen einen Beitrag zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme dieser Regionen zu leisten : Sie hat sich hier an der Finanzierung einer ganzen Reihe von Investitionsvorhaben beteiligt, wobei diese Interventionen im Einzelnen in Übereinstimmung mit Artikel 130 des Vertrages von Rom entweder durch den wirtschaftlichen Rückstand gewisser dieser Grenzregionen oder durch ihren Umstellungs- oder Modernisierungsbedarf oder schließlich durch gemeinsames Interesse mehrerer Mitgliedstaaten an den Vorhaben begründet waren. Die folgenden Ausführungen

BINNENGRENZREGIONEN UND OSTRANDGEBIETE IN DER GEMEINSCHAFT



befassen sich im wesentlichen mit dieser Tätigkeit der Bank. Immerhin erschien es angebracht, sie im größeren Rahmen der wirtschaftlichen Gegebenheiten und der gemeinschaftlichen Aspekte dieser Gebiete darzustellen.

I. DIE BINNENGRENZREGIONEN

A. *Allgemeine Lage und Entwicklung*

Überall an den Grenzen zwischen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft findet man eine recht bedeutende Anzahl von Regionen, deren Wirtschaftsstruktur häufig gerade durch das Vorhandensein dieser Grenzen stark geprägt worden ist. Es ist kaum möglich, die Binnengrenzregionen ökonomisch ganz klar zu umreißen, besonders wenn man für Definitionszwecke festlegen will, wie tief sie sich in das jeweilige Land erstrecken oder in welchem Grade sie homogen sein sollen. Aus diesem Grunde, aber auch weil Statistiken fast nur auf der Ebene der bestehenden Verwaltungseinheiten verfügbar sind, schien es angezeigt, sich an diese Einheiten zu halten, auch wenn sie von Land zu Land nicht voll vergleichbar sind. So wurden im folgenden in der Bundesrepublik Deutschland die Regierungsbezirke zugrunde gelegt, in Belgien, in Italien und in den Niederlanden die Provinzen, in Frankreich die Departements und in Luxemburg das gesamte Gebiet des Großherzogtums.

Nach dieser Definition kommt man auf etwa fünfzig Verwaltungseinheiten, die als Binnengrenzregionen zu bezeichnen sind. Wie die Karte zeigt, konzentrieren sie sich im wesentlichen auf eine Zone, die im Süden in der Gebirgsgegend der Grenze zwischen Frankreich und Italien beginnt und sich, nach einer Unterbrechung an der französisch-schweizerischen Grenze, nach Norden bzw. Nordwesten fortsetzt und ab Straßburg eine Art kompaktes Dreieck bildet, dessen Grundlinie sich von der Rheinmündung bis zum französischen Departement Pas-de-Calais erstreckt.

Die allgemeine Bedeutung der Binnengrenzregionen in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wurde vor kurzem im Rahmen eines Kolloquiums mit dem Thema «Grenzgebiete im Zeitalter des Gemeinsamen Marktes» ⁽¹⁾ deutlich gemacht. Wie sich aus den Untersuchungen

(1) Institut d'Études Européennes (Freie Universität Brüssel), Brüssel, 21. - 28. November 1969.

anlässlich dieses Kolloquiums ergab, entfallen auf die Binnengrenzregionen etwas weniger als ein Fünftel des gesamten Gemeinschaftsgebiets und nahezu ein Viertel der Gesamtbevölkerung. Die Bevölkerungsdichte (über 200 Bewohner pro km²) liegt über dem Gemeinschaftsdurchschnitt.

Tabelle I – EINIGE CHARAKTERISTISCHE MERKMALE DER REGIONEN AN DEN BINNENGRENZEN DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT (1)

	Fläche in % 1.000 km ² der Gemeinschaft	Bevölkerung (Ende 1966) in % Millionen der Gemeinschaft	Bevölkerungsdichte (Ende 1966) Ein- wohner pro km ² Gemeinschaft insgesamt = 100			
Binnengrenzregionen insgesamt	208,3	17,8	43,7	23,8	214	136
Regionen in						
— Deutschland	53,0	4,5	16,7	9,1	314	200
— Belgien	27,0	2,3	7,5	4,0	275	176
— Frankreich	78,0	6,7	9,0	4,9	115	73
— Italien	22,3	1,9	4,0	2,2	183	116
— Luxemburg	2,6	0,2	0,3	0,2	128	73
— Niederlande	25,4	2,2	6,2	3,4	281	178

(1) Was die Abgrenzung dieser Regionen betrifft, so wird auf die Karte auf Seite 145 verwiesen. Die Zahlen der Tabelle stammen aus dem Schlußreferat des im Text erwähnten Kolloquiums in Brüssel – mit allerdings einer gewissen Zahl von Anpassungen, die sich aus einer etwas abgeänderten Abgrenzung dieser Regionen ergeben.

In der volkswirtschaftlichen Betrachtung fällt auf, daß in den Binnengrenzregionen der Anteil der im Sekundärsektor – also in der Hauptsache in der Industrie – tätigen Bevölkerung im Schnitt ausgesprochen hoch ist (im Jahre 1967 nahezu 50%); er war damit sogar deutlich größer als in der Gemeinschaft insgesamt (im gleichen Jahr 44%). Hinter diesem Durchschnitt stehen allerdings im einzelnen manchmal recht unterschiedliche Gegebenheiten. Der hohe Anteil des Sekundärbereichs erklärt sich dadurch, daß ein erheblicher Teil dieser Regionen im nordwestlichen Europa liegt, also in einer Zone alter Industrialisierung.

Tabelle II – DIE VERTEILUNG DER ERWERBSBEVÖLKERUNG AUF DIE WIRTSCHAFTSBEREICHE IN DEN BINNENGRENZREGIONEN UND IN DER GEMEINSCHAFT INSGESAMT IM JAHRE 1967

Wirtschaftsbereich	Binnengrenzregionen (in %)	Gesamte Gemeinschaft (in %)
Primärsektor	11	16
Sekundärsektor	49	44
Tertiärsektor	40	40

Trotz des hohen Anteils des Sekundärsektors an der Erwerbsbevölkerung dürfte das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner in den Binnengrenzregionen, insgesamt gesehen, gegenwärtig um ungefähr 10% unter dem Gemeinschaftsdurchschnitt liegen. Diese Situation entzieht sich zwar mangels genügender amtlicher Statistiken einer genauen Analyse; auf sie kann jedoch aus einigen Teildaten geschlossen werden : So lag zum Beispiel in den Grenzregionen der Bundesrepublik Deutschland das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner im Jahre 1966 bei 1.725 Rechnungseinheiten und damit um 14% unter dem Bundesdurchschnitt. In Belgien und in den Niederlanden ergibt sich ein ähnliches Bild. In Frankreich dürften die Binnengrenzregionen den Landesdurchschnitt des Bruttoinlandsprodukts pro Einwohner erreichen oder nur sehr leicht überschreiten. Lediglich in Italien liegen die Binnengrenzregionen in dieser Hinsicht weit über dem Durchschnitt des Landes, der natürlich durch die Armut des Mezzogiorno deutlich gedrückt ist.

Wenn also die Binnengrenzregionen der Gemeinschaft im großen und ganzen etwas unter dem jeweiligen Landesdurchschnitt bleiben, so muß man den Grund vor allem in der Tatsache suchen, daß sie – in ihren jeweiligen Staaten – bisher doch noch eine gewisse Randlage haben; hier sind es meistens zentrale Regionen, die das höchste pro-Kopf-Einkommen aufweisen. (Die wichtigste Ausnahme von dieser allgemeinen Feststellung ist offensichtlich Italien.)

Als drittes Merkmal der Wirtschaftslage in den Binnengrenzregionen läßt sich feststellen, daß die Rate ihres Wirtschaftswachstums in den letzten Jahren (von 1960 bis 1967 oder 1968) anscheinend niedriger war als die Durchschnittsrate in der Gemeinschaft insgesamt und in jeder nationalen Gruppe von Binnengrenzregionen niedriger als die Durchschnittsrate des Landes, dem sie angehören.

Bei genauerer Betrachtung der neueren Wirtschaftsentwicklung in den Binnengrenzregionen stößt man auf zwei Faktoren, die dafür eine Erklärung bieten : Einmal erreichten jene Industriezweige (Kohlenbergbau, Eisen- und Stahlindustrie, Textilindustrie), auf die sich die Wirtschaft einiger dieser Regionen zu einem wesentlichen Teil stützt, nicht gerade die höchsten Wachstumsraten in der Gemeinschaft. Einer Schätzung zufolge stellen die Binnengrenzregionen mit hoher Wachstumsrate, an der Erwerbsbevölkerung gemessen, nur etwa ein Drittel aller dieser Grenzregionen dar. Zum anderen müssen sich einige dieser Grenzregionen (z. B. die französischen Ardennen,

das Eifel-Hunsrückgebiet in Deutschland, die belgische Provinz Luxemburg, die Provinz Limburg in Belgien und Holland, etc.) schon seit längerem aufgrund ihrer begrenzten natürlichen Ressourcen mit strukturellen Entwicklungsproblemen auseinandersetzen.

Aus der neueren Entwicklung der Grenzregionen ergibt sich somit für einige von ihnen einfach das Problem absolut ungenügenden Wirtschaftswachstums. Für andere jedoch besteht das Hauptproblem in einem Mißverhältnis der Wirtschaftsentwicklung zu anderen Regionen, die zwar in vielen Gegebenheiten durchaus mit ihnen vergleichbar sind, die jedoch eine größere Dynamik aufweisen. Es handelt sich um das Auftreten oder die Verstärkung von Ungleichgewichten, die sich aus stark unterschiedlichen Raten der Wirtschaftsexpansion ergeben. An sich soll das Verschwinden der Wirtschaftsgrenzen zu einer sinnvolleren Auswertung der vorhandenen Ressourcen und zu einer besseren und stärker koordinierten Ausnutzung der Infrastrukturen führen. Dank der größeren Beweglichkeit der Produktionsfaktoren und der Erweiterung des Marktes soll die Integration auf diese Weise eine Transformierung der Produktionsstrukturen bewirken, wovon jeweils die Gebiete auf beiden Seiten der Grenze profitieren müßten. Dies wird im allgemeinen auch der Fall sein. Immerhin besteht ebenfalls die Möglichkeit, daß sich zwischen Grenzregionen aufgrund unterschiedlicher historischer und struktureller Ausgangssituationen doch gewisse Ungleichgewichte entwickeln, die sich kumulieren und schließlich zu einer übermäßigen Abwanderung der qualifizierten Arbeitskräfte aus einer dieser Regionen – und damit dort zu einer ungenügenden Nutzung der Produktionsfaktoren und erhöhten sozialen Spannungen – führen könnten. Damit entstünde auf die Dauer ein Nebeneinander von prosperierenden Regionen auf der einen und relativ immer weniger entwickelten auf der anderen Seite der betreffenden Binnengrenze.

Die beiden im vorstehenden aufgezeigten Probleme veranschaulichen klar den spezifischen Charakter der regionalen Situation an den Binnengrenzen. Die Gemeinschaftsinstanzen – in erster Linie die Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft – haben im übrigen schon bei der ersten Skizzierung einer gemeinschaftlichen Regionalpolitik betont, daß Anstrengungen gemacht werden müssen, um die in diesen Gebieten zu erwartenden Anpassungsprobleme zu mildern. Diese Überlegungen und das Bemühen um geeignete Lösungen finden sich zum Beispiel in den ersten

Untersuchungen, welche die Kommission anlässlich der Konferenz über die Regionalwirtschaft im Dezember 1961 in Brüssel angestellt hat. Was die Bank betrifft, so hat sie ihren Beitrag zu diesen Bemühungen dadurch geleistet, daß sie sich an einer Reihe von Finanzierungen in den betreffenden Regionen beteiligte.

B. *Die Interventionen der Bank*

Seit ihrer Gründung im Jahre 1958 hat die Bank eine beachtliche Zahl von Investitionsvorhaben in Binnengrenzregionen mitfinanziert. Bis zum 31. Dezember 1969 waren es 28 Darlehen im Gesamtbetrag von 267 Millionen Rechnungseinheiten (siehe Tabelle III); das ist etwas mehr als ein Sechstel des Gesamtbetrages aller von der Bank bis zu diesem Zeitpunkt genehmigten Darlehen für Vorhaben in den Mitgliedstaaten.

Wie aus der Tabelle hervorgeht, hat sich die Bank vor allem an der Finanzierung von Infrastrukturvorhaben beteiligt.

In der Hauptsache handelte es sich dabei um Verkehrs- und Transportvorhaben. In diesem Bereich wurden für Eisenbahnprojekte, Autobahnen und Ferngasleitungen insgesamt vierzehn Darlehen gewährt. Entweder ging es dabei um die Förderung schneller und modernerer Verbindungen zwischen zwei Mitgliedsländern der Gemeinschaft (Frankreich - Italien, Belgien - Niederlande, Deutschland - Frankreich, Frankreich - Belgien) oder um die bessere Nutzung der Energiequellen eines Mitgliedstaates, die auch Nachbarländer mitversorgen.

Straßenbau- und Eisenbahnvorhaben sind offensichtlich von außerordentlicher Bedeutung für die Grenzregionen, die ja früher oft unter ihrer Randlage im Vergleich zu den zentralen Landesteilen zu leiden hatten; die neuen Verbindungen bringen die jetzigen geographischen Gegebenheiten voll zur Geltung, indem sie aus den betreffenden Regionen echte Verbindungsstücke zwischen den Ländern der Gemeinschaft machen. Im Falle der Ferngasleitungen ergibt sich die grenzüberschreitende Bedeutung aus der Komplementarität zwischen Energiequellen einerseits und dem Bedarf andererseits.

Schließlich sei noch auf drei Infrastrukturvorhaben aus dem Bereich der Energieerzeugung hingewiesen, von denen allerdings zwei den Charakter von Grenzgebietsprojekten nur wegen ihres Standorts haben. Das dritte (Société Électrique de l'Our) – Bau eines Stausees und eines Pumpspeichers in Luxemburg – hat dagegen sehr ausgeprägtes Interesse für die

Tabelle III – FÜR PROJEKTE IN DEN BINNENGRENZREGIONEN
GENEHMIGTE DARLEHEN
(Stand am 31. Dezember 1969)

Bereich	Projektbezeichnung	Lage gemäß Numerie- rung in der Karte	Jahr	Darlehens- Betrag in Mio RE (1)
	INFRASTRUKTUR			203,8
Eisenbahnen	Chambéry - Modane *	34	1961	4,0
	Genua - Modane *	42 und 40	1961	21,0
Autobahnen	Aostatal *	39	1965	24,0
	Brüssel - Paris *	8	1967	16,0
	Roquebrune - Menton *	38	1967	10,1
	Metz - Freyming *	25 und 32	1967	10,1
	Autostrada dei Fiori I *	42	1968	16,0
	Antwerpen - Breda *	10	1968	10,0
	Autostrada dei Fiori II *	42	1969	15,0
	Maastricht - Heerlen *	7	1969	8,3
Ferngasleitungen	Energieversorgung Weser-Ems *	16 und 17	1965	5,0
	Gaz de France (Nord- und Ostfrankreich) *	27 bis 32	1967	16,2
	Nederlandse Gasunie *	6 und 7	1969	13,8
	Gaz de France (Elsaß - Bretagne)	33	1969	9,9 (2)
Energieversorgung	Société Électrique de l'Our *	26	1959	4,0
	Électricité de France (Oraison)	37	1959	10,1
	Kernkraftwerk Lingen	17	1967	6,3
Wasserversorgung	Syndicat des Eaux du Barrage d'Esch-sur-Sûre	26	1968	4,0
	INDUSTRIE			63,0
Bergbau	Mines Domaniales de Potasse d'Alsace	33	1968	15,2
Maschinenbau	Rheinmetall Schmiede- und Preßwerk	21	1966	2,5
	Trierer Walzwerk	21	1969	2,3
Chemie	PEC-Rhin	33	1967	6,1
	L'Ammoniac Sarro-Lorrain *	32	1967	3,0
	Harnstoff- und Düngemittelwerk Saar- Lothringen *	25	1967	5,0
	Koninklijke Nederlandsche Zoutindustrie	11	1968	10,0
	Société Lorraine de Polyoléfines	32	1969	8,1
	Société Limbourgeoise du Vinyle	12	1969	6,0
Papier und Papierstoff	Cellulose des Ardennes *	15	1962	4,8
Insgesamt				266,8

(1) Die Darlehensstatistiken sind in Rechnungseinheiten auf der Grundlage der Währungsparitäten aufgestellt, die zum Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung (bei noch nicht unterzeichneten Darlehen zum Zeitpunkt der Genehmigung durch den Verwaltungsrat) galten.

(2) Diese Zahl bezieht sich sowohl auf den elsässischen Teil des Vorhabens (Binnengrenzregion) als auch auf den in der Bretagne. Eine Aufgliederung des Betrags auf die zwei Teile des Vorhabens stiesse auf zu große statistische Schwierigkeiten.

* Mit Sternchen sind die Vorhaben bezeichnet, die für die Grenzregionen selbst von besonderer Bedeutung sind.

betreffenden Binnengrenzregionen : Das im Großherzogtum liegende Pumpspeicherwerk ist mit der Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG (RWE) und der Électricité de France (EDF) durch einen Vertrag über den gegenseitigen Energieaustausch verbunden.

Im Bereich der Industrie übernahm die Bank die Teilfinanzierung von zehn Vorhaben im Betrag von 63 Millionen Rechnungseinheiten. Davon sind drei von besonderer Bedeutung für Binnengrenzgebiete, während dieses Merkmal bei den übrigen Vorhaben nur in weniger klarem Maße zutrifft. Bei dem Projekt « Cellulose des Ardennes » liegt die Bedeutung für die Regionen beiderseits der Grenzen im wesentlichen in der grenzüberschreitenden Rohstoffversorgung der in der belgischen Provinz Luxemburg gelegenen Fabrik. Die Vorhaben « Ammoniac Sarro-Lorrain » und « Harnstoff- und Düngemittelwerk Saar-Lothringen » bilden die Grundlage für den umfangreichen Saarlör-Industriekomplex, der aufgrund der Entscheidung entsteht, aus der Zone Saarland-Lothringen ein Zentrum chemischer Industrien zu machen. Die Ausarbeitung des erwähnten Projekts erforderte eine umfangreiche technische, kommerzielle und finanzielle Koordinierung zwischen zwei zu beiden Seiten der Grenze ansässigen Großunternehmen: auf der einen Seite die Houillères du Bassin de Lorraine, auf der anderen Seite die Saarbergwerke AG. Von den anderen Industrievorhaben wäre noch das Projekt PEC-Rhin (Errichtung einer Düngemittelfabrik) zu erwähnen, das von einer gemeinsamen Tochtergesellschaft einer französischen und einer deutschen Unternehmung durchgeführt wird. Die von den beiden Muttergesellschaften getroffenen Marktvereinbarungen konzentrieren die Zusammenarbeit zwar nicht speziell auf die Grenzregionen Elsaß und Südbaden, doch hat das Vorhaben nicht unbedeutende Auswirkungen auf diese Gebiete.

Die wichtigsten Lehren aus den Erfahrungen der Bank

Bei ihrer Finanzierungstätigkeit in den Binnengrenzregionen fand die Bank es bestätigt, daß vor allem international orientierte Grenzlandvorhaben besondere Aufmerksamkeit verdienen, weil sie unter dem Gesichtspunkt der Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes einen wichtigen Beitrag leisten können. Andererseits erwies es sich, daß die erfolgreiche Durchführung solcher Vorhaben häufig große Anforderungen an die Koordinierung zwischen den verschiedenen Partnern stellt.

Zwischenstaatliche Grenzlandprojekte tragen insofern zur wirtschaftlichen Entwicklung der betreffenden Regionen bei, als sie die verstärkte Nutzung der vorhandenen Ressourcen unter Bedingungen gestatten, die für jede Seite vorteilhaft sind. Bei internationalen Infrastrukturvorhaben zeigt sich häufig, daß die Investitionen auf beiden Seiten der Grenze in technischer Hinsicht eine Kontinuität bilden oder zumindest komplementär zueinander sein müssen. So bestand z.B. bei den Eisenbahnvorhaben Chambéry-Modane und Modane-Genoa das Problem nicht nur in der Umstellung des Betriebs auf eine andere Energieform, sondern auch in der Notwendigkeit, die Durchgangsbahnhöfe an der Grenze gemeinsam zu reorganisieren. Bei den Ferngasleitungen, die holländisches Gas über die Grenzen nach Deutschland, Belgien und Frankreich bringen, ist die Möglichkeit, große Mengen zu liefern – eine Voraussetzung für die Wirtschaftlichkeit – eines der positiven Hauptelemente; gleichzeitig wird aber auch die Energiebilanz der Empfängerregionen verbessert. Daß Autobahnen durch ihre Verbindung über die Grenze hinweg eine wechselseitige Wertsteigerung erfahren, braucht wohl nicht besonders erwähnt zu werden. Schließlich gestatten zwischenstaatliche Grenzlandprojekte in einigen Fällen die Verzahnung sehr verschiedener Elemente, an denen mehrere Grenzregionen interessiert sind. So kommen bei dem Vorhaben Société Électrique de l'Our drei Grenzregionen die Vorteile zugute, die sich aus einem technischen Austausch und einem überregionalen Angebots- und Nachfrageausgleich ergeben.

Dagegen liegt im Industriebereich, obgleich hier die Aspekte «Kontinuität» und «Komplementarität» im obigen Sinne ebenfalls eine Rolle spielen, das Problem oft anders. Gewiß mag es Bergbaureviere geben, die man gemeinsam ohne Rücksicht auf die Grenze ausbeuten könnte. Ebenso ist vorstellbar, daß eine Region aus dem relativen Überfluß eines Produktionsfaktors bei seinem unmittelbaren Nachbarn Nutzen zieht. Praktisch aber sind zwischenstaatliche Grenzprojekte für Industrieunternehmen meist Teil ihrer expansiven Marktstrategie. Aus diesem Grunde werden bei typischen zwischenstaatlichen Grenzlandvorhaben häufig Fusionen vereinbart, gemeinsame Tochtergesellschaften gegründet oder gemeinsam zu nutzende Vertriebsnetze aufgebaut. In allen diesen verschiedenen Fällen besteht ein Hauptziel darin, dank der neuen Raumzusammenhänge optimale Dimensionen zu erreichen, eine Überlegung, die zum Beispiel bei den beiden Saarlor-Projekten eine Rolle spielte.

Wenn die zwischenstaatlichen Grenzlandvorhaben innerhalb der Gemeinschaft auch große wirtschaftliche Vorteile mit sich bringen, so hängt ihre Durchführung doch häufig von der richtigen Koordinierung zwischen den Partnern ab. Man kann sogar sagen, daß die Koordinierungsprobleme für die Grenzregionen, und zwar sowohl für die Behörden als auch für die Unternehmungen, den Prüfstein des Erfolgs darstellen; die Notwendigkeit zur Koordinierung wird auf allen Stufen sichtbar. Hier soll jedoch nur auf einige Aspekte eingegangen werden, die bei der Finanzierungstätigkeit – insbesondere für die der Bank – sicher von Bedeutung sind. Zunächst müssen die Aspekte hervorgehoben werden, die zwar wirtschaftlicher Art sind, aber auch institutionelle oder juristische Implikationen haben. So kann der wirtschaftliche und finanzielle Wert eines Vorhabens davon abhängen, wie die verschiedenen Komponenten aufeinander abgestimmt werden : Bei einem Verkehrsinfrastrukturprojekt (Straße, Schifffahrtsweg) zum Beispiel muß die Kontinuität des Netzes nach beiden Richtungen gesichert werden, was aber durchaus von der Bewilligung von Haushaltsmitteln in den jeweiligen Nachbarregionen oder -staaten abhängen kann. Im Falle des Viandener Kraftwerks mußte eine ganze Reihe von Verträgen zwischen der Société Électrique de l'Our einerseits und der RWE bzw. der EDF andererseits abgeschlossen werden, um Rechte und Pflichten eines jeden Partners genau festzulegen. Bei den Saarlör-Projekten wurde eine besondere juristische Form erarbeitet : Zwei neue Gesellschaften wurden gegründet, an denen jeweils die deutsche und die französische Muttergesellschaft « über Kreuz » beteiligt sind. Die Führungsgremien (Aufsichtsrat, Vorstand) sind aus Persönlichkeiten beider Staatsangehörigkeiten zusammengesetzt.

Doch unabhängig von diesen Fragen, die bei der « Montage » der Projekte und der verbundenen Operationen auftreten und die man nicht außer acht lassen darf, gibt es die allgemeineren Probleme der Koordinierung der Regionalpolitiken und dabei insbesondere die einer genügenden Koordinierung (oder Harmonisierung) der Investitionen auf beiden Seiten der Grenze. Wendet man die wirtschaftswissenschaftliche Integrationstheorie auf die Grenzregionen an, so liegt der größte Vorteil einer gegenseitigen Annäherung für diese Regionen eindeutig in der Erweiterung des Marktes, in der größeren Beweglichkeit der Produktionsfaktoren und in einer erhöhten Rentabilität der Investitionen. Auch hier läßt sich das Beispiel der Saarlör-Projekte anführen : Diese Vorhaben sind die Krönung einer sehr engen

Zusammenarbeit zwischen dem saarländischen und dem lothringischen Kohlenrevier, die insbesondere zu einer Harmonisierung der Investitionsprogramme auf beiden Seiten der Grenze geführt hat. Auf diese Weise konnte verhindert werden, daß auf engem Raum teure und nicht koordinierte Einrichtungen doppelt erstellt wurden, und durch die Spezialisierung wurden auf beiden Seiten günstigere Dimensionen der Betriebe erreicht. In der Phase der Investitionsdurchführung wurde diese Zusammenarbeit sowohl im finanziellen wie im technischen Bereich fortgesetzt. Ebenfalls gemeinsam werden die «Mütter» der beiden Betriebsgesellschaften für den Absatz der Produktion sorgen. Aufgrund dieser mannigfaltigen Beziehungen können die Anlagen der Saarlör-Chemie zu Recht als «Fabriken ohne Grenzen» bezeichnet werden. Daran zeigt sich, daß die genannten rentabilitätsverbessernden Faktoren – Harmonisierung der Investitionsprogramme, Erzielung optimaler Betriebsgrößen, Marktausweitung, Koordinierung der Absatzpolitik usw. – für zwischenstaatliche Industrievorhaben im Grenzland von überragender Bedeutung sind.

Zusammenfassend wird man sagen können, daß die bisher bei der Finanzierung von Projekten in den Binnengrenzregionen erworbene Erfahrung der Bank gezeigt hat, daß sich diese Vorhaben zwar in mancher Hinsicht nicht grundlegend von anderen von der Bank finanzierten Investitionsvorhaben unterscheiden, daß sie aber in einer ganzen Reihe von Fällen doch recht spezifische Merkmale aufweisen.

Allgemeiner gesehen ist noch offener geworden, daß im Rahmen einer gemeinschaftlichen Regionalpolitik die Probleme der Binnengrenzregionen logischerweise nicht zu unterschätzen sind – Probleme, die sich daraus ergeben, daß es auf den verschiedensten Gebieten staatlicher Wirtschaftsordnung und -politik noch an einer Harmonisierung fehlt, ferner, daß gewisse Handelshemmnisse und manche Unzulänglichkeiten in der Infrastruktur weiterbestehen, oder daß im Wachstum von vergleichbaren Nachbarregionen zu große Diskrepanzen auftreten oder sich verstärken. Was das letztgenannte Problem betrifft, so ist die Bank der Auffassung, daß sie mit ihren Darlehen auch zu einer notwendigen Stärkung der relativ weniger dynamischen Regionen beitragen kann, und daß solche Maßnahmen letztlich ihre Berechtigung im gemeinsamen Interesse der betreffenden Länder finden müßten. Diese Orientierung sollte es der Bank ermöglichen, ihre Tätigkeit in einigen dieser Binnengrenzregionen künftig weiter zu intensivieren.

II. DIE OSTGRENZREGIONEN DER GEMEINSCHAFT

Die hier behandelten Außengrenzregionen – der Einfachheit halber « Ostrandgebiete » genannt – sind diejenigen, die früher zu einem in vielfacher Hinsicht homogenen größeren Ganzen gehörten und die im oder unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg aus politischen Gründen von ihrem traditionellen Hinterland abgetrennt wurden. Praktisch handelt es sich um das deutsche Zonenrandgebiet und um einige Gebiete im Nordosten Italiens.

A. *Allgemeine Wirtschaftslage der Ostrandgebiete*

1. *Das Zonenrandgebiet*

Der letzte Weltkrieg führte bekanntlich zu einer Teilung Deutschlands in vier Besatzungszonen, von denen die drei Westzonen sich zur Bundesrepublik Deutschland zusammengeschlossen haben, während in der sowjetischen Besatzungszone die Deutsche Demokratische Republik entstand. Nahezu alle zwischen den beiden Teilen bestehenden Verbindungen wurden abgeschnitten, Strom- und Gasleitungen wurden unterbrochen, und die Wirtschafts- und Handelsverflechtung der Regionen über die neuen Grenzen hinweg hörten praktisch auf zu existieren. Die Folge waren beträchtliche Veränderungen der Wirtschaftsgrundlagen in den neuen Grenzgebieten, weswegen Bundesregierung und Bundestag im Jahre 1953 eine Reihe von Hilfsmaßnahmen für die betreffenden Regionen ergriffen.

Zum Zonenrandgebiet wurden alle Städte und Landkreise erklärt, die mit mehr als der Hälfte ihrer Fläche oder ihrer Bevölkerung innerhalb eines 40 km breiten Streifens längs der Ostgrenzen der Bundesrepublik liegen. Damit umfaßt das Zonenrandgebiet den an die Deutsche Demokratische Republik angrenzenden Streifen von Lübeck bis Hof. Die Bezeichnung Zonenrandgebiet wurde aber analog auch für die Ostküste von Schleswig-Holstein und die an die Tschechoslowakei angrenzenden Gebiete übernommen. Damit bildet das Zonenrandgebiet einen etwa 40 km breiten Streifen, der von Flensburg im Norden bis Passau im Süden reicht. Auf das Gebiet entfallen 106 kreisfreie Städte und Landkreise in den Ländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen und Bayern. Es hat eine Fläche von etwa 46.000 km², das ist ein Fünftel der Bundesrepublik. Im Jahre 1968 bezifferte sich die Bevölkerung der Zonenrandgebiete auf ungefähr 7 Millionen Einwohner, was etwa 12% der Bevölkerung der Bundesrepublik entspricht.

Allerdings gibt es darüberhinaus Gebiete, die nicht zum Zonenrandgebiet gehören, deren wirtschaftliche Entwicklung dennoch direkt durch die Teilung Deutschlands beeinträchtigt worden ist. Das gilt zum Beispiel für Hamburg, dessen Hafen durch den Verlust des Hinterlandes im Osten unmittelbar betroffen wurde.

Die Wirtschaftsstruktur des gesamten Zonenrandgebiets ist nicht einheitlich. Einerseits umfaßt es außer Großstädten wie Lübeck und Kiel auch Industriezentren wie Wolfsburg, Braunschweig, Salzgitter, Kassel und Schweinfurt. Einige dieser Zentren unterhielten vor dem Kriege besonders enge Wirtschaftsverbindungen zu Gebieten, die heute in der Deutschen Demokratischen Republik liegen; das war zum Beispiel zwischen Braunschweig und Magdeburg, Nordhessen und Thüringen, Oberfranken und Sachsen der Fall. Andererseits findet man im Zonenrandgebiet auch Bezirke, die schon von jeher in der Entwicklung zurückgeblieben waren, deren Wirtschaft also durch geringe Industrialisierung und eine wenig produktive Landwirtschaft gekennzeichnet ist (Bayerischer Wald). Auch deren Lage hat sich durch die Nachkriegstrennung Europas nicht gerade verbessert.

Im deutschen Beihilfesystem wurde der Unterschied zwischen diesen Regionen berücksichtigt; so sind einige Teile oder Orte des Zonenrandgebiets außerdem als Bundesausbaugebiete bzw. Bundesausbauorte eingestuft oder gehören zu « Regionalen Aktionsprogrammen » und erhalten damit zusätzliche Beihilfen. Diese Teile liegen vor allem in Nordost- und Nordbayern (Bayerischer Wald, Unterfranken) sowie in Schleswig-Holstein, umfassen jedoch auch einige Landkreise in Niedersachsen und Hessen.

Allgemeine Merkmale des Zonenrandgebiets sind eine erheblich geringere Bevölkerungsdichte als im Bundesdurchschnitt (149 gegenüber 242 Einwohner/km²), ferner ein Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, das im Jahre 1966 um ungefähr 12% unter dem Bundesdurchschnitt lag, sowie ein im Verhältnis zum Bundesgebiet insgesamt unterdurchschnittlicher Beitrag der Industrie zum Bruttoinlandsprodukt (siehe Tabelle IV). Es lassen sich jedoch recht beträchtliche regionale Unterschiede erkennen. Im einzelnen bleibt hervorzuheben :

- daß nahezu drei Viertel der schleswig-holsteinischen Bevölkerung im Zonenrandgebiet leben; bei den übrigen Bundesländern schwankt der Anteil zwischen einem Sechstel und einem Drittel;
- daß der Anteil des jeweiligen Zonenrandgebietes am Bruttoinlands-

produkt des Landes in Hessen und Bayern ziemlich niedrig, in Schleswig-Holstein hingegen hoch ist;

- daß in zwei der vier genannten Länder das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner des Zonenrandgebiets unter dem Landesdurchschnitt liegt. Innerhalb der Länder ergeben sich allerdings regional beträchtliche Abweichungen vom Landesdurchschnitt. Das gilt besonders für Niedersachsen und Hessen.

*Tabelle IV – FLÄCHE, BEVÖLKERUNG UND BRUTTOINLANDSPRODUKT (BIP)
IM ZONENRANDGEBIET
(in %)*

	<i>Fläche</i>	<i>Bevölkerung</i>	<i>BIP 1966</i>	<i>BIP 1966 pro Einwohner</i>
Zonenrandgebiete insgesamt (Bundesgebiet = 100)	18,8	11,6	10,0	85,7
Zonenrandgebiete der einzelnen Bundes- länder (Bundesland = 100)				
Schleswig-Holstein	67,7	72,8	73,1	100,2
Niedersachsen	26,5	30,7	32,7	105,3
Hessen	27,8	17,8	15,9	88,8
Bayern	25,1	20,0	16,9	83,5

Zur Entwicklung des Zonenrandgebiets in den letzten Jahren im Vergleich zum gesamten Bundesgebiet ist zu sagen, daß zwar die Bevölkerung im Zonenrandgebiet wesentlich langsamer zugenommen hat als in der Bundesrepublik (in den fünfziger Jahren hatte sie sogar abgenommen), daß aber die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts zwischen 1961 und 1966 nur leicht unter dem Bundesdurchschnitt lag. Somit ist das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner hier sogar etwas stärker gestiegen als in der Bundesrepublik als Ganzes gesehen. Auch die Zahl der in der Industrie Beschäftigten hat sich günstig entwickelt. Von 1961 bis 1967 haben sich im Zonenrandgebiet 530 neue Unternehmungen mit 33.000 Beschäftigten niedergelassen; 1967 gab es im Zonenrandgebiet mehr als 6.000 Industrieunternehmungen mit rund 800.000 Beschäftigten.

*Tabelle V – WACHSTUM DER BEVÖLKERUNG, DES BRUTTOINLANDSPRODUKTS
UND DES BRUTTOINLANDSPRODUKTS PRO EINWOHNER von 1961 auf 1966
(in %)*

	<i>Bevölkerung</i>	<i>BIP</i>	<i>BIP pro Einwohner</i>
Zonenrandgebiet	+ 3,8	+ 45,4	+ 40,1
Bundesrepublik Deutschland	+ 6,2	+ 47,4	+ 38,9

Offensichtlich hat sich das Zonenrandgebiet also in den sechziger Jahren besser als im vorhergehenden Jahrzehnt an die neuen Bedingungen anpassen und mit der Entwicklung der deutschen Wirtschaft Schritt halten können. Zu den Faktoren, die dies möglich gemacht haben, gehört neben der Ansiedlung mehrerer großer, dynamischer Unternehmungen die erfolgreiche Wirtschaftspolitik des Bundes und der Länder. Bund und Länder haben Hilfen verschiedener Art gewährt, die in vielen Fällen den Aufschwung der Produktion erleichterten. Trotzdem gibt es im Zonenrandgebiet immer noch wirtschaftsschwache Bezirke, wo öffentliche Beihilfen und die Privatinitiative noch nicht zu den erhofften Ergebnissen geführt haben. Gerade in diesen Regionen oder Bezirken hat sich die Bank in der Vergangenheit bemüht, im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu intervenieren, und gerade hier ist sie bereit, ihre Anstrengungen auch in der Zukunft fortzusetzen oder zu verstärken.

2. *Friaul-Julisch Venetien*

In Italien war es die Region Friaul-Julisch Venetien, die von Grenzänderungen als Folge des letzten Weltkriegs betroffen wurde. Wirtschaftlich gesehen hatten diese Änderungen erhebliche Auswirkungen, und zwar insbesondere auf die Provinzen Gorizia und Triest. Die Wirtschaftsprobleme der Region Friaul-Julisch Venetien wurden im April 1968 von einer Studiengruppe des Europäischen Parlaments dahingehend definiert, daß sie in der Hauptsache auf die politischen Veränderungen als Folge des Zweiten Weltkriegs zurückzuführen seien, die eine vollständige Neuordnung der Wirtschaftsstruktur erforderten. Außerdem weise die Region weiterhin Merkmale auf, die typisch für eine Randzone seien, so insbesondere die Situation des Agrarsektors in den Provinzen Udine und Gorizia und ein allgemeines Absinken der Bevölkerungsziffer.

Die autonome Region besteht seit der kürzlichen Schaffung der Provinz Pordenone (1968) aus vier Provinzen : Udine, Triest, Gorizia und Pordenone.

Die Probleme sind unterschiedlich. Friaul (Udine und Pordenone) leidet unter einem klaren Entwicklungsrückstand : Im Jahre 1968 lag das Inlandsprodukt je Einwohner in der Provinz Udine bei 92% und in der Provinz Pordenone bei 87% des Durchschnitts ganz Italiens, der seinerseits 72% des EWG-Durchschnitts beträgt. Jedoch war die Wachstumsrate in den beiden genannten Provinzen in den letzten Jahren recht befriedigend.

Dagegen liegt in Julisch Venetien (Gorizia und Triest) das Inlandsprodukt je Einwohner zwar weit über dem italienischen Durchschnitt – in der Provinz Gorizia um 22 % und in der Provinz Triest sogar um 33 % –, aber die Entwicklung ist hier sehr langsam. Insbesondere in der Provinz Triest war die Wachstumsrate des Inlandsprodukts in den letzten Jahren eine der niedrigsten in ganz Italien : Zwischen 1951 und 1967 erreichte sie nur die Hälfte des italienischen Durchschnitts.

Das Gebiet der Provinz Triest ist eine Art von Korridor von etwa 30 km Länge zwischen dem Meer und Jugoslawien. Es hat nur eine Fläche von 21.000 ha, aber gleichzeitig eine Bevölkerung von etwa 300.000 Personen, die größtenteils in der Stadt Triest selbst leben; daher sind die Probleme der Provinz mit denen der Stadt identisch.

Früher war das Schicksal der Stadt eng mit dem ihres Hafens verbunden, der zusätzliche Bedeutung dadurch erhielt, daß er einer Reihe von komplementären Industrien (Schiffbau und -instandsetzung) und Unternehmungen des Tertiärsektors (Handel, Bank- und Versicherungswesen) Beschäftigung bot. Grundlage der Tätigkeit war der Durchgangsverkehr, der auch noch heute einen beachtlichen Anteil am Inlandsprodukt der Provinz hat. Die politischen Ereignisse haben jedoch zum Niedergang des Hafens geführt : Einst Drehscheibe des Verkehrs zwischen Mittel- und Osteuropa und dem Mittelmeer, hat der Hafen jetzt nicht nur sein Hinterland verloren, sondern er wurde überdies noch durch die Schließung des Suezkanals in Mitleiden-schaft gezogen. Spezifische Faktoren wie Zahlungsschwierigkeiten mit den östlichen Ländern, ungenügende Infrastruktur für den Landverkehr und die Konkurrenz der jugoslawischen und nordeuropäischen Häfen haben den Niedergang des Hafens von Triest beschleunigt. Vor allem die Konkurrenz von Rijeka macht sich stark bemerkbar, zumal die jugoslawischen Hafengebühren sehr niedrig sind. Die nordeuropäischen Häfen (besonders Hamburg) haben aus der Verlagerung des Verkehrs aufgrund der Hafen-Ausnahmetarife, die ihnen den Verkehr aus Süddeutschland sichern, Nutzen gezogen.

So erreichte der Umschlag in Triest nur relativ niedrige Zahlen (1966 : 6 Millionen Tonnen). Allerdings ist seit einigen Jahren ein neuer Aufschwung zu verzeichnen, da der Erdölumschlag seit der Inbetriebnahme der Ölleitung Triest-Ingolstadt angestiegen ist. Von den Gesamtanlandungen des Triester Hafens im Jahre 1967 in Höhe von 24 Millionen Tonnen entfielen 20,5 Millionen Tonnen auf Öl.

Ein wichtiger Erwerbszweig der Stadt war früher der Schiffbau. Nachdem dieser allgemein in eine schwere Krise geraten war, stellten die italienischen Behörden einen Plan zur Werftensanierung auf. Für Triest bedeutete dies unter anderem die Schließung der Werft San Marco und damit auch ein Absinken der Aktivität der werftabhängigen Unternehmungen (Zulieferer usw.). Zwar befinden sich gegenwärtig wieder einige Projekte in Durchführung, die auch mit dem Schiffbau in Zusammenhang stehen (Grandi Motori IRI-FIAT und ein Superdock für Großtanker). Was den eigentlichen Schiffbau angeht, so wurde die Werft in Monfalcone, nicht weit von Triest, modernisiert und vergrößert.

Wie die Schwierigkeiten der Verkehrsentwicklung und des Schiffbaus zeigen, muß Triest mit dem Problem einer umfassenden Reorganisation fertig werden. Gleichzeitig muß es sich neu orientieren, indem es insbesondere seine Beziehungen zum übrigen Gemeinschaftseuropa verstärkt. Mehrere Initiativen zielen in diese beiden Richtungen : einmal die industrielle Entwicklung des Raumes Zaule, die Ausweitung des Zollfreigebietes sowie die Modernisierung und Verstärkung der Hafeneinrichtungen, zum anderen ein beschleunigter Bau von Straßen, die Triest mit dem Norden und Nordwesten der Gemeinschaft verbinden.

In der Absicht, die Gesamtheit der hier auftauchenden Probleme zu prüfen, hat die italienische Regierung die Kommission der Europäischen Gemeinschaften gebeten, zusammen mit den italienischen Behörden eine Regionalstudie durchzuführen und darin die Grundlagen für Aktionslinien zu erarbeiten, mit denen eine harmonische Entwicklung der Region gewährleistet werden kann.

B. *Die Interventionen der Bank in den Ostrandgebieten der Gemeinschaft*

In den Ostrandregionen hat die Bank bisher fünf Darlehen in Höhe von 22,3 Millionen Rechnungseinheiten gewährt.

Das größte Darlehen wurde im Jahre 1967 der Gesellschaft « Cantieri Navali Italiani - Italcantieri S.p.A. », Triest, für den Umbau und die Modernisierung der Werft in Monfalcone gewährt. Die Modernisierung und die Vergrößerung dieser Werft, insbesondere im Hinblick auf den Bau

Tabelle VI – VON DER BANK GENEHMIGTE DARLEHEN
FÜR PROJEKTE IN DEN OSTRANDGEBIETEN (1)

Bezeichnung des Vorhabens	Sektor	Lage gemäß Numerierung in der Karte	Jahr der Darlehens- gewährung	Betrag des Darlehens in Millionen Rechnungs- einheiten
<i>A. Bundesrepublik Deutschland (Zonenrandgebiet)</i>				
Phrix-Werke	Kunstfasern	53	1965	2,5
Olympia-Werke	Rechen- maschinen	51	1966	2,0
Para-Gummiwerke Arthur Brügger (2)	Gummi	51	1966	1,5
Phrix-Werke	Kunstfasern	53	1969	6,3
<i>B. Italien (Friaul-Julisch Venetien)</i>				
Italcantieri (Werft Monfalcone)	Schiffbau	43	1967	10,0

(1) Für die Berechnungsgrundlage der Statistiken vgl. Fußnote in Tabelle III.

(2) Die Para-Gummiwerke sind am 1. Januar 1967 von der Phoenix-Gummiwerke AG, Hamburg, übernommen worden und tragen seit 1. Januar 1970 folgenden Firmennamen: Phoenix Gummiwerke Werk Para GmbH.

von großen Frachtschiffen, gehören zu den wichtigsten Zielen des Umstellungsprogramms für die italienischen Werften, das 1966 von den italienischen Behörden beschlossen wurde. Die Werft Monfalcone soll eine der bedeutendsten und modernsten in der Gemeinschaft werden. Darüber hinaus gestattete das von der Bank mitfinanzierte Vorhaben die Beschäftigung von mehr als 4.000 Arbeitskräften und fördert die Entwicklung von zahlreichen örtlichen Zulieferbetrieben.

Im Zonenrandgebiet hat die Bank vier Industrieprojekte in Schleswig-Holstein und in Niedersachsen mitfinanziert. Diese Darlehen stützten sich auf Artikel 130 a) des Vertrags von Rom. Eines der vier Vorhaben (Para-Gummiwerke) war außerdem gemäß Artikel 130 b) gerechtfertigt, der sich auf die Umstellung von Betrieben in strukturell rückläufigen Wirtschaftszweigen bezieht.

Außer diesen spezifischen Zonenranddarlehen sind noch zwei Infrastrukturdarlehen zu nennen (Elektrifizierung der Nord-Süd-Strecke der Bundesbahn und Bau des Rhein-Main-Donaukanals, Teilstrecke zwischen Bamberg und Nürnberg), deren Zielsetzung zwar nicht in direktem Zusammenhang mit dem Problem der Zonenrandgebiete steht, die aber

sehr geeignet sind, auch die Entwicklung dieser Gebiete zu begünstigen. So erstreckt sich das Vorhaben der Deutschen Bundesbahn (Darlehen von 25 Millionen Rechnungseinheiten im Jahre 1961) über derartige Regionen in Niedersachsen und Hessen (mit dem Streckenabschnitt Hannover-Fliesen). Das Projekt Rhein-Main-Donau (Darlehen von 24 Millionen Rechnungseinheiten im Jahre 1968) leistet, obwohl es nur den Raum Bamberg berührt, einen nicht unerheblichen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung des bayerischen Zonenrandgebietes. Nach Fertigstellung des Kanals bis Regensburg wird sich dieser Beitrag noch wesentlich verstärken.

Wenngleich also die Bank durchaus Gelegenheit hatte, mit einigen bedeutsamen Finanzierungen in den Ostrandgebieten tätig zu werden, so kann doch der Beitrag als relativ gering erscheinen. Im Falle Italiens liegt das in gewissem Maße daran, daß es bisher wohl schwierig war, schon eine größere Anzahl von Initiativen in Gang zu setzen, die von der Bank gemäß ihren Vorschriften und Bedingungen finanziert werden können, aber auch daran, daß sich die Bank veranlaßt sah, ihre Tätigkeit in Italien zunächst auf die Entwicklung des kontinentalen Südens und der Inseln (Sizilien und Sardinien) zu konzentrieren. Im Falle des Zonenrandgebietes dürfte die Ursache namentlich in zwei spezifischen Faktoren liegen: Erstens wirkte sich die Tatsache aus, daß die Ersparnisbildung in der Bundesrepublik selbst und damit die dortige Kapitalverfügbarkeit die größte Zeit hindurch im Vergleich zu den anderen Mitgliedstaaten groß waren, und zweitens waren die staatlichen Hilfen sehr wirksam; zahlreiche Initiativen konnten daher zu günstigen Bedingungen finanziert werden, ohne die Bank in Anspruch zu nehmen. Diese Gegebenheiten können sich jedoch ohne Zweifel ändern oder sind sogar bereits dabei, sich zu ändern. Infolgedessen fühlt sich die Bank verpflichtet, die Entwicklung sehr genau zu verfolgen, um künftig jederzeit helfen zu können, wenn die Umstände dies nahelegen.

* * *

Die vorstehenden Ausführungen zeigen, daß die Bank mit ihren Interventionen ein aktives Interesse an den Regionen längs der Binnen- und der Ostgrenzen der Gemeinschaft bewiesen hat. Es ist sicher nicht ihre Aufgabe, die Hauptlast der Finanzierungen zu tragen, mit deren Hilfe die Probleme dieser Regionen gelöst werden können. Die Mittel der Bank sind beschränkt, und vor allem hat sie auch zahlreiche andere Aufgaben. Sie kann jedoch,

in selektiver Weise, einen Beitrag zur Lösung bestimmter Finanzierungsprobleme dort leisten, wo ihr Vorhaben – Infrastruktur- oder Industrieprojekte – unterbreitet werden, die mit ihrer Satzung in Einklang stehen. Wie schon im Zusammenhang mit den Binnengrenzregionen gesagt wurde, ist die Bank – immer in den Grenzen ihrer Zuständigkeit – stets auch bereit, geeignete Lösungen für konkrete Finanzierungsprobleme zu prüfen, die sich aus neuen Bedürfnissen oder neuen Situationen ergeben.

Im übrigen gilt selbstverständlich das Interesse der Bank nicht nur den beiden im vorstehenden behandelten Kategorien von Grenzregionen. Die Küstengebiete und die Außengrenzregionen im Gebirge haben ebenfalls spezifische Probleme. Auch in diesen beiden Fällen hat sich die Bank mehrmals eingeschaltet. Um nur einige Beispiele zu nennen : Umstellungsvorhaben im Schiffbau in Livorno und in Saint-Nazaire, ein Stahlwerk und eine Zementfabrik in Tarent, Eisenbahn-, Straßen- und Telefonbauvorhaben in der Region Trient-Oberetsch.

Trotz ihrer Verschiedenheit haben alle diese Interventionen eines gemeinsam : Sie entsprechen dem allgemeinen Auftrag der Bank. Wenn sich mit fortschreitender Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes auch eine immer größere Vielzahl von Problemen ergeben hat, so hat sich die Bank dieser Entwicklung gegenüber doch als sehr nützliche Einrichtung erwiesen, da sie im Rahmen ihrer Satzung und des Vertrags von Rom durchaus in der Lage ist, sich wechselnden Gegebenheiten genügend elastisch anzupassen.